



SPD Hessen-Süd  
Bezirksparteitag 2022

***BESCHLUSSHEFT***

11. Juni 2022

**SPD**

## **Herausgeber**

SPD Bezirk Hessen-Süd

Kaweh Mansoori, Vorsitzender

Kristina Luxen, leitende Geschäftsführerin

Fischerfeldstraße 7-11

60311 Frankfurt

Antrags-Management

Open-Slides

<https://spd Hessen 1.openslides.com>

Stand

Samstag, 11. Juni 2022

## Inhaltsverzeichnis

A – Außenpolitik, Friedenspolitik, Sicherheitspolitik, Europa	Seite 4
B – Innenpolitik, Rechtspolitik	Seite 15
C – Unternehmen, Industriepolitik, Transformation, Energieversorgung	Seite 27
D – Sozialpolitik	Seite 35
E – Ernährung, Landwirtschaft	Seite 36
F – Umweltpolitik	Seite 39
G – Gesundheitspolitik	Seite 40
I – Wohnen	Seite 46
J – Mobilität	Seite 50
K – Organisation, Parteien, Verbände, Kommunen	Seite 56
S – Satzungsändernde Anträge	Seite 59
INI - Initiativanträge	Seite 60
Beschlussübersicht	Seite 69

## A – Außenpolitik, Friedenspolitik, Sicherheitspolitik, Europa

### **Beschluss A001: Zeitenwende gestalten**

Der brutale völkerrechtswidrige Krieg Putins gegen die Ukraine hat die schon länger brüchige Weltfriedensordnung erschüttert. Mit Recht kann dieser Krieg als „Zeitenwende“ bezeichnet werden, es ist ein Weckruf an alle demokratischen Länder, diesem Angriff auf die Weltfriedensordnung der UNO und die europäische Sicherheitsordnung, die in der OSZE in der Schlussakte von Helsinki von 1975 und in der Charta von Paris verankert sind, abzuwehren. Diese Werteordnung gründet auf den Prinzipien Verzicht auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung, Achtung der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit von Grenzen, sowie dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten. Sie verpflichten zur friedlichen Streitbeilegung von Konflikten. Dazu wurden zahlreiche Instrumente im Rahmen der UNO, der OSZE, der EU und der NATO geschaffen. Die Diplomatie und alle anderen Versuche der Konfliktbeilegung sind in dem Konflikt Putins mit der Ukraine gescheitert.

Die SPD Hessen-Süd unterstützt die Bundesregierung in ihrem Vorgehen bei den Sanktionen und ermutigt sie, diese Sanktionen so streng wie möglich auszugestalten, um ihre Wirksamkeit zu gewährleisten. Die SPD Hessen-Süd ermutigt die Bundesregierung, der Ukraine höchstmögliche humanitäre, finanzielle und militärische Unterstützung zu leisten.

#### **Waffenlieferungen**

Völkerrechtlich ist es nach Art.51 UNO-Charta legitim, der angegriffenen Ukraine zur Hilfe zu kommen, bis der Sicherheitsrat eine Entscheidung fällt. Das russische Veto verhindert eine Entscheidung des Sicherheitsrates. Folglich müssen die USA, die europäischen Staaten und die NATO auch aus Eigeninteresse Putins Expansionsgelüste stoppen.

Die SPD Hessen Süd unterstützt deshalb die Entscheidung, der Ukraine Waffen für ihre Verteidigung zu schicken. Diese Waffenlieferungen müssen sehr schnell erfolgen, eine Unterscheidung nach offensiven und defensiven Waffen ist unsinnig angesichts der Kriegssituation vor Ort. Angesichts der schweren Kriegsverbrechen und des vermuteten Genozids ist es in unserem eigenen Interesse, schnell alles, was erforderlich ist, um Putin keinen Sieg in der Ukraine zu ermöglichen, zu schicken. Wenn Putin nicht in der Ukraine gestoppt wird, wird es weitere Eroberungsgelüste geben.

#### **Funktionsfähigkeit der UNO verbessern**

Schon von Anfang ihrer Existenz ist die Funktionsfähigkeit der UNO durch das Veto der fünf Vetomächte beeinträchtigt. Seit Jahrzehnten gibt es Reformvorschläge, die regelmäßig scheitern. Die Mitgliedsstaaten haben in vielfältiger Weise gegen die Charta der UNO verstoßen und Sicherheitsratsbeschlüsse ignoriert. Es ist dringend nötig, auf der Respektierung der regelbasierten Ordnung zu bestehen.

Der russische Überfall auf die Ukraine hat sichtbar gemacht, dass die Funktionsfähigkeit dieser wichtigen Weltorganisation in Gefahr ist und die vielfach beschworene „Weltunordnung“ die Sicherheit aller Länder gefährdet. Sonst machen rücksichtslos alle Staaten, was ihnen gefällt. Kurzfristig ist es deshalb nötig, mit den Mitteln, die zur Verfügung der Mitgliedsstaaten stehen, zu arbeiten.

Die SPD Hessen-Süd fordert deshalb die Bundesregierung auf:

Die Initiative Lichtensteins zu unterstützen, die Generalversammlung, wenn der Sicherheitsrat blockiert ist, durch den „Uniting for Peace“-Mechanismus zu befassen und eine Empfehlung der Generalversammlung zu ermöglichen. Auch wenn diese keine rechtliche Verbindlichkeit hat, hat ein solches Vorgehen politisches Gewicht.

Dieses Vorgehen bietet die Möglichkeit, mit großer Mehrheit die Grundprinzipien des Völkerrechtes, der UNO-Charta und der OSZE-Prinzipien auf territoriale Unverletzlichkeit der Staaten, auf Gewaltverbot und nukleares Tabu zu bestätigen und zu befestigen. Dies gibt auch den fast 40 Staaten, die am 3.5.22 in der Generalversammlung den Angriff Russlands nicht verurteilt sondern sich enthalten haben, sich zu diesen Grundprinzipien zu bekennen.

2. den Internationalen Gerichtshof (IGH) zu stärken und die Respektierung seiner Urteile zu fördern
3. den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei der Aufklärung der Kriegsverbrechen in der Ukraine zu unterstützen und zu stärken, sowie alle Staaten, die sich bisher nicht dessen Gerichtsbarkeit unterworfen haben, zur Anerkennung zu bewegen, unter anderem die USA
4. diejenigen Nicht-Regierungsorganisationen zu unterstützen, die unter schwierigsten Umständen in der Ukraine die Beweise für Kriegsverbrechen sammeln.
5. langfristig sich für eine Reform des UN-Sicherheitsrates einsetzen, um eine gerechtere Vertretung der Staaten der Welt bei den permanenten Sitzen zu ermöglichen

**Die OSZE funktionsfähig erhalten und stärken**

Die OSZE, die im Kalten Krieg durch einen langen, mühsamen Diskussionsprozess aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) entstanden ist, hat auf den Werten der UNO basierend ein funktionierendes Sicherheitssystem für Europa hervorgebracht. Ein besonderes Verdienst bestand in den Bereichen konventioneller Abrüstung, Vertrauensbildung und Transparenzmaßnahmen. Darüber hinaus waren die Wahrung der Menschenrechte, der Schutz von Minderheiten und die friedliche Streitbeilegung erfolgreiche Aufgabefelder. Alle Abrüstungsabkommen, die in Europa für große Schritte bei der konventionellen Abrüstung gesorgt haben, sind heute nicht mehr in Kraft. Die Werte Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte geraten gefährlich ins Wanken. Da die OSZE aber als Organisation mit 57 Staaten, die Europa, Nordamerika und alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion umfasst, ein wichtiges Kommunikationsorgan ist und bleiben soll, gilt es, die Organisation zu schützen und zu stabilisieren. Viele der Mitgliedsstaaten haben eigene wichtige Interessen an der Tätigkeit der OSZE. Daran muss festgehalten werden, um langfristig wieder volle Funktionsfähigkeit entfalten zu können. Dies wird einen langen Atem und auch Reformen brauchen. Wichtig ist, an den Grundwerten festzuhalten. Die einmaligen Möglichkeiten der OSZE zu Vertrauens- und Transparenzbildung durch das Sicherheitsforum und das Wiener Dokument müssen in Zeiten erhöhter Spannung erhalten bleiben. Dies kann nach der Putin-Ära zum Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur führen.

Die Bundesregierung muss sich für die Freilassung der gefangenen Mitglieder einsetzen, und sicherstellen, dass Mitglieder von OSZE-Missionen besonderen Schutz verdienen. Nur so können die wertvollen Dienste, die solche Missionen leisten, auch künftig gewährleistet werden.

## Feministische Sicherheitspolitik

Eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik erkennt die Notwendigkeit von Geschlechtergerechtigkeit als zentrales Element für Frieden an. Hierbei ist von zentraler Bedeutung, dass feministische Sicherheitspolitik sich nicht allein auf die staatliche Sicherheit (mit der Möglichkeit zur militärischen Verteidigung der staatlichen Souveränität) konzentriert, sondern die zentralen Fragen von medizinischer Versorgungssicherheit und der Sicherung zentraler Lebensgrundlagen, sowie körperlicher Unversehrtheit berücksichtigt.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass nachhaltiger Frieden eher gelingt, wenn auch Frauen an den Verhandlungen beteiligt sind. Nicht, weil sie Frauen sind, sondern weil sie Perspektiven einbringen, die ansonsten fehlen.

Auch in der Ukraine zeigt sich wieder deutlich: Vergewaltigungen werden gezielt als Kriegswaffe gerade gegen Frauen und Mädchen eingesetzt und als Teil der Militärstrategie angesehen. Das ist inakzeptabler Zustand und zurecht seit 2008 von der Uno als Kriegsverbrechen deklariert. Wir fordern eine konsequente Ahndung dieser Kriegsverbrechen durch die deutsche und internationale Gerichtsbarkeit.

Deshalb fordert die SPD Hessen-Süd die Bundesregierung sich gegenüber der internationalen Bündnispartner:innen in UNO, OSZE, NATO und EU für folgendes einzusetzen:

- Die konsequente Umsetzung der UNO Resolution 1325 mit Handreichungen zur feministischen Außenpolitik und dem damit verbundenen Einsatz für mehr Rechte, Ressourcen, Repräsentanz und gleichzeitigen Schutz von Frauen, Mädchen und INT-Personen weltweit zu stärken und gesellschaftliche Repräsentanz zu fördern.
- Paritätische Besetzung aller nationalen und internationalen Gremien, inkl. UNO und OSEZ
- Gewalt an Frauen und Kindern, insbesondere Vergewaltigung als Kriegswaffe härter ahnden, Bewusstsein schaffen
- Legale und sichere Fluchtrouten zu schaffen (beispielsweise durch kostenlose Bahnfahrten), auch über den Ukraine-Krieg hinaus
- Internationale Organisationen feministisch aufstellen und mit zusätzlichen finanziellen Mitteln aus bundesweiten und internationale Fördertöpfen unterfüttern
- Feministische Organisationen stärker finanziell unterstützen, insbesondere NGOs die sich für Gleichberechtigung und Teilhabe einsetzen

## Neue Bedrohungsanalyse erstellen

Nachdem sichtbar wird, dass die alte Sicherheitsordnung zerbrochen ist, dass Angriffskriege und territoriale Expansionsansprüche möglich sind, müssen USA, NATO, EU und die nationalen Staaten eine neue Bedrohungsanalyse erarbeiten, die der Lage angemessen ist. Alte existierende Bedrohungen, wie Nuklearwaffen, konventionelle Waffen und ihr Aufwuchs müssen bewertet werden, ebenso neue Risiken wie Cyberangriffe, hybride Kriegsführung, neue innovative Technologien und Weltraumrisiken. In vielen Bereichen wird man als Konsequenz neue Maßnahmen einführen müssen und neue Strategien entwickeln. Bei allen Maßnahmen muss aber darauf geachtet werden, dass kein Rüstungswettlauf provoziert wird und bei Innovationen Technikfolgeabschätzungen stattfinden, um gefährliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Vor allem dürfen noch bestehende Verbotsabkommen, Abrüstungsverträge und Konventionen nicht gefährdet werden.

Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung auf, in diesem Zusammenhang immer darauf zu beharren, dass das Ziel einer atomwaffenfreien Welt nicht aufgegeben wird. Cybersicherheit- Cyberabwehr

Für die menschliche Sicherheit und für die militärische Sicherheit eines Landes gewinnt die Cybersicherheit an Bedeutung. In Zeiten zunehmender hybrider Kriegführung ist der Schutz der zivilen und militärischen Infrastruktur von vordringlicher Bedeutung. Durch feindliche Angriffe auf die Internetstrukturen von Energieunternehmen, Krankenhäusern, Verkehrssystem und Finanzinstitutionen sowie anderen lebenswichtigen Einrichtungen, kann ein Staat erheblich beeinträchtigt werden. Auch Firmen müssen ihre Sicherheitsstrukturen verbessern. Befreundete Staaten der EU, der NATO und der USA und anderer demokratisch orientierte Länder, müssen enger zusammenarbeiten, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Neben dem Bereich des Cyberabwehr ist auch das präventiv wirkende Feld der Informationssicherheit, sowie größerer Souveränität, Kompetenz und Resilienz in der Informationsgesellschaft zu stärken.

#### **Aufbau und Reform der Bundeswehr**

Die SPD Hessen-Süd unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, die Bundeswehr zu sanieren und zu reformieren. Sie muss für neue Herausforderungen gerüstet sein. Sie unterstützt das von der Bundesregierung und Olaf Scholz eingebrachte Sondervermögen um diese Zwecke (= Reformierung und Sanierung) zu erfüllen. Ausrüstungsdefizite der Bundeswehr müssen behoben und notwendige neue Waffensysteme beschafft werden, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Landes- und Bündnisverteidigung benötigt werden. Dabei steht eine gute Ausrüstung der Soldat:innen an zentraler Stelle.

Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung auf, dabei folgendes zu beachten:

1. Alle Investitionen und Anschaffungen, die nicht nur Ausrüstungsdefizite für die Soldaten betreffen, müssen auf einer sorgfältigen Bedrohungsanalyse beruhen das Fähigkeitsprofil muss entsprechend weiterentwickelt werden
2. Eine Analyse, welche Aufgaben die Bundeswehr in Zukunft wahrnehmen soll, muss Grundlage der Beschaffungsentscheidungen sein (Landes- und Bündnisverteidigung, Aufgaben im Rahmen der GSVP/EU, Blauhelmeinsätze der UNO, Auslandseinsätze?)
3. Für diese Aufgaben braucht es die adäquate Ausrüstung: Bekleidung, Schutzausrüstung, Nachtsichtgeräte, Kommunikationsausrüstung und Waffen und Gerät, die für die identifizierten Aufgaben gebraucht werden (Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Helikopter, Drohnen, Transport und -Kampfhubschrauber, Flugzeuge).
4. Der Bedarf muss sorgfältig ermittelt, mit dem Bundestag abgestimmt und transparent kommuniziert werde.
5. Die Beschaffung muss ebenfalls mit der NATO und der EU abgestimmt werden, um Synergien zu nutzen, Typenvielfalt zu reduzieren, Kompatibilität und Interoperabilität zu gewährleisten und Kosten zu sparen.
6. Beschaffung abgestimmt mit der NATO und der EU, um Synergien zu nutzen, Typenvielfalt zu reduzieren, Kompatibilität und Interoperabilität zu gewährleisten und Kosten zu sparen.

## **NATO stärken, Staaten schützen**

Im Juni 2022 wird die NATO einen Gipfel in Lissabon abhalten und ihr Strategisches Konzept überarbeiten. Das letzte Strategische Konzept stammt aus dem Jahr 2010. Seitdem hat sich das Sicherheitsumfeld dramatisch verändert. Vorarbeiten zur Anpassung fanden in einem intensiven Beratungsprozess seit 2019 statt. Seit November 2020 liegt das Konzept „NATO 2030“ vor. Im November 2021 gab der NATO-Gipfel in Brüssel schon eine Vorausschau der zu erwartenden Veränderungen des Strategischen Konzepts.

Aber die sich überstürzenden Ereignisse seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands werden zweifellos weitere Überlegungen nach sich ziehen. Die neuen Bedrohungen hybrider Kriegsführung, Cyberwar, Weltraumrisiken werden genauso berücksichtigt werden, wie neue innovative Technologien.

Die geplanten verstärkten Vorkehrungen gegen Aggressionen, der Aufbau notwendiger Verteidigungssysteme und notwendiger Infrastruktur muss mit allen NATO-Mitgliedern sorgfältig abgestimmt werden und mit den Vorhaben der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kompatibel sein. Doppelstrukturen müssen vermieden werden.

Die Verstärkung der NATO ist angesichts der zunehmenden Bedrohung notwendig. Die SPD wird aber darauf achten, dass durch Entscheidungen der NATO keine unnötigen Konfrontationen aufgebaut werden. Die Bedrohung der osteuropäischen NATO-Staaten führt schon jetzt zu einer verstärkten Dislozierung von NATO-Truppen in diesen Ländern.

Die SPD Hessen-Süd bittet die Bundesregierung, bei Entscheidungen über zusätzliche Stationierung von NATO-Truppen und neue Basen in den osteuropäischen Ländern, dies wie bisher nicht als ständige Stationierung vorzusehen, sondern auf rotierender Basis. Ebenso soll sich die SPD der Stationierung von Nuklearwaffen in diesen Ländern widersetzen. Die NATO würde mit solchen Maßnahmen von sich aus die NATO-Russland Grundakte verletzen. Auch wenn Russland unendlich viele Verträge verletzt hat, muss sich die NATO nicht ihrerseits ins Unrecht setzen. Einhaltung von Verträgen ist ein wichtiger Bestandteil der wertebasierten Sicherheitsordnung, die erhalten werden muss. Bei geänderten Rahmenbedingungen nach Putin wären wichtige Grundlagen zur Kommunikation mit Russland nicht zerstört.

Im Jahr 2010 bemühte sich die Bundesregierung (damals CDU/CSU-FDP) um die Entfernung der US-Nuklearwaffen aus Europa und aus Deutschland. Die SPD und Bündnis 90/die Grünen unterstützten diese Anliegen. Damals wurde es, trotz ähnlicher Forderungen in anderen europäischen Ländern, aufgrund des Protestes vor allem der osteuropäischen NATO-Länder verworfen. Die neue Bundesregierung unter Olaf Scholz hat dieses Anliegen nicht weiterverfolgt und der Beschaffung eines neuen Trägersystems als Ersatz für den Tornado zugestimmt.

Angesichts des Ukrainekrieges kann die Forderung nach der Entfernung der US-Nuklearwaffen aus Deutschland nur langfristig umgesetzt werden. Die SPD hält aber an ihrem Ziel einer Welt frei von Nuklearwaffen fest.

## **Nukleare Abrüstung**

Die unverhohlenen Drohungen Putins mit Nuklearwaffen im Ukraine-Krieg bringt die Welt an den Abgrund einer nuklearen Katastrophe. 77 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki droht ein nuklearer Schlagabtausch die Menschheit ins Verderben zu stürzen.

Politiker und Wissenschaftler vermuten, Putin könne taktische Nuklearwaffen einsetzen, weil er diesen Krieg um jeden Preis gewinnen will. Vor dem Angriff auf die Ukraine warnte Putin westliche Länder, sich aus dem Konflikt herauszuhalten:

Jedes Land, das sich einmische, habe Konsequenzen zu erwarten, „die noch nie in der Geschichte dagewesen sind.“ Kurz darauf versetzte er seine Nuklearwaffen in erhöhte Bereitschaft. Bisher haben Nachrichtendienste allerdings keine praktischen Vorbereitungen Russlands beobachten können, aber der stellvertretende Vorsitzend des Sicherheitsrates Russlands, Medwedew, legte kräftig mit Drohungen nach, indem er eine ganze Reihe von Rechtfertigungen zum Einsatz nuklearer Waffen vortrug. Tatsächlich hat Russland im Jahr 2000, zur Zeit des Tschetschenienkrieges, seine Nukleardoktrin dahin verändert, dass bei einem militärischen Konflikt, in dem Russland zu unterliegen drohe, es mit einem limitierten nuklearen Schlag antworten werde – das Ganze nannte sich „Deeskalation“!

Im Jahr 2010 änderte Russland nochmals seine Nuklearstrategie dahin, dass die Anwendung nuklearer Waffen im Falle eine Bedrohung der Existenz Russlands erfolgen werde. Im März 2022 warnte Medwedew, sollte die Welt mit ihrer Verschwörung zur Zerstörung von Russland fortfahren, werde dies auf eine atomare Katastrophe für die Welt zusteuern. Er baut den Mythos auf, seit dem Ende des Kalten Krieges habe sich die USA verschworen, Russland zu zerstören. Sollten die USA ihr Ziel erreichen (Russland „gedemütigt, eingeschränkt, zerschmettert, geteilt und zerstört“), dann werde der Welt eine „dystopische Krise“ bevorstehen, die in einer großen atomaren Explosion enden werde.

Vor einem Jahr, Anfang Februar 2021, nach dem Amtsantritt Präsident Bidens hatte es ganz anders ausgesehen. Präsident Biden, der sich schon in seinem Wahlkampf für nukleare Abrüstung und die Einführung eines No-First-Use in der neuen Nuklearstrategie der USA ausgesprochen hatte, verlängerte das NEW START-Abkommen mit Präsident Putin kurz vor seinem Auslaufen um zunächst 5 Jahre bis 2026. Damit bleibt zunächst das letzte noch gültige Abkommen über die Begrenzung nuklearer Arsenale bestehen, nachdem Präsident Trump das für Europa so wichtige Mittelstreckenabkommen (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty(INF)) zur vollständigen Eliminierung von Nuklearwaffen von einer Reichweite zwischen 500 bis 5500 km aufgekündigt hatte.

Am 16. Juni 2021 trafen sich Präsident Biden und Präsident Putin in Genf zu Abrüstungsgesprächen. Dort wiederholten die beiden Präsidenten den berühmten Satz ihrer Vorgänger Reagan und Gorbatschow anlässlich der Unterzeichnung des INF-Vertrages in Reykjavik 1987: „Ein Nuklearkrieg kann nicht gewonnen werden und darf nie ausgefochten werden.“ Noch im Dezember verkündeten die fünf offiziellen Nuklearmächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich (genannt P5) in einer gemeinsamen Erklärung, dass „keine ihrer Nuklearwaffen auf einander noch auf irgendeinen anderen Staat gerichtet sei.“

Am 27. Juli 2021 nahmen die Delegationen der USA und Russlands Verhandlungen zur „Strategischen Stabilität“ auf. Eine Fortsetzung dieser Gespräche hat es nicht gegeben. Stattdessen droht Putin jedem, der sich ihm in den Weg stellt, mit einem Nuklearschlag.

Damit steht auch der wichtige Nichtverbreitungsvertrag (Nuclear Proliferation Treaty) der einen völligen Abbau von Nuklearwaffen vorsieht, in Gefahr.

Nach dem Überfall Putins auf die Ukraine, den Kriegsverbrechen und den unverhohlenen Drohungen mit einem Nuklearschlag ist die Zukunft des Nichtverbreitungsvertrages noch unsicherer geworden. Die letzte erfolgreiche Überprüfungskonferenz war im Jahr 2010, wo man sich zum letzten Mal auf ein Abschlussdokument einigen konnte, das im Prinzip den 2000 gefundenen Konsens ausbuchstabierte. Umgesetzt wurde allerdings nichts. 2015 gab es keine Einigung. Die für 2020 fällige Überprüfungskonferenz wurde wegen Corona verschoben und soll jetzt im August 2022 stattfinden.

Es steht zu befürchten, dass auch 2022 kein Fortschritt erreicht werden wird. Es ist aber besonders wichtig, eine klare Linie aufrecht zu erhalten.

Die Bundesregierung und die EU sollten folgende dringende Forderungen einbringen: Ratifizierung des CTBT und bis zur und bis zum endgültigen Inkrafttreten Einhaltung des Testmoratoriums und Verzicht auf subkritische Tests.

1. Aufnahme von Verhandlungen über ein Verbot von waffenfähigem Nuklearmaterial auf der Grundlage des Shannon-Mandates.
2. Verzicht auf Modernisierung von Nuklearwaffen, auch der taktischen Atomwaffen, die in Europa stationiert sind.
3. Forderung auf Fortsetzung von Nuklearverhandlungen, um für die Zeit nach 2026, wenn NEW START ausläuft, nicht ohne neue Begrenzungsvereinbarung dazustehen. Versuch, China miteinzubeziehen.
4. Forderung, dass alle Nuklearwaffenstaaten sich verpflichten, ihre Arsenale nicht aufzustocken.
5. Verstärkte Transparenzmaßnahmen, was die Nuklearwaffenarsenale der Nuklearwaffenstaaten betrifft.
6. De-alerting von Nuklearwaffen, d.h. keine hohe Alarmbereitschaft mehr, sondern Aufbewahrung der Sprengköpfe separat von den Trägersystemen zur Erhöhung der Vorwarnzeit.
7. Aufnahme von Verhandlungen über Doktrinen und Strategien, um die Rolle von Nuklearwaffen abzusenken. Aufforderung an alle Nuklearwaffenstaaten, einen Verzicht auf den Ersteinsatz zu erklären (NO-FIRST-USE).
8. Aufforderung an alle Staaten, sich dem Atomwaffenverbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW)) anzuschließen, der Anfang des Jahres in Kraft trat und von mehr als 80 Staaten ratifiziert wurde.
9. Vorschlag, über einen neuen Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehr zu verhandeln.

Gerade die eskalierende Situation des Ukrainekrieges zeigt, wie wichtig es ist, einen nuklearen Krieg zu verhindern. Nuklearwaffen sind inhumane Vernichtungswaffen, sie treffen ohne Unterschied Kombattanten und Zivilbevölkerung. Sie müssten als Kriegsverbrechen geächtet werden. Der Internationale Gerichtshof hat im Jahr 1997 ein Gutachten abgegeben, das eigentlich eine solche Schlussfolgerung nötig macht. Die SPD muss sich gerade in dieser Situation dafür einsetzen, dass Nuklearwaffen niemals mehr eingesetzt werden. Die humanitären Folgen eines auch nur begrenzten Nukleareinsatzes wären verheerend. Eine einzige Nuklearwaffe auf eine Großstadt abgeworfen würde fast alle ihre Einwohner töten und verheerende Folgen für das Klima, die Welternährung, die Gesundheitssysteme haben. Die sozialen und ökonomischen Kosten wären unübersehbar.

Die SPD steht nach wie vor für weltweite nukleare Abrüstung ein. Zur Deeskalation der aktuellen Lage setzt sich die SPD in einem ersten Schritt dafür ein den Verzicht auf einen Ersteinsatz, also einen No-First-Use innerhalb der NATO durchzusetzen.“

### **Konventionelle Abrüstung**

Alle nach dem Kalten Krieg beschlossenen konventionellen Abrüstungsverträge sind nicht mehr in Kraft. Der besonders wichtige „Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (KSE), der 1990 von 22 Regierungschefs der NATO und des Warschauer Paktes unterzeichnet wurde und zu Abrüstung von über 50.000 offensiven Waffensystemen geführt hat, ist von Russland in der Umsetzung ausgesetzt und 2015 faktisch verlassen worden. Grund war die Nichtratifizierung des 1999 geänderten angepassten Nachfolgevertrages (AKSE) durch die NATO Staaten.

Es ist illusorisch, zum jetzigen Zeitpunkt auf neue Verhandlungen zur konventionellen Abrüstung zu hoffen. Die Bundesregierung sollte aber deutlich ihre Bereitschaft signalisieren, nach Beendigung des Krieges zu neuen Verhandlungen bereit zu sein. Es muss deutlich werden, dass es neue Friedensregelungen geben muss, die Abrüstung, Vertrauensbildende Maßnahmen, Transparenz und Kooperation beinhalten. Die Strukturen sind vorhanden. Modelle können die in der OSZE entwickelten Instrumente sein: Das „Forum für Sicherheitskooperation“ und das „Wiener Dokument“.

Alle diese Instrumente existieren noch, werden aber nicht mehr ausreichend genutzt. Das „Wiener Dokument“ regelt alle Maßnahmen zur Vertrauensbildung, z.B. Manöverbeobachtung und –vorankündigungen, Informationsaustausch zu Verteidigungsplanung und Bewaffnung, militärische Kontakte und Mechanismen zur Minderung von Risiken sowie Verifikationsmöglichkeiten. Damit kann Transparenz geschaffen und Vertrauen aufgebaut werden. Es ist wichtig, diese Institutionen zu erhalten, um die Möglichkeit zu behalten, sie neu zu beleben und zu reformieren.

Die Bundesregierung soll sich im Rahmen der OSZE bemühen, immer wieder Vorstöße zu Reformen und zur Weiterentwicklung des „Forums für Sicherheitskooperation“ und des „Wiener Dokumentes“ zu versuchen.

#### **Nicht-militärische Elemente der Sicherheitspolitik bewahren**

Seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts sind in der UNO, in der OSZE, in der EU und auch national wichtige Elemente für die Krisenprävention und das Krisenmanagement aufgebaut worden.

Beruhend auf den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, die eine Streitbeilegung durch friedliche Mittel vorsieht, hat Generalsekretär Butros Butros Ghali eine „Agenda for Peace“ vorgelegt, die zahlreiche Instrumente zur friedlichen Konfliktbeilegung beschreibt. Ebenso hat die OSZE viele notwendige Einrichtungen geschaffen, die in Konfliktfällen zur Befriedung helfen können. Deutschland hat ein umfangreiches Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ erarbeitet und setzt es mit zahlreichen Projekten um. An dieser Politik darf es keine Abstriche geben. Frieden ist ohne Entwicklung nicht möglich, sagte schon Willy Brandt. Die SPD hat schon 2005 das Konzept „Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ entwickelt. Der Bericht zur Entwicklungspolitik 2017 trägt den Titel: „Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik“, und weist mit diesem programmatischen Titel auf die Notwendigkeit hin, in der Entwicklungspolitik für soziale Gerechtigkeit und Interessenausgleich zu sorgen. Dies muss auch für die Handelsverträge gelten, die in der Verantwortung der EU liegen.

Die im Jahr 2015 von der Staatenwelt angenommene Agenda 2030 „Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development Goals“ ist in diesem Zusammenhang eines der wichtigsten Friedens- und Sicherheitsdokumente:

Die SPD Hessen Süd fordert die Bundesregierung auf, die Umsetzung der Verpflichtungen aus diesem Dokument mit Vordringlichkeit zu betreiben

#### **Klimagerechtigkeit als Instrument des Friedens**

Die Klimaveränderungen sind heute schon eine Ursache für Konflikte, Kriege und für Fluchtbewegungen. Dürre, Überschwemmungen, Stürme und steigende Ozeane bedrohen vielfältig die menschliche Sicherheit, die Gesundheit und die Ernährungschancen vieler Länder.

Insbesondere Frauen und Mädchen leiden unter den Auswirkungen der Klimaveränderungen, sowohl aufgrund von Besitzverhältnissen, als auch aufgrund von auf Männer abgestimmte Katastrophenschutzpläne. Die schnelle Umsetzung aller Klimaverpflichtungen weltweit ist ein dringendes Problem, auch um neue Konflikte zu vermeiden. Die humanitäre Lage und Nahrungsmittelversorgung in von der Klimakatastrophe stark betroffenen Ländern, wird aktuell durch den Exportstopp von ukrainischem Weizen und Öl verschärft.

Um die menschliche Sicherheit auch auf der Flucht vor Kriegen und Hungerkatastrophen soll die „Klimakrise“ in den Katalog für Fluchtursachen der Genfer Konvention aufgenommen werden, damit insbesondere auch geschlechterspezifische Gewalt auf der Flucht vor der Klimakrise anerkannt wird. Darüber hinaus bedarf es geschlechtergerechte Bevölkerungs- und Katastrophenschutzpläne, eine stärkere Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit an geschlechtergerechten Aspekten sowie eine verbindliche internationale Agenda feministischer Sicherheit bei Auswirkungen des Klimawandels.

Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung auf, konsequent alle notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen.

## Anhang

### Exkurs zur NATO-Russland Grundakte:

Dieser Vertrag von 1997 regelt die Kooperation der NATO mit Russland. Die NATO hat sich darin verpflichtet, keine Nuklearwaffen in den neuen NATO-Ländern zu stationieren und sieht eine Begrenzung bei der Stationierung von NATO-Truppen vor. Ergänzungen der Kontingente sind vorübergehend möglich. Seither lässt die NATO Teile ihrer Truppen rotieren.

### Exkurs Strategische Stabilität:

Strategische Stabilität bedeutet, dass ein ungefähres Gleichgewicht zwischen den Parteien/ Staaten besteht in Bezug auf ihre Rüstungen und Arsenale bzw. Fähigkeiten, dass Unverwundbarkeit nicht auf Kosten der anderen gesucht wird. Bei weitgehend fehlenden Rüstungskontrollvereinbarungen und bei zunehmender Tendenz, Schutz vor Angriffen durch Raketenabwehrsysteme zu erlangen, bei anhaltendem Rüstungswettlauf durch neue Technologien, Modernisierung von Nuklearwaffen und neuen Waffendesigns ist es ein unbedingtes Erfordernis, Eskalation zu vermeiden. Verschärfend wirken fehlende Transparenz und Vertrauensbildende Maßnahmen. Verabredungen über Rüstungsbegrenzungen oder gemeinsame Abrüstungsschritte wären dringend erforderlich, sind aber in der augenblicklichen Situation nicht zu erwarten.

Seit Jahrzehnten befindet sich die Abrüstungspolitik in einer Krise. Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag, auch Atomwaffensperrvertrag genannt (Nonproliferation Treaty – NPT) von 1970, verpflichtet die Nuklearmächte (USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich), die Vertragspartner sind, zur Abrüstung ihrer Nuklearwaffen bis zum Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt (Indien, Pakistan, Israel und Nord-Korea sind keine Vertragspartner). Dieser Verpflichtung sind die Nuklearwaffenstaaten noch nie im erforderlichen Maße nachgekommen. Der Vertrag sollte zunächst auf 25 Jahre gelten und wurde im Jahr 1995 unbefristet verlängert. Bei den turnusgemäßen Überprüfungskonferenzen, die alle 5 Jahre stattfinden, wird der jeweilige Fortschritt festgestellt und weitere Schritte festgelegt. Im Jahr 2000 wurden 13 Schritte zur vollständigen atomaren Abrüstung beschlossen, was als großer Erfolg galt. Von diesen 13 Schritten wurden viele bis heute nicht umgesetzt, einige in ihr Gegenteil verkehrt.

Bis heute ist das Verbot von Nukleartests (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty (CTBT)) von

1996 nicht in Kraft getreten, obwohl eine voll funktionsfähige Organisation zur Überwachung der Einhaltung existiert und auch arbeitet. Die Vertragsstaaten haben sich auf ein Moratorium des Testens verpflichtet, bis der Vertrag in Kraft treten kann. Es fehlen noch wichtige Staaten, die nicht ratifiziert haben, unter anderem die USA.

Es gibt bis heute keinen fertig ausgehandelten Vertrag zum Verzicht auf die Herstellung waffenfähigen Nuklearmaterials (Fissile Material Cut-Off Treaty (FMCT)), obwohl ein fast fertig ausgehandelter Entwurf (sog Shannon-Mandat von 1995) in der UN Conference on Disarmament (CD=Genfer Abrüstungskonferenz) vorliegt. Seit Jahrzehnten ist die CD fast arbeitsunfähig, oft können sich die Teilnehmerstaaten nicht einmal auf ein Arbeitsprogramm einigen.

Der Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (Anti-Ballistic-Missile Treaty (ABM)) wurde nicht gestärkt, sondern von Präsident Bush 2002 gekündigt. Dadurch wurde ein Wettrüsten bei Raketen und bei Raketenabwehr ausgelöst.

Transparenzmaßnahmen wurden nicht ausgebaut, substrategische Nuklearwaffen nicht abgebaut. US substrategische (oder taktische) Nuklearwaffen sind heute noch in Europa stationiert, und sie werden modernisiert. Der operationale Status von Nuklearwaffen wurde nicht gesenkt (sog. De-alerting), sie sind nach wie vor im Alarmzustand und kurzfristig abfeuerbar, was die Vorwarnzeit verkürzt. Die Rolle von Nuklearwaffen in Doktrinen und Strategien hat eher zugenommen.

Alle Nuklearmächte rüsten ihre Nukleararsenale auf und modernisieren sie.

#### **Exkurs Modernisierung, neue Nuklearwaffen und neue Technologien:**

Alle Nuklearwaffenstaaten modernisieren ihre Atomwaffen. In den USA wird eine neue Nuklearstrategie erstellt, um die es starke Auseinandersetzungen gibt. So wollen die Befürworter neue Interkontinentalraketen entwickeln und die gesamte nukleare Triade (Heer, Luftwaffe, Marine) erneuern. Seit Jahren wird an der Minimalisierung von Atomwaffen und ihrer Präzisierung gearbeitet. Kleinere, mit weniger Sprengkraft versehene Sprengköpfe und zielgenauere Waffen bergen die Gefahr, sie als Kriegsführungswaffen einsetzen zu können. Die in Europa stationierten Nuklearwaffen sind soeben modernisiert worden und werden demnächst stationiert, die alten Bomben werden ausgetauscht. Russland modernisiert seit Jahren seine Arsenale und hat neue Systeme entwickelt, die nach der Kündigung des INF-Vertrages auch stationiert worden sind. Es gibt zwar insgesamt weniger nukleare Sprengköpfe in der Welt als im Kalten Krieg, aber alle Staaten rüsten auf. Die vorhandenen Rüstungskontrollabkommen zwischen den USA und Russland, die zusammen 90% der Atomwaffen, sind bis auf NEW START nicht mehr in Kraft.

Großbritannien hat beschlossen, modernisierte Trident-Sprengköpfe auf seine U-Boote zu beschaffen und die Anzahl der Sprengköpfe zu erhöhen. Frankreich hat modernisiert, aber keine zusätzliche Aufrüstung beschlossen. China, das keinem Abrüstungsabkommen angehört, baut seit Jahrzehnten langsam und systematisch seine Raketenkapazitäten aus. In letzter Zeit wurden Vorbereitungen für zahlreiche neue Raketenstandorte beobachtet. Indien und Pakistan testen beständig neue Raketen, ebenso Nord-Korea. Sie alle erweitern ihre Arsenale. Israels Nuklearwaffen werden nicht bestätigt und nicht benannt.

#### **Exkurs subkritische Tests:**

Bei diesen Tests wird keine Kettenreaktion ausgelöst und sie sind durch den Vertrag nicht verboten. Diese Tests sollen der Überprüfung der Sicherheit vorhandener Nuklearwaffen dienen, sie dienen aber auch der Modernisierung und unterlaufen somit den Vertrag. Die USA haben zwischen 2010 bis 2021 neun subkritische Tests durchgeführt.

#### **Exkurs taktische Atomwaffen:**

Nuklearwaffen geringerer Reichweite und geringerer Sprengkraft, auch Gefechtsfeldwaffen genannt. Die in Europa stationierten US-Nuklearwaffen sind taktische Waffen. Sie werden z.Z. modernisiert, zielgenauer und mit größerer Durchschlagskraft versehen. Die Gefahr ist, dass sie damit als Kriegsführungswaffen genutzt werden und nicht nur zur Abschreckung dienen sollen. Russland verfügt über eine unbekannte Anzahl von Gefechtsfeldwaffen (=taktische oder substrategische Waffen), die entweder konventionell oder nuklear sein können. Sie werden in der konventionellen Variante in der Ukraine eingesetzt. Wahrscheinlich sind nukleare Varianten in Kaliningrad stationiert.

#### Exkurs zu Doktrinen und Strategien:

Nukleardoktrinen haben sich immer wieder verändert. Russland hatte von 1982 bis 1997 eine erklärte No-First-Use Strategie. Dann wurde sie geändert, so dass Nuklearwaffen eingesetzt würden, wenn die Existenz des Staates gefährdet wäre. Im Jahr 2000 gab es eine Verschärfung, so dass Nuklearwaffen dann eingesetzt werden könnten, wenn es sonst kein anderes Mittel gäbe, das Überleben des Staates zu garantieren. Frankreich geht noch weiter und erklärt, Nuklearwaffen auch zur Vorbeugung und letzte Warnung sowie gegen chemische und biologische Waffen einsetzen zu wollen. Dies unterminiert die beiden Konventionen gegen Massenvernichtungswaffen –Chemiewaffenkonvention und Biologische Waffenkonvention. Großbritannien hat 2020 ebenfalls erklärt, Nuklearwaffen gegen chemische und biologische Waffen einzusetzen. China hat von Anfang an ein No-First-Use erklärt und dies 2005 nochmals bekräftigt. 1984 hat China einen Vertrag über den Verzicht auf Ersteinsatz vorgeschlagen. Deutschland hat 1998 in der NATO den Vorschlag eingebracht, auf einen Ersteinsatz zu verzichten, ist aber verprügelt worden!!

#### Exkurs Raketenabwehrvertrag:

Der sog. ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty) wurde 1972 geschlossen und 2002 von den USA gekündigt. Im Vertrag war eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme auf jeweils begrenzte Anzahl verabredet. Die sollte eine einseitige Verwundbarkeit einer Seite verhindern. Der Wegfall des Vertrages hat zu einem Rüstungswettlauf in Abwehrsystemen und abwehrüberwindenden Raketensystemen geführt.

### **Beschluss A006: Ressortübergreifendes Präventionsgremium auf EU-Ebene**

Wir unterstützen den Vorschlag des außenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Nils Schmid zur Schaffung eines ressortübergreifenden Präventionsgremiums nach us-amerikanischem Vorbild; dieses Gremium muss die Aufgabe haben, weltweit Hinweise auf Massenverbrechen frühzeitig zu erkennen und effektive Gegenstrategien und Instrumente zur Verhinderung derselben zu entwickeln und einzusetzen. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Regierungsmitglieder dazu auf, die Einführung eines solchen Gremiums voranzutreiben.

## B – Innenpolitik, Rechtspolitik

### **Beschluss B006: Chaos verhindern, Katastrophenschutz reformieren**

Die SPD Hessen-Süd unterstützt die Bemühungen der Bundesinnenministerin den Zivil- und Katastrophenschutz an die aktuellen Gefährdungen der Bevölkerung anzupassen und entsprechend auszustatten. Dies muss zwingend die Erkenntnisse aus den großen Einsätzen Corona und Starkregen sowie die erneute Bedrohungslage durch militärische Konflikte enthalten.

### **Beschluss B007: Die Partnerbonusmonate für Alleinerziehende müssen angepasst werden**

Wenn Menschen ab der Geburt eines Kindes alleinerziehend sind, tragen sie die alleinige Last der Betreuung von Beginn an.

Sie können auch ohne Partner\*in den Partnerschaftsbonus beim Elterngeld beantragen, d.h. vier zusätzliche Elterngeld-Plus-Monate. Um dies zu bekommen, müssen sie vier Monate am Stück durchschnittlich mindestens 24 Stunden und maximal 32 Stunden pro Woche arbeiten.

Nicht alle Alleinerziehenden können auf ein stabiles Netzwerk von Großeltern und anderen Unterstützungen zurückgreifen. Die Öffnungszeiten der Kitas sind sehr unterschiedlich.

Wenn der Arbeitsplatz und/oder die Kita nicht direkt am Wohnort liegen, wird dann oftmals eine Abdeckung der verlangten 24 Stunden Wochenarbeitszeit unmöglich.

Gerade Alleinerziehende von Geburt an, erfahren besondere Belastungen – für sie müssen die Bedingungen beim Elterngeld flexibilisiert werden.

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Partnerbonusmonate für Alleinerziehende auch dann gewährt werden, wenn die Wochenarbeitszeit geringer als 24 Stunden ist.

### **Beschluss B008: Eine diverse Gesellschaft braucht eine diverse Polizei**

Damit die Polizei ihren originären Aufgaben gut und sicher nachkommen kann, braucht es eine bessere personelle Ausstattung. Wir setzen uns für eine bessere Vergütung für Polizist\*innen ein. Gerade bei der Gewinnung neuen Personals muss darauf geachtet werden, dass sich die Vielfalt unserer Bevölkerung auch in der Polizei widerspiegelt. Wir brauchen daher eine Intensivierung der Nachwuchskampagne zur Anwerbung diverserer Bürger\*innengruppen. Darunter zu fassen sind Menschen mit Migrationshintergrund, BPoC, Frauen, queeren Personen und anderer Menschen, die zu einer vielfältigen Reihe von Polizeibeamt\*innen führen.

In der Ausbildung muss sich umfassend mit einer selbstkritischen Fehlerkultur, Deeskalation, gewaltfreier Kommunikation sowie gewaltfreien Strategien auseinandergesetzt werden. Diese müssen praktisch erprobt und evaluiert werden. Die Ausbildung muss sicherstellen, dass die PolizeianwärtlerInnen mit Blick auf gesellschaftlich bestehende sexistische und queerfeindliche Vorurteile aufgeklärt werden. Und: Wir erwarten in Hessen von Minister:in bis zu Beamtinnen vor Ort konsequentere Fehlerkultur. „Führung durch Vorbild“ ist dringend geboten. Die gesellschaftliche Rolle der Polizei soll mehr Raum einnehmen: damit u.a. Racial Profiling und das Entstehen rechtsextremer Strukturen präventiv verhindert werden können.

Wirkfähige Awareness-Strukturen in und außerhalb der Polizeistruktur einrichten und kontrollieren. Darunter gehören anonyme Meldemöglichkeiten auf allen Ebenen des Dienstes innerhalb der Polizei und ihrer Verwaltung. Polizist\*innen sollen kritisches Verhalten ihrer Kolleg\*innen melden können, ohne sich in einer Einheit outen zu müssen. Dieses Ziel sollte durch die Schaffung einer Beschwerdestelle gefördert werden. Diese braucht genügend Personal, Ressourcen und ein Akteneinsichtsrecht. Sie leistet Beratung und Aufklärung. Damit sie ihrem Anspruch gerecht werden kann, muss außerdem Niedrigschwelligkeit, Barrierearmut und Mehrsprachigkeit sichergestellt werden.

Eine Weiterführung der Studien zur Untersuchung des strukturellen Rassismus in der Polizei und zusätzlich Untersuchungen zu etwaigen anderweitigen Diskriminierungen durch Polizei in Deutschland.

### **Beschluss B009: Wir brauchen ein Photoshop-Gesetz**

Die SPD Hessen-Süd fordert, dass alle Fotos, die für Werbezwecke verwendet werden und nachträglich per Bildbearbeitung verändert wurden, dementsprechend gekennzeichnet werden müssen. Dies soll für alle kommerziell genutzten Fotos gelten - egal ob sie online, auf Werbewänden, in Printmedien oder im Fernsehen zu sehen sind. Explizit inbegriffen sollen auch Bilder von sogenannte Influencer\*innen sein, deren Internetauftritt gewerblich einzustufen ist. Sobald die Bilder beispielsweise mit Photoshop oder einer anderen Anwendung nachträglich bearbeitet wurden, sollen sie gut ersichtlich mit dem Hinweis „retouched photograph“ oder „retuschiertes Fotos“ gekennzeichnet werden. Fehlt diese Kennzeichnung soll eine entsprechende Geldstrafe verhängt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert einen entsprechenden Gesetzesentwurf im Bundestag einzubringen.

### **Beschluss B011: TERF ist kein Feminismus!**

Die SPD Hessen-Süd bekennt sich zu einer offenen und pluralen Gesellschaft insbesondere auch in Bezug auf die geschlechtliche Selbstbestimmung jeder einzelnen Person. Wir respektieren und akzeptieren diese nicht nur, wir schaffen gesellschaftliche Bedingungen, in denen Diskriminierung keinen Platz hat und alle Menschen sich frei und selbstbestimmt entfalten können. Das entspricht auch unserem Verständnis von Feminismus.

In diesem Zusammenhang wollen wir klarstellen, das TERF (Trans-Exklusiver Radikal“feminismus“) keinen Feminismus verkörpert. Denn für uns sind transfeindliche Aussagen nie feministisch.

Feminismus muss nach unserem Verständnis immer auch mit trans Menschen solidarisch sein. Denn für uns ist klar: Menschenfeindlichkeit ist keine Meinung. Transfeindlichkeit als solche zu benennen und gegen sie einzutreten ist keine „Cancel Culture“, sondern im Gegenteil das Mindestmaß an Solidarität mit trans Menschen.

Der Bezirksvorstand wird gebeten eine umfangreichere Positionsbestimmung auf der Grundlage dieser Beschlusslage bis zum nächsten ordentlichen Bezirksparteitag zu entwickeln (der alte Antragstext wird als Material überwiesen).

1. Transfeindliche Aussagen sind nie feministisch. Feminismus muss immer auch solidarisch mit trans Menschen sein.
2. Sich bei RadFem (Radical Feminism) oder anderen transfeindlichen Organisationen zu engagieren halten wir für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der SPD oder den Jusos.
3. Transfeindliche Aussagen dürfen nicht reproduziert werden. Das gilt insbesondere für folgende gängige „Argumente“ der TERFs:

3.1. Die Behauptung „Trans sei Trend“. Trans ist kein Trend. Es gibt aktuell durchaus die Entwicklung, dass sich mehr trans Personen jünger outen, das ist allerdings hauptsächlich auf den Abbau von Diskriminierungen und die größere gesellschaftliche Sichtbarkeit von Transidentität zurückzuführen.

Dieses Argument dient nur der weiteren Marginalisierung einer bereits marginalisierten Gruppe und spricht trans Menschen ihre Geschlechtsidentität ab. Trans zu sein ist keine Entscheidung und kann somit kein Trend sein.

Dieses Argument geht meist damit einher, dass TERFs behaupten, es gäbe einige wenige „wahre“ trans Personen, deren Identität sie (um ihre Transfeindlichkeit zu kaschieren) anerkennen, dass die meisten trans Personen und insbesondere nicht-binäre Menschen oder trans Menschen, die keine Hormone nehmen oder Operationen machen wollen keine „wahren“ trans Menschen seien. Für uns ist klar: Trans ist, wer ich als trans identifiziert und das ist valide. Es gibt keine „wahren“ oder „falschen“ trans Personen.

3.2. TERFs definieren Geschlecht meist rein biologistisch. Ihnen zufolge lässt sich vom Körper zweifelsfrei auf eins von zwei Geschlechtern schließen, dass unveränderbar ist. Das ist schlicht falsch. Für uns ist klar: Körperliche Merkmale sagen per se nichts über das Geschlecht einer Person aus. Trans und intergeschlechtliche Menschen existieren und ihre Identitäten sind valide.

3.3. Der Vorwurf, trans Frauen würden sich in Frauenschutzzräume einschleichen und diese unterwandern und zerstören. Diese Aussage spricht trans Frauen ihre Frausein ab. Für uns ist klar: Trans Frauen sind Frauen und haben damit jedes Recht auf die gleichen Schutzmechanismen wie cis Frauen. Dieser Vorwurf von TERFs ist umso perfider, wenn mensch bedenkt, dass trans Frauen nicht nur Sexismus erfahren, sondern darüber hinaus auch Transfeindlichkeit sowie die spezifische Intersektion beider Diskriminierung, Transmisogynie, und deshalb besonderen Bedarf für Schutzräume haben.

3.4. TERFs inszenieren sich oft als Opfer, wenn sie sie als transfeindlich benannt werden und entsprechenden Gegenwind erfahren. Für uns ist klar: Menschenfeindlichkeit ist keine Meinung, Transfeindlichkeit als solche zu benennen und gegen sie einzutreten ist keine „Cancel Culture“, sondern im Gegenteil das Mindestmaß an Solidarität mit trans Menschen.

## **Beschluss B012: Errichtung einer staatlichen Wirtschaftsauskunftei**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert ein Konzept vorzulegen, das folgende Aspekte beinhaltet: a) uneingeschränkte Auskunftsrechte für VerbraucherInnen, b) völlige Transparenz bei den eingesetzten Bonitätskriterien (Scoring), c) das Recht, Scorings löschen zu lassen, wenn sie auf falschen Daten basieren und d) stärkere behördliche Kontrollen hinsichtlich der Kriterien der Bewertungsverfahren zur Bonität. Das Konzept soll auch eine Einschätzung darüber beinhalten, ob die hier beschriebenen Ziele besser erreicht werden können, wenn Wirtschaftsauskunfteien nicht- gewinnorientiert organisiert werden.

## **Beschluss B013: Kampf gegen Femizide**

Die Zahl von Femiziden in Deutschland ist nach wie vor erschreckend hoch. Allein 2020 starben 139 Frauen durch die Hand ihrer Partner oder Ex-Partner. Erst seit 2015 wertet das BKA die Zahl der Femizide aus.

Der Begriff Femizid bezeichnet im Kontext der internationalen Diskussion die vorsätzliche Tötung von Frauen, weil sie Frauen sind. Femizide sind insbesondere vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischer Macht und Hierarchieverhältnisse zu sehen. Sie werden meist durch männliche Partner oder Ex-Partner verübt.

Die Dunkelziffer schwer verletzter Frauen kennt niemand - viele Frauen haben Angst, zur Polizei zu gehen – auch weil sie fürchten, dass ihnen dort nicht geglaubt wird.

Bei einem akuten Einsatz wegen häuslicher Gewalt gibt es die Möglichkeit einer Gefährderansprache, also einem Gespräch zwischen Polizei und Täter. Manchmal hilft es, wenn die Polizei deutlich macht, dass Grenzen überschritten wurden - oft aber auch nicht. Dann hat die Polizei die Möglichkeit eine Wegweisung auszusprechen - also dem Täter den Wohnungsschlüssel abzunehmen und ihn bis zu vier Wochen der Wohnung zu verweisen. "Wer schlägt, geht", heißt es. Auch dies funktioniert häufig nicht.

Wenn Kontaktverbote unterlaufen werden, sind dringend schärfere Sanktionen notwendig. Bei Hochrisikofällen sollte auch ein regelmäßiger Austausch zwischen Frauenberatung, Polizei und eventuell Jugendämtern (wenn Kinder betroffen sind) stattfinden. Damit wäre die Sicherheit der betroffenen Frauen eher gewährleistet.

In Spanien gibt es schon seit mehr als zehn Jahren mit »VioGén« ein landesweites Programm, das dabei helfen soll, Frauen möglichst früh vor gewalttätigen Partnern zu schützen. Sogar ein Algorithmus wird genutzt, um die Gefährdungslage zu bewerten. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass es einen einheitlichen Handlungskatalog braucht, ein konsequentes Vorgehen, zu dem auch die Zusammenarbeit mit Beratungsstellen, regelmäßige Überprüfungen und klare Konsequenzen für Täter gehören. Auswertungen zeigen, dass das Programm in vielen Fällen geholfen hat.

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für Verbesserungen, beim Kampf gegen Gewalt an Frauen und Femizide einzusetzen unter anderem:

- Künftig muss auf jeder Polizeistation eine Beamtin oder ein Beamter auf häusliche Gewalt sensibilisiert, ausgebildet und spezialisiert sein, an die oder den sich eine betroffene Frau wenden kann. Zudem sollen Fälle häuslicher Gewalt prioritär behandelt werden.
- Prüfen, ob das spanische Modell »VioGén« auch in Deutschland umgesetzt werden kann

- Prüfen, ob in hartnäckigen Fällen von Unterlaufen des Kontaktverbots den Peinigern Fußfesseln „verordnet“ werden können
- Vergabe von Notruf-Telefonen an besonders gefährdete Frauen – funktioniert ähnlich dem Hausnotruf für ältere Menschen (gibt es in Frankreich seit 2012)

## **Beschluss B015: Flüchtlinge vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Ausbeutung schützen**

Seit der brutalen grausamen russischen Invasion in der Ukraine sind mehrere Millionen Menschen – meistens Mädchen und Frauen – geflohen.

Unbegleitete Minderjährige, Kinder und Frauen sind besonders schutzbedürftig.

Sie befinden sich auf der Flucht und müssen vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Ausbeutung geschützt werden. Mädchen und Frauen haben bereits bei ihrer Vertreibung häufig geschlechtsspezifische Gewalt erfahren und sind außerdem von den Kriegseignissen traumatisiert. Spätestens bei der Ankunft in Deutschland benötigen sie Sicherheit durch Schutzräume.

Wir begrüßen die große solidarische Hilfs- und Spendenbereitschaft in der Bevölkerung.

Aber - insbesondere private Hilfsangebote für die Unterbringung oder auch Mitfahrgelegenheiten müssen genauer geprüft werden. Leider nutzen Menschenhändler\*innen und Zuhälter\*innen die Not- und Zwangslage von Frauen mit und ohne Kinder aus. Frauen und Mädchen – aber auch Jungs - sind akut gefährdet, durch organisierte Kriminalität zur Prostitution gezwungen zu werden, geschlechtsspezifische Gewalt zu erfahren und vergewaltigt zu werden.

Wir begrüßen, dass Innenministerin Faeser erklärt hat, mit hoher Polizeipräsenz für mehr Schutz vor Menschenhändlern und Sexualstraftätern zu sorgen.

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

- Wir brauchen den Ausbau einer sicheren Ankunftsinfrastruktur - angepasst an die Bedürfnisse von Frauen und Kindern
- Wir brauchen eine Sensibilisierung und Aufklärung von Geflüchteten sowie Helfer\*innen auf dem Fluchtweg und bei der Ankunft zu möglichen Gefahren in die Hände von Zuhälter\*innen und Menschenhändler\*innen zu geraten. Das kann beispielsweise mithilfe von Durchsagen deutscher, englischer und ukrainischer Sprache in den (Sonder-)Zügen der Deutschen Bahn erfolgen.
- Wir benötigen eine Gewährleistung der Gesundheitsversorgung durch niedrigschwelligen und flächendeckenden Zugang zu psychologischer Betreuung, Ärzt\*innen sowie Test- und Impfzentren
- Erforderlich ist auch eine Betreuung, Unterstützung, Gewaltprävention bei der Unterbringung von Mädchen und Frauen in Deutschland und die Unterrichtung aller Geflüchteten in ihrer Muttersprache über ihre Rechte sowie über Unterstützungsmöglichkeiten, z. B. in Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt, durch ausgebildetes und kultursensibles Fachpersonal

- Eine Registrierung aller Helfenden und ihrer Hilfsangebote, wie z. B. beim Angebot der privaten Unterbringung und Mitfahrgelegenheiten ist absolut notwendig.

### **Beschluss B016: Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegner\*innen umgehend beenden**

Leider haben Abtreibungsgegner\*innen im Streit auf das Recht auf Versammlungsfreiheit in der Nähe einer Pro-Familia-Beratungsstelle in Frankfurt einen Gerichtserfolg erzielt. Die von der Stadt angeordneten Einschränkungen einer Versammlung seien rechtswidrig gewesen, hieß es einem bekanntgegebenen Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt.

Kläger war ein Verein, der im Frühjahr 2020 eine sogenannte 40-tägige Gebetswache täglich von 12.00 bis 16.00 Uhr in unmittelbarer Nähe der Beratungsstelle angemeldet hatte. Die Stadt verfügte, dass dies nur außerhalb der Öffnungszeiten erlaubt sei. Während der Öffnungszeiten wurde zum Schutz der Personen, die die Beratungsstelle aufsuchen wollten, ein weiter entfernter Ort vorgeschrieben. Diese Personen durften auch nicht angesprochen oder bedrängt werden.

Diese Einschränkungen erklärte das Verwaltungsgericht für rechtswidrig und berief sich dabei auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Mit dieser Entscheidung spricht das Gericht schwangeren Frauen ihr Recht auf Selbstbestimmung ab. Frauen zuzumuten, durch ein Spalier von Anfeindungen zu einem Pflichtgespräch zu gehen, dürfen wir nicht zulassen.

Zu solchen Belästigungen von Abtreibungsgegner\*innen vor Beratungsstellen kommt es nicht nur in Frankfurt – sondern auch bundesweit.

In der Koalitionsvereinbarung der Ampel Koalition „Mehr Fortschritt wagen“ ist festgehalten:

„Sogenannten Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern setzen wir wirksame gesetzliche Maßnahmen entgegen. Wir stellen die flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen sicher. Schwangerschaftskonfliktberatung wird auch künftig online möglich sein.“

Dies begrüßen wir sehr.

Die Bundestagsfraktion wird in ihren Bemühungen unterstützt, eine Regelung zur wirksamen Verhinderung von Gehsteigbelästigungen von Frauen auf dem Weg zu Beratungseinrichtungen zeitnah auf den Weg zu bringen.

### **Beschluss B018: Gewalt gegen Frauen stoppen - Istanbul- Konvention umsetzen**

Der Europarat hat 2011 eine umfangreiche Konvention zum Schutz von Frauen gegen Gewalt (sog. Istanbul-Konvention) verabschiedet, die von der Bundesregierung 2018 ratifiziert wurde. Diese Konvention ist völkerrechtsverbindlich und muss umgesetzt werden.

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die SPD-Fraktionen der Landtage und des Bundestags auf, die Situation für die Frauenhäuser dringend zu verbessern.

Dazu bedarf es:

- I. Den dringlichen Ausbau der Frauenhauskapazitäten von derzeit bundesweit 7000 Plätzen auf ca. 20.000 Plätze, damit Frauen nicht abgewiesen werden müssen

2. Zugang für alle betroffenen Frauen zu Frauenhäusern
3. Die Zurverfügungstellung von geförderten Wohnungen für Frauenhausbewohnerinnen, um eine lange Verweildauer im Frauenhaus zu vermeiden
4. Ausbau der Beratungskapazitäten für von Gewalt bedrohte Frauen durch Verbesserung der personellen Ausstattung der Frauenhäuser/Beratungsstellen
5. Verbesserung der Arbeitsbedingungen für bestehende Frauenhäuser und adäquate Raumkapazitäten für Beratung und Therapie
6. Lösungen für behinderte Frauen und Frauen mit psychischen Belastungen, die bisher nur schwer eine Betreuung in Frauenhäusern finden können
7. Ein höheres Budget für Dolmetscherkosten
8. Reservierung/Vorhalt von Kitaplätzen für Kinder aus dem Frauenhaus, damit die Frauen Zeit für Bildung, Arbeit, Therapie und Sprachkurse haben
9. Planungssicherheit für Frauenhäuser und Trägervereine durch Ausnahme vom Ausschreibungsgebot für Träger sowie langfristig gesicherte Finanzierung
10. Ausbau der Täterarbeit
11. Ausbau der Prävention
12. Veränderung des bestehenden Gewaltschutzgesetzes dahingehend, dass Verstöße konsequent geahndet werden, damit die enthaltenen Vorschriften umgesetzt werden können
13. Änderung des Meldegesetzes, damit der Aufenthaltsort der Frauen und Kinder geheim bleibt
14. Berücksichtigung des Gewaltschutzgesetzes bei Sorge- und Umgangsrecht zum Schutz der mit betroffenen Kinder
15. Die Lösung des Problems des mangelnden Gewaltschutzes in Alten- und Pflegeheimen
16. Lösung des Problems für obdachlose Frauen und für ältere Söhne, die nicht mit im Frauenhaus wohnen dürfen

Der Parteitag begrüßt, dass es zum Thema Gewalt, eine umfassende Vereinbarung im Koalitionsvertrag mit der Ampel ab Zeile 3846 gibt.

Wir fordern eine umgehende Umsetzung.

„Schutz vor Gewalt“ Wir werden eine ressortübergreifende politische Strategie gegen Gewalt entwickeln, die Gewaltprävention und die Rechte der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt. Die Istanbul-Konvention setzen wir auch im digitalen Raum und mit einer staatlichen Koordinierungsstelle vorbehaltlos und wirksam um. Wir werden das Recht auf Schutz vor Gewalt für jede Frau und ihre Kinder absichern und einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern sicherstellen. Wir bauen das Hilfesystem entsprechend bedarfsgerecht aus. Der Bund beteiligt sich an der Regelfinanzierung. Dies gilt auch für bedarfsgerechte Unterstützung und Zufluchtsräume für männliche Opfer von Partnerschaftsgewalt. Wir berücksichtigen die Bedarfe vulnerabler Gruppen wie Frauen mit Behinderung oder geflüchteter Frauen sowie queerer Menschen. Präventive Täterarbeit bauen wir aus. Wir wollen ein starkes Bündnis gegen Sexismus. Die gerichtsverwertbare vertrauliche Beweissicherung setzen wir flächendeckend, wohnortnah um.

Wir bekämpfen den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung mit einem

Nationalen Aktionsplan und einer unabhängigen Monitoring -Stelle zur Umsetzung der Europaratskonvention. Die ILO Konvention Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt ratifizieren wir.“

### **Beschluss B020: Novelle Landesverfassungsschutzgesetz jetzt!**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Entwurf für eine Novelle des Landesverfassungsschutzgesetzes vorzulegen. Nicht nur die Vorgänge um den NSU-Komplex machen deutlich, dass das Agieren des hessischen Landesamtes berechtigten Anlass zu Zweifeln bietet. Bei dem Entwurf ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verbot zugrunde zu legen. Es bedarf einer grundlegenden Reform, die einen umfassenden Neuanfang ermöglicht und insbesondere personelle und strukturelle Kontinuität unterbricht, die diesen Kurs in der Vergangenheit verhindert haben.

Im Rahmen einer Novelle sollten auch die sehr weitgehenden Eingriffsbefugnisse des Landesamtes als Geheimdienst einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. So können durch das Landesamt Eingriffe in das Grundrecht der Post- und Fernmeldefreiheit vorgenommen werden, ohne dass dies einer irgendwie gearteten gerichtlichen Kontrolle unterliegt. Lediglich ein parlamentarisches Kontrollgremium übt eine entsprechende Kontrolle aus, deren Wirksamkeit zu Recht in Frage gestellt werden kann.

Der Bezirk Hessen-Süd stellt fest, dass der Einsatz von V-Personen in der Vergangenheit mehrfach Anlass zu Kritik geboten hat. Das V-Leute Prinzip bedarf einer genauen gesetzlichen Grundlage und strenge rechtsstaatliche Reglementierung.

Eine weitergehende Sperrung von Akten, wie z. B. auch im NSU-Komplex, sollte nur möglich sein, wenn die Funktionsfähigkeit staatlicher Einrichtungen wie des Verfassungsschutzes oder Grundrechte Betroffener durch eine Zugänglichmachung für die Öffentlichkeit gefährdet oder beeinträchtigt werden.

### **Beschluss B021: Opfer über Haftentlassungen informieren**

Bisher müssen Opfer einen Antrag stellen, wenn sie über die Haftentlassung eines Gewalttäters informiert werden wollen.

Verletzte von Sexualstraftaten, versuchten Tötungen, Körperverletzungen, Nachstellungen und Verstößen gegen das Gewaltschutzgesetz haben Anspruch auf diese Mitteilung, ohne dass es weiterer Voraussetzungen - wie etwa der Darlegung eines berechtigten Interesses - bedarf.

Häufig wird ein solcher Antrag vergessen. Außerdem fühlt sich das Opfer möglicherweise psychisch nicht in der Lage, einen solchen Antrag zu stellen oder sich überhaupt mit dem Fall zu beschäftigen.

So kann es womöglich durch Retraumatisierungen durch überraschende Begegnungen kommen.

In Frankreich sollen die Opfer von Partnergewalt im Kampf gegen Femizide künftig vor der Haftentlassung des Täters von der Justiz informiert werden. Hintergrund war der Tod einer 44-Jährigen im Großraum Paris, die von ihrem Ex-Mann kurz nach seiner Haftentlassung erstochen wurde.

Er hatte wegen häuslicher Gewalt und Todesdrohungen gegen seine Frau hinter Gittern gesessen.

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass im Gewaltschutzgesetz ebenfalls aufgenommen wird, dass Opfer von Gewalttaten künftig über die Haftentlassung eines Gewalttäters informiert werden, ohne einen Antrag darauf stellen zu müssen

### **Beschluss B023: Paragraph 21e Gerichtsverfassungsgesetz**

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Landesregierungen der Bundesländer mit Regierungsbeteiligung der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass § 21e Abs. 1 Satz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) ersatzlos gestrichen wird („Der Präsident bestimmt, welche richterlichen Aufgaben er wahrnimmt.“).

Diese Regelung privilegiert die jeweilige Gerichtsleitung gegenüber anderen Vorsitzenden Richterinnen und Richtern und ist Ausdruck eines sehr hierarchischen Gerichtsverständnisses. Derlei Privilegien sind in einer demokratisch verfassten Justiz unangebracht.

### **Beschluss B024: Paritätsgesetze im Bundestag und im Hessischen Landtag auf den Weg bringen**

Im Koalitionsvertrag wurde ab Zeile 268 festgehalten: „Wir werden die „Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit“ erneut einsetzen. Die Kommission wird sich mit dem Ziel einer paritätischen Repräsentanz von Frauen und Männern im Parlament befassen und die rechtlichen Rahmenbedingungen erörtern.“

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd unterstützt die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Bestreben, sich dafür einzusetzen, ein Paritätsgesetz einzuführen, das Parität bei Listen- und Direktmandaten für die Wahl des Deutschen Bundestags sicherstellt.

In vielen Bundesländern wurden bereits eigene Gesetzesinitiativen zur Parität in den Länderparlamenten auf den Weg gebracht. Auch wenn bislang noch keines in Kraft treten konnte: Die Gerichtsentscheidungen machen deutlich, dass ein solches Gesetz grundsätzlich möglich ist.

Insbesondere im Land von Elisabeth Selbert sollte die hessische SPD-Fraktion ein Paritätsgesetz in den hessischen Landtag einbringen, um deutlich zu machen: Die Verwirklichung der Gleichstellung kann nur erfolgen, wenn die Gesellschaft in den Landtagen abgebildet wird, wie sie in Wirklichkeit ist: Zu jeweils 50 Prozent Frauen und 50 Prozent Männer.

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, einen Entwurf für ein Paritätsgesetz in den Hessischen Landtag einzubringen, der Parität bei Listen- und Direktmandaten für die Wahl des Hessischen Landtags zum Ziel hat.

Außerdem müssen auf allen Ebenen Begleitmaßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die politische Teilhabe von Frauen auf den Weg gebracht werden.

## **Beschluss B025: Queerfeindlich motivierte Straftaten in Kriminalitätsstatistik der Polizei aufnehmen**

- Queerfeindlich motivierte Straftaten sind von der Polizei in dem Unterthemenfeld "geschlechtliche und/oder sexuelle Identität" zu erfassen und in den Jahresberichten zu veröffentlichen
- Gewaltdelikte sind dabei gesondert aufzuführen

## **Beschluss B026: Schutz geflüchteter Frauen sicherstellen**

Die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung ist seit 2004 gesetzlich verankert. Gemäß der Istanbul-Konvention haben zudem von Gewalt betroffene geflüchtete Frauen und Mädchen Anspruch darauf, angemessen untergebracht, medizinisch versorgt und vor weiterer Gewalt geschützt zu werden.

Laut Aussage von Pro Asyl kommt es dennoch in der Praxis zu erheblichen Problemen. „Wenn das BAMF 2020 annähernd 60.000 Asylanträge von Frauen und Mädchen inhaltlich prüft und nur in 1.300 Fällen eine geschlechtsspezifische Verfolgung erkennt, dann stimmt etwas nicht“.

In der Koalitionsvereinbarung der Ampelregierung ist festgehalten, dass die Einführung einer flächendeckenden, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung und die besondere Unterstützung vulnerabler Personen umgesetzt werden soll. Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, diesen Punkt aus der Koalitionsvereinbarung umgehend umzusetzen.

Dabei ist darauf zu achten, dass Frauen ausreichend Zeit bekommen, um auf die Anhörung vorbereitet zu werden. Dies ist nötig, damit betroffene Frauen sich öffnen können und dann in der Lage sind, über sexuelle Gewalterfahrungen oder Traumata sprechen zu können.

Die Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die Istanbul Konvention wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, vollständig zu ratifizieren, vollumfänglich umzusetzen und eine Bundeskoordinierungsstelle einzurichten.

Diese Maßnahmen müssen sofort umgesetzt bzw. initiiert werden.

Die Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die Beratungsinfrastruktur für Geflüchtete massiv auszuweiten.

Die SPD-Landtagsfraktionen werden ebenfalls aufgefordert, auf eine stärkere Förderung der Beratungsinfrastruktur durch die jeweiligen Landesregierungen zu drängen.

## **Beschluss B027: Fahren ohne Ticket aus dem Strafgesetzbuch!**

Wir alle müssen Erledigungen machen – einkaufen, einen Termin bei einem:r Ärzt:in wahrnehmen oder Verwandte pflegen – daher müssen wir mobil sein. Viele Menschen haben aber kein Einkommen und daher nicht die Möglichkeit, sich eine Fahrkarte zu kaufen. Wird jemand beim Fahren ohne Ticket entdeckt, muss diese Person nicht nur das „erhöhte Beförderungsentgelt“ über 60 Euro zahlen, sondern auch mit strafrechtlichen Konsequenzen, wie einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe rechnen.

Von Armut betroffene Menschen können eine derartige Geldstrafe häufig nicht zahlen. Die Folge: Ersatzfreiheitsstrafen. In vielen Fällen kommt es also dazu, dass Menschen inhaftiert werden, weil sie eine Fahrkarte nicht zahlen konnten. Dies betrifft nicht selten vulnerable Menschen, die eigentlich besondere Hilfe und Unterstützung durch den Staat benötigen und erhalten sollten – wie Arbeitslose, Wohnungs- und Obdachlose, psychisch kranke Menschen oder Menschen mit Suchtproblemen.

Deshalb fordern wir:

1. Für das Fahren ohne Fahrschein sollen keine Haftstrafen oder Erziehungshaft verhängt werden.
2. Wir wollen langfristig einen solidarisch finanzierten ÖPNV für alle.

### **Beschluss B029: Situation in Erstaufnahmeeinrichtungen und Zentralen Unterbringungseinrichtungen verbessern – JETZT!**

Es ist klar zu erkennen, dass bei der Einführung des Systems der Erstaufnahmezentren mit einer kurzfristigen Flüchtlingssituation gerechnet wurde. Da wir aber nun davon ausgehen können, dass dauerhaft große Fluchtbewegungen zu erwarten sind, muss eine dauerhafte und nachhaltige Lösung für die Geflüchteten und das Personal geschaffen werden.

Daher fordern wir:

1. Regelmäßige Weiterbildungen und Schulungen im Umgang mit Geflüchteten für das Personal
2. Feste Personalschlüssel bei den Sozialbetreuer:innen für die hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen und für Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge in den Landkreisen und kreisfreien Städten und Gemeinden
3. Festlegung von Standards für die Unterbringung und ausreichende Finanzierung der Standards
4. Eine tarifgebundene und einheitliche Bezahlung der Mitarbeiter:innen und damit auch Anerkennung der Berufserfahrung des Personals
5. Innerhalb der Einrichtungen den Bedarfen gerechte psychosoziale und psychiatrische Hilfe anbieten – kostenfrei und eingegliedert in bereits bestehende Strukturen
6. Feste Orte für die EAE und Gemeinschaftsunterkünfte und dauerhafte Finanzierung.
7. EAE und ZUE fest in staatlicher Hand und nicht in der Hand von Drittorganisationen wie beispielsweise DRK, Malteser, Caritas oder EHC
8. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die Bewohner\*innen der Gemeinschaftsunterkünfte, die eine dauerhafte Bleibeperspektive haben.
9. Zeitliche Höchstgrenze von 6 Monaten bis zur Entscheidung über den Asylantrag.
10. Keine Aufteilung von Familien mit erwachsenen Familienmitgliedern auf verschiedene Kommunen
11. Direkte Austeilung von Arbeitsgenehmigungen innerhalb des Asylprozesses ab einem Aufenthalt von 3 Monaten.

## **Beschluss B034: Verzicht auf Dividendenauszahlung bei der Deutschen Bahn AG: Verwendung der überschüssigen Gewinne**

Die SPD-Bundestagsabgeordneten sollen sich dafür einsetzen, dass der Bund als Eigentümer des Konzerns Deutsche Bahn AG künftig auf seine jährliche Gewinnausschüttung von mehreren Hundert-Millionen Euro verzichtet. Die überschüssigen Gewinne sollten stattdessen innerhalb der einzelnen Unterfirmen reinvestiert und beispielsweise in Gleisnetz, Züge und Werkstätten investiert oder zur Rücklagenbildung verwendet werden.

Der Verzicht auf die Dividendenauszahlung darf nicht dazu führen, dass Finanzmittel aus der LuFV, der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Bahnkonzern, gestrichen oder verringert werden.

## C – Unternehmen, Industriepolitik, Transformation, Energieversorgung

### **Beschluss C001: Aktive Industriepolitik für gute Arbeitsplätze und Zukunftsfähigkeit – als Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit**

Die vergangenen beiden Jahre haben uns auf dramatische Weise vor Augen geführt, wie anfällig wir politisch und wirtschaftlich gegenüber globalen Krisen sind. Die Corona Pandemie und Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine haben Schwächen unseres Wirtschaftssystems offengelegt. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sowie eine hochkomplexe globale Arbeitsteilung führen dazu, dass selbst eine hochentwickelte, wissensbasierte und mit einem hochproduktiven industriellen Kern ausgestattete Volkswirtschaft wie die deutsche über ein hohes Maß an Krisenanfälligkeit verfügt. Die Gefahren, die hieraus resultieren, sind dramatisch und gefährden unseren Wohlstand. Und sie treffen die Menschen in unserem Land umso härter, je schwerer sie es ohnehin schon haben.

Sozialdemokratische Industriepolitik muss sich dieser Themen annehmen und gegensteuern. Sie muss umfassend, nachhaltig, ressourcenschonend, europäisch, sozial ausgerichtet sein sowie die Sicherung und Schaffung guter Arbeit in Groß-, Klein- und mittelständischen Unternehmen zum Ziel haben. Die Entkopplung unseres Wachstums von fossiler Energie auf Basis 100% Erneuerbarer Energien, die Substitution kritischer Rohstoffe, die Entflechtung von Lieferketten und eine kluge Konjunkturpolitik, die kurzfristige Härten abfedert, müssen hierzu die Grundlage bilden.

#### **(1) Gefahren für unsere Wirtschaft**

**Abhängigkeiten bei der Energieversorgung erweisen sich als Achillesferse unserer Wirtschaft**

Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Anfälligkeit unserer Wirtschaft auf Krisen globalen Ausmaßes offengelegt. Das zeigt sich insbesondere bei der Abhängigkeit der deutschen, aber auch europäischen Wirtschaft insgesamt von russischen Energielieferungen. So hat die Europäische Union im Jahr 2020 rund 38 Prozent ihres Erdgasverbrauch in Höhe von insgesamt 400 Milliarden Kubikmeter aus Russland bezogen. Während Länder wie Tschechien oder Lettland ihre Erdgasnachfrage vollständig mit Importen aus Russland befriedigt haben, lag diese Quote für Deutschland bei gut 60 Prozent. Wir begrüßen daher die Anstrengungen der Europäischen Kommission mit der Initiative RepowerEU die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu beseitigen. Wichtig wird in diesem Zusammenhang allerdings sein, dass rasch gehandelt und eine demokratische Kontrolle ergriffener Maßnahmen durch das Europäische Parlament gewährleistet wird. Auch die Anstrengungen der Bundesregierung, russische Energielieferungen mit Importen aus anderen Ländern zu ersetzen, begrüßen wir. Klar ist aber auch: Derlei Initiativen sind kurzfristig wichtig. Sie dürfen aber nicht dazu führen, beim Umbau unserer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien nachzulassen.

Denn: Wenn wir unsere Industrie dauerhaft resilient gegenüber Krisen bei der Energieversorgung aufstellen wollen, sind wir gerade in Deutschland auf einen Umbau unserer Energieversorgung angewiesen. Vor allem Industriezweige wie die Grundstoffchemie, die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Glas- und Keramikindustrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Ernährungsindustrie oder das Papiergewerbe sind

auf gasintensive Fertigungsverfahren angewiesen und können Gas als Energieträger kurzfristig nicht ersetzen. Diese Industriezweige tragen gut fünf Prozent zur deutschen Bruttowertschöpfung bei, stehen oft am Anfang von Wertschöpfungsketten und sie liefern häufig unersetzbare Vorprodukte. Fehlendes Gas und entsprechende Produktionsstopps dürften aufgrund bestehender Verflechtungen enorme Auswirkungen auf weitere Industriezweige und letztlich die Konsumnachfrage haben.

So geht beispielsweise das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung im schlimmsten Fall von einem Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts von bis zu zwölf Prozent aus, wenn die Versorgung mit russischem Gas abbricht.

Diese Schätzung entspräche der größte Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Das zeigt, dass an einer Umstellung unserer Wirtschaft auf Erneuerbare Energien kein Weg vorbeiführt.

## (2) Globale Verflechtungen steigern Anfälligkeiten

### **Derzeitige Struktur der Lieferketten kann Wertschöpfung gefährden**

Seit den 1970er Jahren haben multinationale Konzerne ihre Wertschöpfungsketten zunehmend diversifiziert und über den ganzen Globus verteilt. Dieser Prozess hat sich in den 1980er Jahren vor allem durch die Politik der damaligen Regierungen der USA und Großbritanniens verschärft und sich in den 1990er Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges auch auf mittelständische Unternehmen ausgeweitet. Klar: Die deutsche Volkswirtschaft mit ihrer Exportorientierung hat von dieser Entwicklung durchaus profitiert. Allerdings deuteten sich die Schattenseiten dieser Entwicklung bereits mit der Weltfinanzkrise 2008 an, ganz zu schweigen von den negativen Auswirkungen globaler Warenströme auf Umwelt und Klima sowie den sozialen Kosten.

Die Corona Pandemie hat indes mit aller Wucht aufgezeigt, wie anfällig die deutsche und europäische Wirtschaft gegenüber globalen Verwerfungen ist. Die Verfügbarkeit einer Reihe von für die industrielle Wertschöpfung notwendigen Vor- und Zwischenprodukten hat dermaßen abgenommen, dass die Fertigung industrieller Waren ins Stocken gerät. Fehlende Halbleiter für die Automobilindustrie sind nur ein Beispiel hierfür. Lebensnotwendige medizinische Endprodukte waren zu Beginn der Pandemie Mangelware.

Die Gestaltung globaler Lieferketten zeigt aber nicht nur bei größeren Krisen ihre Anfälligkeit. So schätzt die Unternehmensberatung McKinsey, dass massive Störungen der Lieferketten alle 3,7 Jahre auftreten, und empfiehlt den Unternehmen daher unter anderem die Regionalisierung ihrer Lieferantensstrukturen.

### **Rohstoffversorgung stärker in den Fokus rücken**

Die Vernetztheit der Weltwirtschaft zeigt, dass auch regionale Konflikte, Kriege und Krisen Rückkopplungen auf die globale Wirtschaft haben können. Neben der Versorgung mit Energie und industriellen Zwischenprodukten brauchen wir daher auch eine politische Debatte darüber, wie wir die Versorgung unserer Wirtschaft mit Rohstoffen wie zum Beispiel Seltenen Erden sicherstellen können.

## (3) Konjunkturelle Situation birgt weitere Gefahren

Die Coronakrise und der Ukrainekrieg setzen der deutschen, aber auch europäischen Wirtschaft insgesamt, mächtig zu. Dieser Prozess wird durch eine sich trübende Konjunktur verschärft. So hat im ersten Quartal diesen Jahres das Wachstum der deutschen Wirtschaft nur 0,2 Prozent betragen. Die zunehmende Inflation in der Eurozone oder auch den Vereinigten Staaten hat zu einem Umdenken bei den betroffenen Zentralbanken geführt.

Die bereits stattfindende oder avisierte Reduzierung der Anleihekaufprogramme der Notenbanken sowie die Erhöhung der Leitzinsen wird weltweit zu einer Dämpfung der Investitionen und damit der Konjunktur führen. Außerdem treffen steigende Energie- und Lebensmittelpreise die Konsumnachfrage hart. Das hat nicht nur Auswirkungen auf das Wachstum, sondern auch massive sozialpolitische Auswirkungen: Je geringer das verfügbare Einkommen der Menschen, umso härter die Auswirkungen der steigenden Preise und daraus resultierende Umverteilung von Unten nach Oben.

### Bausteine einer industriepolitischen Strategie

Angesichts dieser Herausforderungen gilt es eine industriepolitische Strategie zu entwickeln, die einen intelligenten Mix aus langfristigen-strukturellen und kurzfristig-konjunkturellen Maßnahmen schafft.

Hierzu gehört ein schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Lokalisierung der Fertigung kritischer Vor- und Zwischenprodukte in Deutschland und Europa ermöglicht, Strategien der Rohstoffsicherung, die eine menschenrechtsgeleiteten Außenpolitik als Basis haben, aber auch die Erforschung, Entwicklung und Förderung von Substitutionstechnologien.

### Erneuerbare Energien ausbauen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Energiewende hin zu einer Energieversorgung vollständig aus Erneuerbaren Energien immer auch industriepolitisch verstanden. Und dies im doppelten Sinne: Einerseits erfordert eine soziale Energiewende die Kostendegression der Massenfertigung von Anlagen zur Ernte Erneuerbarer Energien. Andererseits kann nur eine energieeffiziente industrielle Produktion den Verbrauch von fossilen und nuklearen Energieträgern so weit reduzieren, dass auch die Energieversorgung der Industrie zu 100% aus Erneuerbaren Energien möglich ist.

Dies sind auch weiterhin unsere Leitlinien hinsichtlich einer Aktiven Industriepolitik bei der Energiewende. Zumal die gesetzliche Förderung der Erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zu einer industriellen Massenproduktion von Anlagen zur Ernte Erneuerbarer Energien und damit zu einer Kostendegression geführt hat, durch die Sonnenstrom und Windstrom heute kostengünstiger sind, als Strom aus Kohle-, Öl-, Erdgas- oder Atomkraftwerken.

Um die Energiewende weiter zu beschleunigen, sind folgende Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen:

**Wärme:** Wir unterstützen die Bundesregierung beim Weg zur fossilfreien Heizung und fordern sie auf, dies durch ein Vorziehen der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zu beschleunigen, z.B. durch die Einführung einer kommunalen Wärmeplanung, sofortigem Förderstopp bei der Gasheizung, die klare Priorisierung erneuerbarer Wärme (wie Wärmepumpen), den Ausbau der Fernwärme und die Umstellung der Fernwärmeerzeugung von Erdgas auf Erneuerbare (Solarwärmeparks und Hochleistungswärmepumpen aus Erdwärme und Oberflächengewässerwärme). Für das Fachhandwerk soll die Bundesregierung eine Kampagne zur Aus-, Fort- und Weiterbildung starten, um den Mittelstand bei der Umsetzung der Wärmewende in der Praxis zu unterstützen.

**Photovoltaik:** Wir brauchen eine einmalige kräftige Anhebung der Vergütung für Prosumer-PV-Anlagen sowie eine Ersetzung des atmenden Deckels durch einen atmenden Beschleuniger, der auf die neuen Zubauziele abgestimmt ist.

Außerdem gehören Hürden bei der Eigenversorgung abgebaut: Wir fordern die Stärkung der Eigenversorgung aus Erneuerbaren Energien für den gesamten Bedarf für Strom, Wärme und Mobilität in einem Haushalt, in einem Quartier und in einem Betrieb.

Regelungen zum Mieterstrom müssen dringend entbürokratisiert werden.

Ausschreibungen für Agri-, Parkplatz- und Floating-PV-Ausschreibungen müssen bereits in 2022 beginnen (min. 0,5 GW) und danach zügig hochgefahren werden (min. 5 GW pro Jahr ab 2025). Der Ausschluss von Agrarsubventionen bei der Doppelnutzung einer landwirtschaftlichen Fläche mit Agri-PV muss sofort abgeschafft werden.

**Windkraft:** Repowering beschleunigen, Planungshemmnisse beseitigen: Um den stockenden Windenergie-Ausbau an Land schnell aufzulösen, müssen Planungsvorbehalte der Windenergie an Land auf Bestandsflächen aufgehoben und die Privilegierung im Außenbereich für Repoweringanlagen durchgesetzt werden. Durch diese Änderung im Baugesetzbuch kann der Bund auf einen Schlag Planungsrecht für alle Repowering-Standorte schaffen.

Die Regelungen in Hessen für bestehende Windkraftstandorte verhindern derzeit die Möglichkeit ein sog. Repowering zu realisieren, wenn diese unter den vorgegebenen 1000 Metern Abstand zur Siedlungsbebauung bleiben. Wir wollen im Sinne der Verwirklichung der Energiewende die Möglichkeit zum Repowering dort ermöglichen, wo es durch kommunale Beschlussfassung abweichend zu den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes gewünscht und akzeptiert ist. Hierzu sind die Regelungen in der Landesplanung zu ändern.

Außerdem fordern wir die Beseitigung der 10H-Abstandsregel durch eine Änderung des Baugesetzbuchs.

Zudem wollen wir die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Windenergie an Land: sechs Monate bis zur Vollständigkeit des Antrags und sechs Monate bis zur Genehmigung dürfen nicht überschritten werden. Die Freistellung von Repowering-Standorten von der Genehmigungspflicht und eine bloße Rechtskontrolle im Anzeigeverfahren gehören dazu.

Der Windenergie-Deckel im EEG muss gelockert werden. Dazu gehört insbesondere eine Freistellung von Ausschreibungen bei kleineren Windkraftanlagen bis zu 3 MW (Deminimis) zur Mobilisierung der gesellschaftlichen Kraft der kommunalen Bürgerenergie.

Abschaffung des erstickenden Winddeckels bei Ausschreibungen: Die sog. endogene Mengensteuerung bewirkt eine Spirale nach unten bei den Ausschreibungsmengen und ist ein verkappter Zubaudeckel bei der Windenergie an Land. Sie muss beseitigt werden. Wettbewerb bei Windenergieanlagen größer 3 MW soll durch eine Ausweitung verfügbarer Standorte erreicht werden und nicht durch künstliche Verknappung des Angebots.

**Biogaspotenzial zur Ersetzung von Erdgas:** Der Wert von Biogas liegt in der Bereitstellung von Flexibilität für das Stromsystem sowie in der Kraft-Wärme-Kopplung. Das Potenzial des großen bestehenden Biogas-Anlagenparks für Flexibilität darf nicht länger brachliegen. Die Anreize zur Umstellung auf regelbaren Betrieb müssen auch für Bestandsanlagen erhöht werden. Dann kann Biogas seine Stärke zur Ersetzung von Erdgas im Stromsystem voll ausspielen. Zentraler Pfeiler für den weiteren Ausbau der Biogasproduktion ist eine energetische Nutzungspflicht für Bioabfälle, Grünschnitt und Gülle.

**Wasserkraft:** Die Behinderung der Wasserkraft muss beendet werden. Als Sofortmaßnahme zur Energiesicherheit soll bei allen Maßnahmen zur Einschränkung der Wasserkraft ein Moratorium greifen.

In einer grundlegenden Reform sind die Ansprüche der EU-Wasserrahmenrichtlinie mit denen der beschleunigten Energiewende in Einklang zu bringen und nicht gegeneinander auszuspielen.

**Speicher:** Speicher dürfen nicht als Letztverbraucher eingestuft werden. Für die Markteinführung von Energiespeichern und der Sektorenkopplung ist ein klarer regulatorischer Rahmen erforderlich. Als wichtige Flexibilitätsoption müssen Speicher sowohl auf Netz- als auch auf Erzeugerseite gleichberechtigt mit den anderen Flexibilitätsoptionen im Markt agieren können.

**Bürokratieabbau und Genehmigungsverfahren:** Wir fordern die hessische Landesregierung aus, endlich den Ausbau von Erneuerbaren Energien ambitioniert voranzutreiben. Dazu gehören insbesondere die Erhöhung der personellen Ausstattung der Regierungspräsidien als Planungs- und Genehmigungsbehörden mit dem Ziel der deutlichen Verkürzung der Genehmigungsverfahren, der Abbau ungerechtfertigter Hemmnisse, wie zum Beispiel beim Denkmalschutz, die wirksame Bereitstellung von Flächen für Wind- und Solarparks sowie der Abbau von Einschränkungen beim Repowering der windstärksten Bestandsanlagen.

### Lieferketten

Die globale Aufstellung der Lieferketten hat sich als eine Achillesferse unserer Wirtschaft erwiesen. Seit Jahren globalisieren Unternehmen ihre Lieferketten immer stärker. In Verbindung mit *just-in-time*-Fertigung und immer engmaschigeren Transportwegen weisen die Lieferketten eine hohe Anfälligkeit auf. Bei Krisen entstehen wirtschaftliche Kosten, die oft nicht mehr im Verhältnis zu vermeintlichen Kosteneinsparungen stehen. Die Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg haben uns diese Unwucht dramatisch vor Augen geführt. Mehr noch: wir stehen vor einem Zielkonflikt zwischen dem Streben der Unternehmen nach Kostenreduzierung einerseits und dem Streben demokratisch legitimierter Politik nach Versorgungssicherheit andererseits. Der Mangel an medizinischen Gütern bei Ausbruch der Corona-Pandemie hat uns diesen Konflikt besonders deutlich gemacht. Bisher reagieren die Unternehmen auf diese Herausforderungen häufig mit einer weiteren Diversifizierung ihrer Lieferantenstruktur sowie höherer Lagerhaltung.

Während Letzteres ein Baustein für die Neuaufstellung von Lieferketten sein kann, dürfte ersteres bestehende Versorgungsprobleme weiter erhöhen.

Was wir brauchen ist vielmehr eine industriepolitische Strategie, die die Regionalisierung von Wertschöpfungsketten und die Sicherung der Güterversorgung stärker in den Mittelpunkt rückt. Dazu gehören:

- Die Schaffung von Reserven für strategische Güter sowie Vor- und Zwischenprodukte. Die Öl-Reservenpolitik diverser Staaten kann hierzu Impulse und Hinweise geben.
- Die Regionalisierung und Rückverlagerung der Fertigung kritischer Vor- und Zwischenprodukte. Hierzu bedarf es einer aktiven, gezielten Industriepolitik, die europäisch koordiniert werden muss. Europäische und nationale Politiken zur Ansiedlung der Batteriezellfertigung können hierzu als Blaupause dienen
- Im außereuropäischen Ausland gesourcte Fertigung ist häufig arbeitsintensiv. Wir brauchen deshalb die Steigerung der Produktivität durch neue Fertigungsverfahren oder technologischen Produktverbesserungen. Das bedarf eines Förderprogramms, das die Kooperation zwischen Unternehmen und Hochschulen und eine Verknüpfung zur Grundlagenforschung sicherstellt.

- Eine Besteuerung von Schiffskraftstoffen und Flugbenzin entsprechend den durch die Verbrennung dieser Kraftstoffe entstehenden Schäden für Umwelt und Klima. So eine Besteuerung spiegelt die ökonomische Wirklichkeit von Transportkosten wider und schafft Anreize zur Regionalisierung der Lieferstrukturen.
- Eine Kostenbeteiligung der LKW entsprechend der tatsächlichen Schäden, welche durch den LKW-Verkehr an Straßen entstehen. Nicht erst das Verhalten Russlands zeigt, dass das Modell der Annäherung durch Handel an seine Grenzen gekommen ist. Handelsbeziehungen und Lieferketten sollten künftig stärker wertebasiert ausgerichtet werden. Bei der Anbahnung des Handelsabkommens mit Kanada (CETA) hatte gerade die SPD sehr auf soziale Bedingungen gepocht. Das Lieferkettengesetz stellt den Einstieg in die Absicherung von Menschenrechten und ökologischen Standards entlang der gesamten Wertschöpfungskette dar. Dieser Weg muss mit Blick auf den Abschluss künftiger Handelsabkommen und der Vertiefung von wirtschaftlichen Beziehungen konsequent weitergegangen werden. Qualitative Anforderungen an Handelsbeziehungen müssen gegenüber dem günstigsten Produktionspreis an Bedeutung gewinnen. Wir wollen eine Demokratisierung unserer Handelswege.

#### Rohstoffversorgung strategisch aufstellen

Die Abhängigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft von russischem Gas, Öl und Kohle wird derzeit gesellschaftlich breit und detailliert diskutiert. Diese Debatte muss dringend auch auf die Versorgung mit anderen Rohstoffen wie zum Beispiel Seltene Erden, Wolfram, Kobalt oder Magnesium, die allesamt für die industrielle Wertschöpfung kritisch und essenziell sind, erweitert werden.

Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie, die nicht nur Recycling, effizientere Verwendung in der Fertigung und Minimierung von Ausschuss zum Ziel hat. Vielmehr brauchen wir auch die Förderung von Forschung und Entwicklung einer Substitutionsstrategie. Vorhandene Programme und Aktivitäten der Bundesregierung wie zum Beispiel das Projekt „Substitution als Strategie zur Minderung der Kritikalität von Rohstoffen für Umwelttechnologien“ können hierzu eine wichtige Grundlage bieten. Wichtig ist hierbei eine rasche Industrialisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse industriepolitisch zu flankieren und zu fördern.

Das Auffahren neuer Bergwerke in Deutschland darf nicht länger tabu sein. Deutschland ist reich an Bodenschätzen. Viele Bergwerke wurden in den vergangenen Jahrzehnten aufgegeben, weil die Kosten der Förderung die Weltmarktpreise überschritten hatten. Mit steigenden Rohstoffpreisen kann sich diese Situation verändern.

#### (4) Konjunkturelle Maßnahmen für die kurze Frist

Die aktuelle Situation mit steigenden Preisen, Zurückhaltung bei Investitionen, Produktionsstopps aufgrund fehlender Teile, einer sich abzeichnenden strikteren Geldpolitik und stockendem Wachstum ist besorgniserregend für die Konjunktur.

Die enorm steigenden Preise für Energie und Lebensmittel treffen Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen besonders hart. Sie schränken zudem Spielräume für anderweitigen Konsum ein. Wir begrüßen deshalb das Entlastungspaket der Bundesregierung bei den Lebenshaltungskosten, das mit jährlich rund fünf Milliarden Euro zu Buche schlägt. Wir fordern sie zugleich auf, die konjunkturelle Entwicklung weiter intensiv zu verfolgen und bei Bedarf weitere, sozial ausgewogene Pakete auf den Weg zu bringen.

Weiter steigende Gaspreise oder Lieferstopps beziehungsweise ein Embargo hätten gravierende Auswirkungen auf die deutsche Industrie. Mit dem Kurzarbeitergeld verfügen wir über ein bewährtes Instrument, das bei vorübergehenden Produktionsstopps aufgrund von fehlendem Gas helfen kann, trotzdem Beschäftigung zu sichern. Sollten die Gaspreise weiter steigen und eine kostendeckende Produktion gerade in energieintensiven Industrien unmöglich machen, plädieren wir für den Einsatz von pauschalen Produktionsprämien. Die Grundidee: Wenn die Fortsetzung der Fertigung sich nicht mehr rechnet, wird den betroffenen Unternehmen mit Produktionsprämien geholfen.

Soziale und wirtschaftliche Folgekosten werden vermieden, die Versorgung mit Vor- und Zwischenprodukten für weitere Wertschöpfungsstufen wird aufrechterhalten. Diesen umsatzgekoppelten Festbetrag erhalten die Unternehmen nur dann, wenn sie Produktion und Beschäftigung nicht zurückfahren.

### Transformationsfonds als industriepolitische Perspektive

Klar ist aber auch: Derlei Maßnahmen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der ohnehin für die Industrie bestehende Transformationsdruck weiter zunehmen wird. Wir plädieren daher für die Schaffung staatlicher Transformationsfonds, die Unternehmen bei diesem Umbau helfen und einen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leisten. Der Vorteil einer staatlichen Beteiligung gegenüber Subventionen besteht in der Vermeidung der Fehlsteuerung der Sozialisierung von Kosten bei Privatisierung von Gewinnen.

Eine direkte Beteiligung oder Finanzierung des Bundes und/oder der Länder in Schlüsselindustrien hat zudem den Vorteil, dass ein direkter Einfluss auf die Umsetzung von Klima- und Nachhaltigkeitszielen genommen werden und beispielsweise eine aktive Beteiligung der Gewerkschaften unterstützt werden kann. Neben der Bereitstellung von Kapital für Investitionen in klimafreundliche Technologien, Prozesse und Produkte könnte der Fonds auch gezielt genutzt werden, um Übernahmen aus dem Nicht-EU-Ausland in Schlüsselbereichen vorzubeugen. Es bedarf zudem der Schaffung regionaler Transformationsbündnisse aus Arbeitgeberverbänden, Unternehmen, Betriebsräten, Gewerkschaften, Hochschulen und kommunaler Politik. Derlei Bündnisse könnten die operativen Grundlagen für Investitionen und Projekte aus dem Transformationsfonds schaffen.

Außerdem wollen wir die Schlüsselindustrien Hessens dahingehend analysieren, welche Chancen und Risiken durch den Strukturwandel bestehen und sie mit vorhandenen Stärken und Schwächen gegenüberstellen. Im Rahmen dieser Analysen werden zunächst die wichtigsten Veränderungsprozesse, die die Industrie momentan und in Zukunft beeinträchtigen, ermittelt. Als nächstes folgt die Bestandsaufnahme. Dabei muss die ganze Wertschöpfungskette im Blick behalten werden. Hieraus werden wir konkrete Handlungsempfehlungen ableiten. Betriebsräte, Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände sind in diesen Prozess mit einzubinden. Vergleichbare politische Instrumente, wie sie in Thüringen angewendet worden sind, können dabei als eine gute Basis hierzu dienen.

### (5) Spielräume für öffentliche Investitionen erhalten -international an einem Strang ziehen

Kurzfristig nutzt die Regierungskoalition im Bund Spielräume der vorhandenen Schuldenbremse für notwendige Zukunftsinvestitionen und zur Abfederung der krisenbedingten Belastungen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Gleichzeitig sind punktuelle Ausnahmen zur Schuldenbremse keine Dauerlösung. Einmal mehr zeigt sich, dass Haushaltsziele und nachhaltige Investitionen in Zukunftstechnologien und die Modernisierung von Gesellschaften im Einklang stehen müssen.

Hierfür muss der Staat auch seiner Einnahmeverantwortung nachkommen. Gerade bei einem Abflauen der Weltkonjunktur braucht es Handlungsspielräume für öffentliche Investitionen. Trotz der aktuell nicht vorhandenen verfassungsändernden Mehrheit: Die Schuldenbremse braucht eine Reform. Nachhaltige Investitionen müssen möglich sein. Dauerhafte Belastungen können hingegen nicht auf Pump finanziert werden. Dafür müssen hohe Vermögen mehr Verantwortung für die Finanzierung des Gemeinwesens übernehmen. Dieser Notwendigkeit müssen sich alle die Bundesregierung tragenden Parteien stellen.

Vor allem braucht es ein international abgestimmtes Vorgehen. Die von Olaf Scholz initiierten Allianzen für die Gründung eines Klimaclubs und Verabschiedung einer globalen Mindeststeuer stehen beispielhaft für dafür, dass wir den großen Herausforderungen nur gemeinsam begegnen können. Der internationale Schulterschluss ist nicht zuletzt mit Blick auf globale Risiken wie Artensterben, Klimaveränderung und Pandemien in unserem unmittelbaren Eigeninteresse.

### **Beschluss C004: „Kriegsgewinne“ sind zu sozialisieren!**

Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein Konzept zu erarbeiten, das die nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine entstandenen zusätzlichen Gewinne im Energiesektor (Öl- und Gasgeschäft) steuerlich abschöpft. Hieraus resultierende Mehreinnahmen können einen Finanzierungsbeitrag für Unterstützungsleistungen an die Wirtschaft und die Bürger darstellen, wenn es um die Kompensation gestiegener Energiekosten geht.

## D – Sozialpolitik

### **Beschluss D006: Gleichbehandlung von Flüchtlingen**

Für die Umsetzung des Eintritts in die Grundsicherung Zweites Sozialgesetzbuch (SGB II) von ukrainischen Geflüchteten ab 1. Juni 2022 sollen die Jobcenter jedwede notwendige Hilfestellung erhalten. Die direkte Überleitung ukrainischer Flüchtlinge in das SGB II soll aber nicht dazu führen, dass es zu einer Ungleichbehandlung von Geflüchteten aus verschiedenen Herkunftsländern kommt. Es sollten insbesondere Flüchtlinge aus anderen Kriegsgebieten – vor allem mit deutscher Beteiligung - grundsätzlich eine Gleichbehandlung wie die ukrainischen Geflüchteten erfahren.

## E – Ernährung, Landwirtschaft

### **Beschluss E001: Hunger bekämpfen – Frieden sichern!**

Seitdem 24. Februar 2022 herrscht Krieg in der Ukraine. Völkerrecht, Kriegsrecht und Menschlichkeit werden gebrochen. Die Menschen erleben unbeschreibliches Leid. Die schrecklichen Bilder aus Butscha und Mariupol lassen das Ausmaß der Grausamkeiten dieses Krieges nur erahnen. Doch der Krieg hat nicht nur dramatische Folgen für die Ukraine, Russland oder Europa, sondern für die ganze Weltgemeinschaft. Denn Putin schafft nicht nur unendliches Leid in der Ukraine, sondern auch Hunger in der Welt.

Die Ukraine und Russland sind wichtige Produzenten und Exporteure für Lebensmittel. Die Ukraine gilt als die Kornkammer Europas. Über 70 Millionen Tonnen Getreide wurden im vergangenen Jahr aus der Ukraine exportiert, rund 30 Prozent des Getreides des Welternährungsprogramms kamen aus der Ukraine. Trotz des Krieges können in der Ukraine aktuell rund 75% der Ackerflächen bestellt werden, in den Silos lagern 20 Millionen Tonnen

Weizen für den Export – das große Problem ist allerdings, dass die Transportwege durch das Kriegsgeschehen nicht sicher sind. Häfen können nicht angefahren werden, Schienen sind zerstört. Der Wegfall der Ukraine als Nahrungsmittelexporteurin bedeutet, dass viele Länder ihren Bedarf an Getreide nicht mehr decken können und Millionen Menschen die Hungersnot droht.

Betroffen sind vor allem Länder des Globalen Südens, die sowieso schon zu den Ärmsten der Armen gehören und die auf das Welternährungsprogramm und auf Getreideimporte angewiesen sind.

Doch nicht erst der Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat das Welternährungsprogramm empfindlich getroffen. Schon vorher gab es hier Probleme, da nicht alle Länder ihren Beitrag zum Welternährungsprogramm gezahlt haben. Seit 2018 steigen weltweit die Anbaumengen an Getreide – in diesem Jahr werden 220 Millionen Tonnen erwartet. Es gibt genug für alle – aber es ist zu teuer. Spekulationen auf Hungerkrisen und Dünger treiben die Preise hoch. Um dem kurzfristig entgegenzuwirken, hilft das Welternährungsprogramm. Deutschland beteiligt sich in diesem Rahmen mit 430 Millionen Euro. Langfristig kann das allerdings keine Lösung sein, denn auch hier werden Abhängigkeiten geschaffen.

Das Streben nach einer gerechten Verteilung der Nahrungsmittel ist auch gleichzeitig ein Kampf gegen den Klimawandel. Denn Ressourcen in den Anbau von Lebensmitteln zu stecken, die anschließend – aus unterschiedlichen Gründen – nicht verzehrt werden, ist Verschwendung, und mit Blick auf den Welthunger und den Klimawandel ein nicht annehmbarer Zustand.

Dagegen hilft es, die regionale Versorgung mit Lebensmitteln zu unterstützen. Kurze Transportwege, eine Preisbildung, die sich aus der Arbeitskraft und den Kosten der Produktionsmittel zusammensetzt, und eine langfristige wirtschaftliche Perspektive für Landwirtinnen und Landwirte des Globalen Südens könnten zu einer dauerhaften Lösung des weltweiten Hungers beitragen. Hilfe zur Selbsthilfe scheidet allerdings oft daran, dass Lebensmittelmärkte im Globalen Süden mit Exporten des Globalen Nordens überflutet werden. Diese Exporte machen es beispielsweise Geflügelzüchtern vor Ort sehr schwer, eigene Ware zu verkaufen, da sie mit den niedrigen Preisen der Exporte des Globalen Südens nicht mithalten können. Auch die Spekulationen auf Lebensmittelpreise an den internationalen Börsen führen dazu, dass sich die Preise nicht mehr an Arbeitskraft- und Produktionskosten orientieren, sondern an den Regeln der Finanzmärkte. Zugespitzt

formuliert bedeutet das, dass auf den Hunger von Menschen spekuliert wird – denn wenn die Preise steigen, können sich tausende von Menschen keine Lebensmittel mehr leisten. Das muss ein Ende haben.

Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, einen Beitrag zu leisten und für die Nahrungsmittelsicherheit in der Welt zu sorgen. Denn Kriege führen zu Hunger und Hunger zu Kriegen! Zu einer aktiven Friedenspolitik gehört die globale Ernährungssicherheit.

Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel. Wasser ist Leben. Ob bei der Ernährung, dem Bewässern von Feldern, der Versorgung der Tiere oder bei der Körperpflege: Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene sind das A und O für die Gesundheit und Entwicklung. Der Zugang zu einer guten Wasserversorgung ist ein elementares Menschenrecht. Aktuell haben weltweit nach den Angaben der UN über 2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sind unterernährt. Die Tendenz ist steigend. Gutes Trinkwasser ist weltweit ein knappes Gut und durch den Klimawandel und durch Kriege wird die Situation verschärft. Selbst in Deutschland ist Trinkwasser ein knappes Gut und es wird immer teurer.

Sauberes Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene sind Grundbedürfnisse des Menschen und für eine gesunde Entwicklung unverzichtbar. Aus diesem Grund hat die UN sich für eine nachhaltige Entwicklung mit dem Ziel für jedem Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser und einer angemessenen Sanitärversorgung zu ermöglichen. Nachhaltige Wasserwirtschaft steht im Einklang mit einer nachhaltigen Landwirtschaft und nicht im Widerspruch.

Höhere Wassersicherheit für die Nahrungsmittelproduktion kann dazu beitragen, Armut zu mindern. Zur Friedenssicherung gehört die Sicherstellung des weltweiten Zugangs zu sauberem Trinkwasser und ausreichender gesunder Ernährung.

Darum fordern wir:

- Eine Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit. Um die Ernährungssouveränität aller Staaten auf Dauer sichern zu können, müssen genug finanzielle Mittel im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden, um Länder darin zu bestärken, auf Dauer unabhängig von Lebensmittelexporten zu werden.
- Die finanzielle Beteiligung Deutschlands am Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen sowie an der Welthungerhilfe muss langfristig sichergestellt sein. Der WFP Innovation Accelerator in München ist ein gelungenes Beispiel für Projekte, mit denen neue Wege zur Überwindung des Hungers in der Welt erprobt werden können. Die Finanzierung alternativer Projekte muss weiterhin sichergestellt werden.
- Die Spekulationen auf Lebensmittel und Hunger an den Börsen sind ein nicht hinnehmbarer Zustand. Die Bundesregierung muss auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene darauf hinarbeiten, die Wetten auf Hunger zu verbieten.
- Der exzessive Export von Lebensmitteln aus Europa in Länder des Globalen Südens, der die regionalen Märkte vor Ort zerstört, muss aufhören. Deutschland muss sich auf internationaler Ebene für eine Stärkung der regionalen Märkte des Globalen Südens einsetzen. Hierzu soll u.a. die Unterstützung von Bäuerinnen und Bauern des Globalen Südens mit Mikrokrediten ausgebaut werden.
- Um die regionalen Märkte des Globalen Südens vor exzessiven Exporten zu schützen, müssen wir unsere Subventionen, beispielsweise auf Billigfleisch, ändern.

- Viele Länder des Globalen Südens stehen am Rande des finanziellen Abgrunds. Wir müssen eine Entschuldungsoffensive für diese Länder starten, um ihnen einen fairen, neuen Anfang zu ermöglichen.
- Wasserwirtschaftliche Nachhaltigkeitskonzepte dienen dem Schutz der Wasserressourcen müssen zum weltweiten Standard werden. Hierbei geht es sowohl um die Sicherung der Qualität des Grundwassers zur Sicherung unseres Trinkwassers genauso wie um den Schutz der Wasserstände.
- Der Einsatz für eine gute Trinkwasser- und eine Sanitärversorgung muss ausgebaut werden, damit weltweit die [Kindersterblichkeitsrate](#) verringert wird. Denn verschmutztes Wasser und mangelnde Hygiene verursachen häufig Krankheiten wie Durchfall und senken dadurch die Lebenserwartung, insbesondere von Kleinkindern. Besonders von Dürre betroffene Länder benötigen Hilfe, der weltweite Ausbau an Investitionen für eine gute Wasserversorgung ist wichtig
- Aufklärung über Hygiene und Gesundheitsversorgung

In den Armutsregionen und Kriegsgebieten, wie in der Ukraine fehlt es oft an wenige funktionierende sanitäre Anlagen. Es geht in diesen Regionen nicht nur um ausreichende gesunde Ernährung, sondern die Wasserversorgung gehört dazu und muss zusammen gedacht werden.

## **Beschluss E002: Die deutsche Landwirtschaft ist systemrelevant**

Die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen stellen uns vor die größten politischen Herausforderungen seit dem Zweiten Weltkrieg, auch im Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Sie sind systemrelevant und essentiell.

1. Die agrarpolitischen Positionen der SPD sind auf diese Herausforderungen neu auszurichten und anzupassen.
2. Hierzu ist eine enge gemeinsame Abstimmung zwischen der SPD-Bundestagsfraktion, den SPD- geführten Agrarresorts der Länder und dem wieder zu aktivierenden „SPD-Netzwerk Agrar- und Ernährungswirtschaft“ notwendig.
3. Die agrarpolitischen Positionen der SPD müssen neben den wichtigen Aufgaben des Klima-, Tier,- Umwelt-, Natur- und Artenschutzes wieder verstärkt die Ernährungssicherheit in den Fokus nehmen. Dabei sind die Belange der landwirtschaftlichen Betriebe und der dort arbeitenden Familienarbeitskräfte sowie der abhängigen Beschäftigten berücksichtigen. Wir erkennen an, dass wir Verantwortung für die fruchtbarsten Böden und höchsten Umweltstandards tragen.
4. Die SPD begrüßt die Beschlüsse der „Zukunftskommission Landwirtschaft“ sowie die Empfehlungen der „Borchert-Kommission“ zum Umbau der Tierhaltung und unterstützt ein abgestimmtes Handeln der zuständigen Ressorts der Bundesregierung zur zeitnahen Verwirklichung der Beschlüsse.
5. Die soziale Verantwortung der SPD darf vor dem Hintergrund von Ökologie und Ökonomie auch die schwierige wirtschaftliche Lage vieler Konsument\*innen nicht außer Acht lassen.
6. Bei allen künftigen Gesetzesinitiativen, die landwirtschaftlichen Betrieben höhere Betriebs- und Investitionskosten auferlegen ist besonderes Augenmerk auf die Gesetzeskostenabschätzung zu legen. Denn ohne Gewährleistung entsprechend angepasster Marktpreise geraten landwirtschaftliche Betriebe in Existenzkrisen.

Die Zielformulierungen des Green Deal müssen an die globalen Realitäten angepasst werden.

## F – Umweltpolitik

### **Beschluss F001: Klima schützen und verpflichtende Inanspruchnahme von Fördermitteln für energetische Modernisierungen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert Bundestag und Bundesregierung auf:

Die Wohnungsbauwirtschaft muss einen größeren Beitrag für den Klimaschutz leisten. Die Fördermittelpolitik des Bundes soll so ausgerichtet werden, dass möglichst viele Bestandswohnungen mit niedrigen Energiestandards energetisch saniert werden. Das kann auch eine Anpassung der Energiestandards in Fördermittelprogrammen beinhalten.

## G – Gesundheitspolitik

### **Beschluss G 001: Zugang zu Verhütungsmitteln für junge Frauen zwischen 15 und 25 Jahren erleichtern – Frankreich als Vorbild nehmen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass künftig der Zugang zu Verhütungsmitteln für junge Frauen zwischen 15 und 25 Jahren erleichtert wird, indem alle Kosten für Verhütungsmittel und damit verbundene Arztbesuche von der Krankenversicherung übernommen werden.

Frankreich führt eine entsprechende Regelung zum 1.1.2022 ein.

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd begrüßt die nachfolgende Vereinbarung der Koalitionsvereinbarung der Ampel Koalition (ab Zeile 3897). Diese soll umgehend umgesetzt werden: „Wir wollen Krankenkassen ermöglichen, Verhütungsmittel als Satzungsleistung zu erstatten. Bei Geringverdienenden werden die Kosten übernommen.

Wir wollen die Forschungsförderung für Verhütungsmittel für alle Geschlechter anheben.“

### **Beschluss G003: Brustkrebsvorsorge verbessern - Früherkennung kann Leben retten**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Altersspanne beim Mammographie Brustkrebs Screening deutlich ausgeweitet und die Brust Ultraschalluntersuchung in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden.

### **Beschluss G004: Covid-19 weltweit wirksam bekämpfen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bekämpfung von Covid-19 weltweit beschleunigt und verbessert wird. Sie soll sich bei der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), in der Europäischen Union und bei den internationalen Partnern für folgende Maßnahmen einsetzen:

- I. (Vorübergehende) Aufhebung des Patentschutzes für Covid-19 Impfstoffe: Dafür müssen sich 160 Länder in der WTO dafür einsetzen, internationale Copyright-Bestimmungen außer Kraft zu setzen. Die WTO kann dann den sogenannten TRIPS (Trade-related Intellectual Property Rights)- Waiver erteilen, der erstmalig im Oktober 2020 von Indien und Südafrika beantragt wurde.

Mit dieser Ausnahmegenehmigung würden vorübergehend der Patentschutz und weitere Schutzrechte für Covid-19-Impfstoffe aufgehoben und so Rechtssicherheit für eine weltweite Impfstoffproduktionen geschaffen werden. Bisher unterstützen 100 Länder dieses Anliegen, darunter nach dem Präsidentenwechsel auch die USA.

2. Druck auf die Pharmaunternehmen erhöhen, die Covid-19 Impfstoffe teils mit massiver staatlicher Unterstützung herstellen konnten, mit Pharmaunternehmen in anderen Ländern beim Aufbau von Produktionskapazitäten zu kooperieren.
3. Tatsächliche Erfüllung der Lieferzusagen von bereits erworbenen Impfkontingenten an ärmere Länder in Afrika, in Teilen Asiens und Südamerikas durch die Länder, die über Covid-19- Impfstoff verfügen. Aufhebung von Exportverboten.
4. Erfüllung der Zusagen der COVAX (Covid-19 Vaccines Global Access)-Initiative, die ursprünglich zugesagten 240 Millionen Impfdosen global zur Verfügung zu stellen und die Reduzierung dieser Zusage auf nur 145 Millionen rückgängig zu machen.
5. Im Rahmen der Entwicklungshilfe die Industrienationen zu verpflichten, intensiver beim Aufbau eines funktionierenden Gesundheitswesens Unterstützung zu leisten.

## **Beschluss G005: Endometriose: Zwei Millionen Betroffene und keine Unterstützung**

Die Forschung und die Versorgung der Erkrankung Endometriose muss verbessert und unterstützt werden! Dabei sollen regionale, spezialisierte Zentren aufgebaut werden. Durch Aufklärung in der Gesellschaft und in der Medizin soll die Diagnosezeit verkürzt werden. Zusätzlich muss die Erforschung der Ursachen der Krankheit vorangetrieben werden. In Anlehnung an die Forderungen der Endometriose-Vereinigung-Deutschland e.V. haben wir folgende Forderungen:

### • Aufklärung

1. Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen und Endometriose.
2. Zur Finanzierung der Maßnahmen soll ein jährlicher Etat für die Aufklärung von Frauenkrankheiten und Endometriose von mindestens zehn Millionen Euro für die „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ durch das Bundesministerium für Gesundheit bereitgestellt werden.
3. Aufklärung im Rahmen der Sexualerziehung in Lehrplänen und Curricula
4. Fortbildung der Verwaltung, insbesondere der Versorgungsämter
5. Aufbau eines “Nationalen Aktionsplans: Frauengesundheit”
6. Aufklärung über die Folgen von hoher Schmerzmittelnutzung im Rahmen der Erkrankung

### • Diagnostik, Behandlung und Forschung

1. Aufbau eines bundesweiten Förderprogramms zur Erforschung von Ursachen der Endometriose, neuen Diagnostikverfahren und besseren Behandlungsmöglichkeiten
2. Der Etat soll jährlich mindestens 14 Millionen Euro umfassen.
3. Zum Aufbau eines Deutschen Zentrums für Endometriose soll eine einmalige Summe von 30 Millionen Euro ausgeschrieben werden.
4. Einführung eines jährlichen Vaginal-Ultraschalls als zuzahlungsfreie Kassenleistung

5. Zuzahlungsfreier Zugang zu hormonellen Präparaten für Endometriosebetroffene
6. Kostenübernahme von komplementären Behandlungsansätzen
7. Aufklärung und Finanzierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit Kinderwunsch

• **Arbeitsrecht**

1. Möglichkeit des Home-Office für Betroffene von Endometriose
2. Ermöglichung von telefonischen Krankschreibungen für Betroffene von Endometriose
3. Einführung von Teilzeit-Krankschreibungen

### **Beschluss G007: Erleichterte Anerkennung von Corona-Folgen als Berufskrankheit**

Viele Angehörige der „systemrelevanten“ Berufe haben sich während der Pandemie mutmaßlich im Rahmen ihrer Arbeit mit SARS-CoV-2 infiziert, leiden unter den Spätfolgen bis hin zu dauerhafter Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, ohne dass sie unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung fallen.

Gleiches gilt für diejenigen aus diesen Berufsgruppen, bei denen sich infolge der überbeanspruchenden Arbeitsbedingungen ein „Burn-Out“ (Depression, Posttraumatische Belastungsstörung) entwickelt hat.

In der Regel können sie die von den Berufsgenossenschaften geforderten Nachweise, dass ihre Erkrankung bzw. Störung rein beruflich verursacht ist, nicht erbringen.

Wir fordern eine Regelung zu finden, die es erlaubt, für die Betroffenen die Anerkennung ihrer Corona-Folgen als Berufskrankheit deutlich zu erleichtern.

### **Beschluss G008: Finanzierung des Gesundheitswesens**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung anzustoßen. Dabei soll die Abschaffung des Fallpauschalensystems angestrebt werden.

Bereits 2019 wurden die Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen ausgegliedert und durch ein auf Grundlage der Selbstkosten zu vereinbarendes Pflegebudget ersetzt, diese Entscheidung war richtig und kann auch Alternative zu den Fallpauschalen sein.

Eine Rückkehr zum Selbstkostendeckungsprinzip bei der Krankenhausfinanzierung und eine Abschaffung der DRG ist auch geeignet, das Problem der Privatisierung eines zunehmenden Teils der Krankenhäuser und des Abflusses von Gewinnen zu lösen.

### **Beschluss G009: Forschungsförderung für Gendermedizin erhöhen – Sonderförderung von künstlichen Organen für Frauen**

Die Bezirkskonferenz der SPD Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass das 2022 auslaufende Förderprogramm „Gendergesundheit“ beim Bundesministerium für Bildung und Forschung durch ein neues Förderprogramm ersetzt wird.

Das neue Programm sollte neben Grundlagenforschung auch die produktorientierte Forschung - insbesondere auch zur Entwicklung von künstlichen Organen für Frauen - fördern.

### **Beschluss G013: Künstliche Befruchtungen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd unterstützt die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion bei ihren Anstrengungen, diese Punkte aus der Koalitionsvereinbarung umzusetzen.

### **Beschluss G014: Landesweit „Clearingstelle Gesundheit“ einrichten**

Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass seitens des Landes Hessen sog. „Clearingstellen Gesundheit“ in allen hessischen Groß- und Kreisstädten eingerichtet und ausreichend mit personellen und finanziellen Mitteln durch das Land ausgestattet werden.

### **Beschluss G015: Medikamentöser Schwangerschaftsabbruch durch Telemedizin ermöglichen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Ausweitung des Angebots durch telemedizinische Schwangerschaftsabbrüche zu schaffen.

Gleichzeitig fordern wir die SPD-Landtagsfraktionen sowie die SPD-Bundesfraktion dazu auf, die Versorgungsstrukturen im Bereich Schwangerschaftsabbrüche intensiv in den Blick zu nehmen und sich dafür einzusetzen, dass in Deutschland wieder flächendeckend Schwangerschaftsabbrüche auch in Praxen und Kliniken vorgenommen werden können.

### **Beschluss G017: Medizinische Versorgung von Nicht-Versicherten**

Gesundheit ist ein Menschenrecht. In Deutschland werden nicht krankenversicherte Menschen jedoch schlechter gesundheitlich versorgt. Selbst eine Akutversorgung wird oft in niedrigerem Umfang gewährleistet als bei Krankenversicherten aus Angst der Leistungserbringer auf den Kosten sitzen zu bleiben. Wir fordern Gleichbehandlung bei der medizinischen Basisversorgung, egal wie und ob die Menschen versichert sind oder nicht.

Die medizinische Versorgung der nicht krankenversicherten Menschen ist im Sinne des Gemeinwohles Aufgabe des Staates und kann nicht auf den Schultern von Ehrenamtlichen und Gemeinnützigen Vereinen lasten. Erste Priorität muss sein alle Menschen in eine reguläre Krankenversicherung zu bringen. Hierzu müssen bundesweit Clearingstellen eingerichtet werden, die die Nichtversicherten beraten, wie sie wieder in eine Krankenversicherung eintreten können.

Menschen, die sich es nicht leisten können, müssen von den Zuzahlungen verschreibungspflichtigen Medikamenten, Brillen und zahnmedizinischen Behandlungen befreit werden. Wohnungslosen Menschen müssen zudem Krankenkassenbeitrags-

schulden erlassen werden. Die Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) muss den kassenärztlichen Sicherstellungsauftrag auch in Bezug auf wohnungslose Patienten garantieren.

Es müssen mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um medizinische Angebote im niedrighschwelligem Bereich sicherzustellen und die Menschen vor Ort aufzufangen.

### **Beschluss G018: Nationaler Aktionsplan FLINTA\*gesundheit – den Gender Health Gap schließen!**

1. Das Bundesgesundheitsministerium wird damit beauftragt einen nationalen Aktionsplan FLINTA\*gesundheit zu erarbeiten und zu implementieren.
2. Der Aktionsplan soll zentrale Wirkungsziele und Maßnahmen formulieren, die der Verbesserung der Gesundheit und Chancengerechtigkeit von FLINTA\* dienen. Das übergeordnete Ziel soll dabei die Überwindung des Gender Health Gaps sein.
3. Unter der Schirmherrschaft des Bundesgesundheitsministerium soll ein jährliches Dialogforum zur FLINTA\*gesundheit stattfinden.
4. Zur Finanzierung des Aktionsplans, der Forschung und des Dialogforums sollen jährlich Mittel in Höhe von 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden.
5. In der universitären Lehre und Forschung soll ein größerer Fokus auf Frauen- und genderspezifische Themen gelegt werden.
6. §218 StGB soll im Sinne der vollständigen Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen reformiert werden.

### **Beschluss G019: Novellierung des Psychotherapeutengesetzes -PsychThG**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion dringend auf, die Gesetzesänderung zur Ausbildung von Psychotherapeut\*innen zu novellieren. Dazu gehört:

1. Klinische Psycholog\*innen (M.A.) dürfen weiterhin psychotherapeutische Ausbildungen machen, die im Anschluss zum Erwerb einer Kassenzulassung berechtigen.
2. Alle Fachhochschulen und Fernhochschulen dürfen weiterhin den Studiengang „klinische Psychologie/ Psychotherapie“ (B.A.) anbieten, der für einen Masterstudiengang an einer Hochschule für den Abschluss klinische Psycholog\*in/ Psychotherapeut\*in qualifiziert (polyvalenter Ansatz) (Artikel 1 § 9 Absatz 2).
3. Die Approbationsprüfung nach dem Studium ist ohne therapeutische Ausbildung wenig sinnvoll.
4. Die Begrenzung auf 10 Jahren Studiendauer ist auf 15 Semester und mit der Möglichkeit eines Teilzeitstudiums zu ersetzen (Artikel 1 § 9 Absatz 3).
5. Die fünfjährige Weiterbildung nach dem Studium wird nur noch in Vollzeit angeboten. Besonders die fünfjährigen tiefenpsychologischen Verfahren müssen auch in Form von Teilzeit möglich sein – wie es bis 2020 der Fall war.
6. Absolvent\*innen des Studiengangs klinische Psychologie (M.A.) müssen zwingend für eine psychotherapeutische postgraduelle Ausbildung zugelassen werden.

7. Die lange Ausbildung muss zwingend staatlich vergütet werden.
8. In dem Gesetz soll auch die Anerkennung von therapeutischen Leistungen durch die Krankenkassen und andere Finanzierungsträger geregelt werden.

## I – Wohnen

### **Beschluss I002: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Verlängerung des Betrachtungszeitraums beim Mietspiegel**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd unterstützt die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Der Betrachtungszeitraum soll bei der ortsüblichen Vergleichsmiete auf 10 Jahre ausgeweitet werden.

### **Beschluss I003: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Verbot von Wohnraumzweckentfremdung verschärfen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

In angespannten Wohnungsmärkten soll der Leerstand einer Wohnung von mehr als drei Monaten, schon unter diese Regelung fallen (wie im Land Berlin).

### **Beschluss I004: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Schlupfloch für möblierte Wohnungen schließen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Wir wollen, dass Vermieter\*innen bei möblierten Wohnungen verpflichtet sind, den Möbelzuschlag (neben dem Preis auch das Alter der Möbel) gesondert auszuweisen und auf Verlangen entsprechende Quittungen vorzulegen.

### **Beschluss I006: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis-Planungswertausgleich einführen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Wir fordern daher die Einführung eines Planungswertausgleichs im Baugesetzbuch.

### **Beschluss I007: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Modernisierungsumlage weiter absenken–**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Die Möglichkeit der Umlage von 8% ist immer noch viel zu hoch – diese sollte bei auf maximal 4% reduziert werden. Außerdem sollte die Frist für Mieterhöhungen für Modernisierungsmaßnahmen von 6 auf 10 Jahre erhöht werden.

Dann haben die Mieter\*innen 10 Jahre „Ruhe“ vor Mieterhöhungen wegen Modernisierungen.

Bei energetischen Modernisierungen sollte die Miete nur Warmmieten-neutral erhöht werden dürfen. Wenn es zu einer Heizkostensparnis von 50 Euro kommt, darf die Miete auch nur um 50 Euro erhöht werden.

### **Beschluss I008: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Öffentliche Grundstücksverkäufe in Bodenwertermittlung einfließen lassen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Preisgedämpfte Grundstücksverkäufe müssen künftig in die Ermittlung von Bodenwerten einfließen, damit ein realistisches Bild der tatsächlich gezahlten Bodenpreise widerspiegelt und damit eine bremsende Wirkung auf die stark steigenden Bodenpreise erzielt wird.

### **Beschluss I009: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Informationskampagne für die Mietpreisbremse**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Deshalb muss dazu in den entsprechenden Gebieten eine umfassende Informationskampagne gestartet werden.

Denkbar wäre auch, dass bei An- oder Ummeldungen in den Gemeinden, ein Informationsblatt dazu ausgegeben wird.

### **Beschluss I010: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Heilungswirkung der verspäteten Mietzahlung auf ordentliche Kündigung erweitern**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Wir wollen, dass die Heilungswirkung – also die Fortsetzung des Mietverhältnisses – durch Begleichen der rückständigen Miete nicht nur bei fristloser, sondern auch bei ordentlicher Kündigung gem. § 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB eintritt.

### **Beschluss I012: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Gesetz zum Hausmodernisieren als Ordnungswidrigkeit verschärfen**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Das Gesetz zum Hausmodernisieren als Ordnungswidrigkeit muss dringend deutlich nachgeschärft werden, damit es endlich Wirkung erzielt.

### **Beschluss I014: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Die Möglichkeit der Eigenbedarfskündigung deutlich einschränken**

Wir wollen den sachfremden Missbrauch der Eigenbedarfskündigung verhindern. Dazu gehört eine Spezifizierung des Eigenbedarfs (ausschließlich Nutzung durch Vermieter selbst oder enge Verwandte, Nachweis tatsächlicher Eigennutzung), eine Sanktionierbarkeit, wenn keine Eigennutzung der Immobilie vorliegt und ein besserer Schutz für betroffene Mieterinnen und Mieter. Wir fordern die SPD- Bundestagsfraktion auf, ein entsprechendes Gesetzeskonzept zu erarbeiten

### **Beschluss I016: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Mietwucher unterbinden**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Die Ordnungswidrigkeit kann derzeit mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Wir fordern eine Erhöhung auf mindestens 100.000 Euro.

### **Beschluss I017: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Kündigungssperrfrist verlängern**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

In angespannten Wohnungsmärkten sollte die Kündigungssperrfrist ausgeweitet werden – in den anderen Gebieten auf 10 Jahre.

Außerdem fordern wir die Länder auf, in denen bisher nur kürzere Kündigungssperrfrist gelten (in Hessen zum Beispiel nur 8 Jahre), diese auf diese auf den maximalen Zeitraum auszuweiten.

### **Beschluss I018: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis - Im Wohnungsbestand den Milieuschutz verbessern**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Das Instrument der Milieuschutzsatzung muss dringend nachgeschärft und seine Anwendung für die Kommunen erleichtert werden.

Insbesondere müssen Ausnahmeregelungen für Umwandlungen in diesen Gebieten auf ein Mindestmaß reduziert werden.

### **Beschluss I019: Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Bedingungen weiter verbessern – Kappungsgrenze reduzieren**

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Verbesserungen für Mieter\*innen einzusetzen:

Die Kappungsgrenze sollte auf maximal 10% Mieterhöhung innerhalb von 5 Jahren reduziert werden.

Unser Ziel bleibt ein vollständiger Mietenstopp für einen bestimmten Zeitraum, um die überforderten Mieter\*innen zu entlasten.

## J – Mobilität

### **Beschluss J001: Die Weichen für die Mobilitätswende 2030+ stellen – Klimaschutzstrategie gesellschaftlich entwickeln und finanziell gestalten – Nachhaltig, vernetzt und umfassend**

#### **Prolog:**

Ein starker öffentlicher Verkehr kann einen relevanten und zugleich in hohem Maße sozialverträglichen Beitrag zum Klimaschutz im Verkehrssektor leisten. Ein starker, gut ausgebauter ÖPNV in den Metropolregionen ist zum Erreichen der Klimaziele elementar, da gerade hier großes Potential zum Umsteigen auf Bus und Bahn besteht. Die Verdoppelung des öffentlichen Verkehrs bis 2040 ist aber auch eine Chance, bisher schlecht erschlossene Räume besser erreichbar zu machen und dadurch aufzuwerten. In der Stadt und auf dem Land wird so mehr Mobilität mit weniger Verkehr ermöglicht.

Für Kinder und Jugendliche in ländlichen Räumen gibt es neue Mobilitätsalternativen und mehr Freiheit an Stelle von Zwang zum Elterntaxi. Die vermehrte Nutzung des ÖV bewirkt gesamthaft eine Verringerung von Lärmbelastung und Luftschadstoffen sowie ein Mehr an Verkehrssicherheit und damit einen effektiven Schritt in Richtung der gesellschaftlichen Zielfunktion „Vision Zero“.

Eine Verdoppelung der Nachfrage kann nur gelingen, wenn der ÖPNV von der Mitte der Gesellschaft genutzt und wertgeschätzt wird. Das Beispiel „Fahrrad“ hat gezeigt, dass sich der Status eines Verkehrsmittels in Politik und Gesellschaft binnen eines Jahrzehnts grundlegend ändern kann. Durch Aufwertung der Angebote, durch deren selbstverständliche Nutzung und durch gezielte Thematisierung und Wertschätzung des ÖPNV werden wir den Status des ÖPNV als das Rückgrat des Umweltverbundes gemeinsam mit dem Fuß- und Fahrradverkehr gezielt anheben. Dabei ist noch stärker als bisher das Verkehrsangebot aus der Perspektive der Kundinnen und Kunden als ein durchgängiges Gesamtsystem zu entwickeln. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist auch stärker als bisher zu standardisieren. Und schließlich kann eine Verdopplung der Nachfrage nur dann gelingen, wenn die Rahmenbedingungen und Anforderungen es zulassen, wie die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur bei massiver Bautätigkeit sowie das dringend benötigte Personal vor allem im Fahrbetrieb.

Die Erhöhung der Nachfrage im ÖPNV hat bei Wegen mittlerer Länge, d.h. zwischen 7,5 und 75 Kilometern einen besonders hohen Klimaschutzeffekt. Da Wege mittlerer Länge regelmäßig die Grenzen von Gebietskörperschaften überschreiten, wollen wir in Zukunft noch besser dafür sorgen, dass es über diese Grenzen hinweg ein nahtloses ÖPNV-Angebot hoher Qualität gibt.

Relevant ist dieses gleichermaßen für den Berufs-, Freizeit- und Einkaufsverkehr. Wir möchten auch im ländlichen Raum alltagstauglichen ÖPNV erreichen und das Segment der reinen Schulverkehre verlassen. In den Metropolen wollen wir die vorhandenen Wachstumspotenziale nutzen und den ÖPNV zu einer vollwertigen Alternative zum eigenen Auto machen, indem möglichst weite Teile mit einem 24/7-Angebot, über Bedarfsverkehre bis in die äußeren Stadtteile erschlossen werden.

Die Sicherheit, Attraktivität und Länge des Fuß- oder Radweges von und zur Haltestelle oder zum Bahnhof sind für die Attraktivität und Akzeptanz des ÖPNV oft von entscheidender Bedeutung.

Das ist uns bewusst, wir werden diese entsprechend gestalten. Die Kombination Rad und ÖPNV erhöht die Reichweite beider Verkehrsmittel. Durch attraktive und gesicherte Fahrradabstellanlagen und Fahrradmietmöglichkeiten an Haltestellen und Bahnhöfen des ÖPNV sowie durch Angebote zur Fahrradmitnahme werden wir das „multimodale Zusammenspiel“ von Rad und ÖPNV fördern. Diese sogenannten Mobilitätsstationen können zusätzlich ergänzt werden durch Car-Sharing-Angebote oder E-Roller.

Mit der Anpassung des Klimaschutzgesetzes wurde der zeitliche Handlungsdruck erhöht. Der vorgegebene Reduktionspfad im Sektor Verkehr bis 2030 ist hoch ambitioniert. Notwendige Verdichtungen im Bestandsnetz (Bus/Straßenbahn/U-Bahn/S-Bahn/Regionalzugverkehr) sind innerhalb von drei bis zehn Jahren organisierbar, soweit das Potenzial der vorhandenen Infrastrukturkapazität nicht bereits vollständig ausgeschöpft ist. Neu eingerichteter qualitativ hochwertiger Busverkehr wird mit einem kurz- bis mittelfristigen Realisierungshorizont (zwei bis acht Jahre) nicht nur im Ortsverbindungsverkehr oft die zu präferierende Alternative werden. Bei hohem Nachfragepotenzial wird der Reisekomfort mittelfristig durch die Umstellung von Bus auf Schiene bzw. die Kapazitätserhöhung oder Verlängerung bestehender Schienenstrecken verbessert.

Dieses ist mittel- bis langfristig (acht bis zwanzig Jahre) realisierbar. Wir wissen, dass wir in den nächsten fünf Jahren die Planungen für die meisten mittel- bis langfristig realisierbaren Maßnahmen verbindlich starten müssen, damit der ÖPNV gemäß der Zielsetzung des Koalitionsvertrages auf Bundesebene bis 2045 seinen Beitrag zur Klimaneutralität im Sektor Verkehr leisten kann. Um die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs entsprechend den zeitlichen Anforderungen des Klimaschutzes bewältigen zu können, müssen die Prozesse verkürzt und optimiert werden.

Die massive Ausweitung des öffentlichen Verkehrs bis 2030 ist eine Frage der einzusetzenden finanziellen Mittel. Die bisherigen finanziellen Rahmenbedingungen ermöglichen es dem ÖPNV nicht, seinen möglichen Klimaschutzbeitrag durch die Verdoppelung der Nachfrage zu leisten. Dazu braucht es einen der Höhe nach angemessenen sowie langfristig verlässlichen finanziellen Rahmen. Die Bundesförderung für Länder und Kommunen sollte stärker in Kooperation mit den Ländern oder auch auf der Ebene von Programmen durch die Länder verwaltet werden. Der Bund setzt aber in jedem Fall die Förderziele und kontrolliert den Erfolg der von den Ländern zu verwaltenden Programme. Der Bund dotiert die Programme jeweils landesbezogen nach den zugesagten bzw. erreichten Zielbeiträgen der Länder, insbesondere in Bezug auf Erhöhung der Nachfrage, Erschließungswirkung und Umsetzungsgeschwindigkeit. Die Länder beteiligen sich an der Förderung mit relevanten Eigenanteilen. Die Kommunen werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV stärken. Bund und Länder sollten zudem die Rahmenbedingungen für neue Finanzierungsquellen (z.B. Parkraumbewirtschaftung, ÖPNV- Beiträge/Nahverkehrsabgabe, LKW-Maut-Erträge auf Landes- und Gemeindestraßen) für den Verkehr verbessern.

#### **Unser Handeln soll künftig von folgenden Rahmenbedingungen geleitet werden:**

1. Klimaschutz bleibt die zentrale Herausforderung der Zukunft. Im Verkehrssektor außerhalb des ÖPNVs wurde seit 1990 effektiv kein Fortschritt erzielt. Rechtlich gefordert ist eine schrittweise Reduktion von 164 Mio. t CO<sub>2</sub> (2019) auf 85 Mio. t CO<sub>2</sub> (2030).

Die geforderte Reduktion wird nicht allein durch eine Dekarbonisierung von PKW und LKW (Antriebswende) erreicht werden können.

2. Mit der Verdoppelung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs können wir erreichen, dass fast jeder fünfte Personenkilometer, der heute mit dem Auto zurückgelegt wird, im Jahr 2040, besser noch früher, mit dem ÖPNV zurückgelegt wird
3. Die dringlichste Aufgabe der nächsten zwei Jahre ist es, das Image des ÖPNV vom Stigma der Pandemie zu befreien – und die Nutzerakzeptanz durch die Vermittlung seiner im gesellschaftlichen Interesse liegenden Vorteile zu steigern.
4. Die Verdoppelung des ÖPNV erfordert, dass dessen Angebot in bisher nicht oder nur mäßig erschlossenen Zeiten und Räumen auf ein akzeptables Grundniveau gehoben wird. Dieses stärkt die Entwicklungsperspektiven dieser Räume und der Menschen, die dort ohne Auto mobil sein wollen oder müssen. Insbesondere der ländliche Raum, aber auch Stadtteile und – randbereiche werden auf diese Weise aufgewertet. Ausflugsziele im ländlichen Raum werden mit dem ÖPNV erreichbar. In Summe werden Stadt und Land vom Autoverkehr entlastet und durch eine verbesserte Stadt-Umland-Beziehung wird zudem auch die Nachfrage nach kommunalem ÖPNV gestärkt. Eine Verdoppelung der Nachfrage wird nur gelingen, wenn Multimodalität mit dem ÖPNV als Rückgrat und der Kombination Rad & ÖV als „Dream-Team“ der wechselseitigen Reichweitenverlängerung bundesweit gefördert wird. Kommunen, kommunale Verbände, Länder und der Bund als Eigentümer der DB AG sind daher gefordert, durch gezielte Bahnhofsentwicklung, Unterstützung von Radverleih/Bike-Sharing, Organisation von Fahrradparken sowie Service rund ums Rad dafür zu sorgen, dass der öffentliche Verkehr in seiner Gesamtheit bundesweit reüssieren kann. Das muss mit einer deutlichen Verbesserung der Aufenthaltsqualität an Bahnhöfen und im Umfeld von Haltestellen einhergehen. Verknüpfung mit Formen der Mikromobilität und Park&Ride sind zu fördern, wenn dadurch per Saldo ein Mehr an Klimaschutz im Verkehr bewirkt wird.
5. Die Verdoppelung des ÖPNV ermöglicht mehr Mobilität mit weniger Autoverkehr und schafft durch die hohe Flächeneffizienz des ÖPNV den erforderlichen „Freiraum“ für lebenswerte Städte und Regionen. Besonders sozialschwache Bevölkerungsgruppen leben heute an stark frequentierten Straßen, der Ausbau des ÖPNV ist daher nicht nur für Nutzer/-innen, sondern auch für Anwohner/-innen gelebte Sozialpolitik.
6. Im Bereich der Wege mittlerer Länge sind es oft die Stadt- oder Kreisgrenzen, die Brüche in Angebot oder Tarif des ÖPNV bewirken. Hier ist es Aufgabe der Kommunen und der kommunalen Verkehrsverbände, für ein nahtloses ÖPNV-Angebot mit „grenzüberschreitend“ hoher Angebotsqualität zu sorgen. Tarife müssen so gestaltet werden, dass die Stadt-/ Kreisgrenze nicht als relevante Tarifhürde wahrgenommen wird. Relevant ist dieses gleichermaßen für Berufs-, Freizeit- und Einkaufsverkehre, die oft nicht mehr so stark wie früher auf das Zentrum der eigenen Stadt bezogen sind.
7. Eine Verdoppelung der Nachfrage wird nur gelingen, wenn ein attraktives Angebot vorhanden ist. Das Angebot muss zeitlich, räumlich und qualitativ einen starken Nachfrageanreiz bieten. Kapazitiv muss es die wachsende Nachfrage bewältigen können.

**Dies vorausgeschickt fordern wir:**

- Mittel für die Bundesförderung des Gemeindeverkehrs und die Regionalisierungsmittel sollen aufstockt werden. Dabei ist die bisherige GVFG-Bewertungslogik durch „Zielbeiträge für Klimaschutz“ und „Verbesserung der Erschließungswirkung“ zu ersetzen; dies gilt auch für die Regionalisierungsmittel, die – zusätzlich zu den Bestandsmitteln vom Bund – für den ÖPNV in den Ländern (u.a. für die kommunale Schiene und flächendeckende Ortsverbindungsnetze) bereitgestellt werden.
- Die Bundesförderung für Länder und Kommunen soll mit Einhaltung der Vorgaben der Raumordnung (Ziele und Grundsätze ROG) und der Landesplanung verbunden werden, um die Raumentwicklung mit der Verkehrsentwicklung zu verzahnen. Zudem sollten Maßnahmen nicht isoliert betrachtet und gefördert werden. Gefördert werden sollten Maßnahmen, die Teil einer auf die Verdoppelung des ÖV ausgerichteten verkehrsbezogenen Planung sind. Das sind solche Maßnahmen, welche die „Zielbeiträge für den Klimaschutz“ und die „Verbesserung der Erschließungswirkung“ ermitteln und nachsteuern, mit ihrem räumlichen Planungshorizont zusammenhängende Verkehrsräume abdecken und bestehende kommunale Grenzen überwinden können.
- Die Bundesförderung für Länder und Kommunen sollte durch die Länder verwaltet werden, da diese sachnäher in der Beurteilung der Maßnahmen sind. Der Bund setzt die Erfolgskriterien und zielbezogene Fördervoraussetzungen und kontrolliert den Erfolg der Programme. Der Bund dotiert die Programme jeweils landesbezogen nach den zugesagten bzw. erreichten „Zielbeiträgen“ der Länder, insbesondere in Bezug auf Erhöhung der Nachfrage, Erschließungswirkung und Umsetzungsgeschwindigkeit.
- Die Länder beteiligen sich an der Förderung mit Eigenanteilen. Die Kommunen werden sich ihrerseits in angemessenem Umfang beteiligen.
- Wir müssen das Angebot im Bestandsnetz der Städte und Metropolenräume verdichten. Starten werden wir mit dem Busverkehr. Mit dem notwendigen Vorlauf werden wir die Kapazitäten auch in den Schienennetzen erweitern und die Angebote verdichten.
- Wir werden Netzerweiterungen im Bus- und Schienenverkehr passend zur Entwicklung von Siedlung, Industrie, Gewerbe sowie zu den ausschöpfbaren Marktpotenzialen vornehmen. Auch dieses wird zunächst auf der Straße und – infrastrukturbedingt – erst mit größerem zeitlichen Vorlauf auf der Schiene realisiert werden können. Der Bus hält künftig da, wo der Arbeitsplatz ist.
- In regionaler Verantwortung der Verbünde oder der Länder muss ein Ortsverbindungsnetz aufgebaut werden, welches verknüpft mit dem Deutschlandtakt das gesamte Land erschließt und bei dem deutschlandweite Erreichbarkeitsstandards für vergleichbare Netzqualitäten im gesamten Land sorgen.
- In den Zwischenräumen des Ortsverbindungsnetzes sowie in den Randbereichen bzw. Randzeiten des städtischen ÖPNV bedarf es einer Basiserschließung im teilflexiblen Linienverkehr oder im Linienbedarfsverkehr. Tangentiale Verkehre in die Nachbarorte müssen stärker in den Blick genommen werden. Dieser Bereich der Wege mittlerer Länge hat einen Schwerpunkt im ländlichen Raum. Hier besteht das Angebot des ÖPNV oftmals allein aus Schulverkehrsverbindungen, die für die allgemeine Mobilität nutzlos sind. Hier muss der ÖPNV als Alltagsverkehrsmittel im Ortsverbindungsverkehr wieder Fuß fassen. Potenziale dürften insbesondere im Freizeitverkehr sowie bei den Berufspendelnden liegen. Ein enormer Zugewinn an Autonomie ergibt sich für Menschen ohne eigenes Auto.

- In Summe verbinden sich so der Personenfernverkehr, der SPNV, der städtische ÖPNV, der regionale und kommunale Linienverkehr, der teilflexible Linienverkehr und der Linienbedarfsverkehr im Deutschlandtakt zu einem Gesamtnetz des ÖPNV.
- Wir kümmern uns um Nachwuchs bei der Personenbeförderung. Busfahrer oder Straßenbahnfahrer\*in ist ein verantwortungsvoller Beruf und muss entsprechend ordentlich bezahlt werden. Die Betriebe des ÖPNV müssen wieder verstärkt ausbilden und sich um Personalbindung bemühen. Gleiches gilt für die Instandhaltung der Fahrzeuge und das dafür notwendige Personal in den Werkstätten.
- Das Planungsrecht muss vereinfacht werden. Außerdem müssen angemessene personelle Kapazitäten auf der Ebene der Planfeststellungsbehörden und der Gerichtsbarkeit vorgehalten werden.
- Die coronabedingte Erhöhung der Regionalisierungsmittel sollte in einem ersten Schritt auf Dauer angelegt werden. Strukturell ist es zudem sinnvoll, die bisherige GVFG-Bewertungslogik durch „Zielbeiträge für Klimaschutz und Nachfragesteigerung“ sowie „Verbesserung der Erschließungswirkung“ zu ersetzen. Die Zielorientierung der Maßnahmen werden wir durch entsprechende fachliche Planungen absichern. In vergleichbarer Weise bedarf es einer Erhöhung der Regionalisierungsmittel, die zusätzlich zu den Bestandsmitteln vom Bund für den ÖPNV in den Ländern (u.a. für die kommunale Schiene und flächendeckende Ortsverbindungsnetze) bereitgestellt werden müssen. Verschiedene Gutachten kommen alle auf eine ähnliche Deckungslücke, die sich bis zum Jahr 2030 auf fast 50 Milliarden Euro für die gesamte Bundesrepublik Deutschland aufsummiert.
- Für uns bedeutet inklusive Mobilität: Zu jedem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag gehört ein verpflichtendes Jobticket. Damit können alle Verkehrsträger gebucht werden, angefangen vom ÖPNV, E-Scootern, Car-Sharing, etc.
- Unternehmen werden an der Finanzierung des ÖPNV durch eine Nahverkehrsabgabe pro Mitarbeiter\*in pro Monat beteiligt.
- Der § 161 im hessischen Schulgesetz muss geändert werden: Alle Schüler\*innen in Hessen müssen ein kostenloses ÖPNV-Ticket erhalten.
- Wir fordern eine Projektgesellschaft auf Landesebene, die kleinere Kommunen oder Landkreise berät bei der intermodalen Neuordnung ihrer Städte oder beim Ausbau des tangentialen Verkehrs.
- Plus- und XBusse, Metrobuslinien auf den Standstreifen der Autobahnen in einer vernünftigen Taktung sind künftig Vorbild für neue Busverkehre.
- Bedarfsverkehre (z.B. On demand), die im letzten Jahrzehnt an vielen Orten neu eingeführt wurden, müssen stärker ausgebaut werden.
- Umstiegs-Möglichkeiten vom Auto auf Bus und Bahn durch gut angebundene und ausgestattete P+R Plätze müssen das intermodale System ergänzen. Mobilitätsstationen auf den P+R-Plätzen eröffnen die Nutzung intermodaler Verkehre.
- Das System der Easy-Busse (selbstfahrende Busse) muss weiterentwickelt und da eingesetzt werden, wo eine Linienführung von Verkehrsmitteln sich nicht lohnt.
- Die Förderung und Umrüstung von neuen Antriebstechnologien (E-Mobilität, Wasserstoff) und die Dekarbonisierung des öffentlichen Bus-Systems muss ein weiterer Baustein sein, um die erforderliche Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu erreichen.

- Ein Ausbau der Kapazitäten in den Metropolen kann durch smarte Technologie forciert werden. Das Digital Train Control System sorgt smart für eine Reduzierung der Abstände von Bahnen auf stark frequentierten Strecken und kann somit zu einer höheren Takt-Frequenz beitragen.
- Alle Möglichkeiten müssen ausgenutzt werden, um höhere Kapazitäten zu erlangen (große Busse, Straßenbahnen (T 40) und U-Bahnen)
- Eine Verdoppelung des ÖPNV wird nur gelingen, wenn es in ganz Deutschland ohne spezifische Kenntnis des jeweiligen ÖPNV-Systems möglich ist, Fahrausweise des ÖPNV mobil per App zu buchen und zu verwenden. Sie wird nur gelingen, wenn alle Verkehrsmittel Echtzeitdaten über die aktuelle Pünktlichkeit und den Standort in die Auskunftsplattformen einspeisen, wie es heute schon in den Verbänden üblich ist.
- Bis 2030 müssen alle Verkehrsstationen mit mehr als 1000 Ein/Aussteiger am Tag barrierefrei sein. Perspektivisch gilt dies für alle Verkehrsstationen.

### **Beschluss J005: Kommunale Verkehrsbetriebe bei steigenden Energiekosten unterstützen**

1. Die SPD fordert die Bundesregierung die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV deutlich zu erhöhen und auch über den aktuell beschlossenen Zeitraum hinaus zu verlängern, um die Verkehrsbetriebe bei den massiven Energiekostensteigerungen zu unterstützen.
2. Die SPD fordert die Landesregierung anteilig zum Bund die Mittel für den ÖPNV zu erhöhen, um die kommunalen Verkehrsbetriebe bei den massiven Energiekostensteigerungen zu unterstützen.

### **Beschluss J007: Neue Automodelle nur nach Crashtests mit weiblichen Dummies zulassen!**

Die Bezirkskonferenz der SPD Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass neue Automodelle künftig nur noch dann zugelassen werden dürfen, wenn Crashtests auch an dem weiblichen Körper nachempfundenen Dummies und nicht nur an kleingerechneten männlichen Dummies durchgeführt wurden.

## K – Organisation, Parteien, Verbände, Kommunen

### **Beschluss K004: Die SPD muss weiblicher werden - das gilt auch für Podien**

Alle männlich gelesenen SPD-Mitglieder werden aufgefordert, bei rein männlich besetzten Podien die Veranstalterin darauf hinzuweisen, dass dergestalt besetzte Podien nicht zeitgemäß sind. Sie sollen die Veranstalterin dazu aufrufen, auch DiskutantInnen anderen Geschlechts einzuladen und hierzu auch entsprechende Personalvorschläge machen. Sollte die Veranstalterin dennoch ein rein männliches Podium beibehalten, werden alle männlich gelesenen SPD-Mitglieder aufgefordert, während der entsprechenden Podiumsdiskussion auf die Inakzeptabilität dieses Umstands hinzuweisen.

### **Beschluss K006: Grenzverletzung, Diskriminierung und Gewalt in Form von sexistischen, rassistischen, ableistischen, homo- oder transphoben Handlungen und Äußerungen vorbeugen**

Unsere Partei muss einen gesicherten Raum bieten, in dem sich Genoss\*innen auf Basis von Vertrauen, Fairness und gegenseitigem Respekt gegenüber treten können, ohne Angst, sexistisch behandelt, beleidigt, diskriminiert oder gar mit Gewalt bedroht zu werden. Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert den Bundesvorstand der SPD sowie den Hessischen Landesvorstand dazu auf, folgende Maßnahmen zu treffen, um sexualisierte Belästigung und Gewalt innerhalb der Partei vorzubeugen und eventuell Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich an unabhängige Vertrauenspersonen wenden zu können.

Es soll ein „Awareness-Team“ ins Leben gerufen werden, das nicht nur für Fälle sexualisierter Gewalt ansprechbar sein sollte – sondern auch für alle weiteren Arten von Gewalt und Diskriminierungen.

Awareness ist ein Konzept, dass sich gegen jede Form von Grenzverletzung, Gewalt und Diskriminierung durch sexistische, rassistische, ableistische (Diskriminierung von Menschen mit Beeinträchtigungen), homo- oder transphobe Handlungen und Haltungen stellt, sie nicht toleriert, sondern dagegenhandelt beziehungsweise Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.

Das Team sollte aus mindestens drei Personen aus unterschiedlichen Betroffenenengruppen aufgestellt sein. Wichtig ist, dass diese Personen im Umgang mit sexualisierter Gewalt und Diskriminierungen regelmäßig geschult werden.

Das Awareness-Team hat die Aufgabe, für die betroffenen Personen ansprechbar zu sein, ihnen zur Seite zu stehen und sie zu unterstützen.

Wichtig ist, dass dies Team unabhängig von parteipolitischen Interessen handelt und die Anliegen der Betroffenen an oberster Stelle stehen.

Betroffene müssen sich vertraulich an das Team wenden können und ohne „Belehrungen“ angehört werden.

Jegliches weitere Vorgehen darf ausschließlich im Einvernehmen mit den betroffenen Personen geschehen. Wenn es nötig ist und es gewünscht wird, sollen externe Beratungsstellen hinzugezogen werden.

Die Vertrauenspersonen sollen dabei keine therapeutische oder juristische Beratung leisten, sondern nur die externe Begleitung organisieren.

Das Awareness-Teams sollte nicht nur situationsbedingt die Betroffenen unterstützen und klärende Gespräche mit den Beschuldigten führen, sondern auch jährlich eine Dokumentation der Fälle – natürlich in anonymisierter Form - an die jeweiligen Parteivorstände abgeben. Dann sollte geprüft werden, ob weiterer Handlungsbedarf erforderlich ist.

Zur Aufstellung und Aufgabenbeschreibung des Awareness-Teams muss professionelle Beratung von Fachstellen gegen sexuelle Gewalt und gegen Diskriminierung eingeholt werden.

Weiterhin müssen in der Zukunft Ortsvereinsvorsitzende, Unterbezirkvorsitzende sowie Vorsitzende von Arbeitsgemeinschaften Schulungen zur Sensibilisierung besuchen. Es gilt, (insbesondere auch in Sitzungen) sexualisierte und sexistische sowie weitere diskriminierende Äußerungen zu unterbinden.

Zusätzlich müssen Sanktionsmechanismen für Fehlverhalten entwickelt werden. Mitglieder, die sich sexistisch, homophob, rassistisch, antisemitisch, antiziganistisch, ableistisch etc. verhalten, sollten auch unterhalb der Schwelle eines Parteiordnungsverfahrens sanktioniert werden können – etwa mit der Entbindung von Parteiämtern oder einem befristeten Ausschluss von Sitzungen.

Zur Einschätzung von sexuellen Belästigungen empfehlen wir dem SPD-Bundesvorstand sowie dem hessischen SPD-Landesvorstand die Orientierung an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbietet sexuelle Belästigung insbesondere in beruflichen Zusammenhängen (§ 2 Abs. 1 Nr. 1–4 AGG). Das Gesetz gibt Beschäftigten Rechte, um sich gegen sexuelle Belästigung zur Wehr zu setzen. Arbeitgebende sind verpflichtet, ihre Beschäftigten aktiv vor sexueller Belästigung zu schützen. Sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz können außerordentliche fristlose Kündigungen rechtfertigen.

Das Gesetz gibt eine gute Auflistung nicht hinnehmbarer Übergriffe und nennt als Beispiele sexueller Belästigung u. a. Bemerkungen sexuellen Inhalts oder Aufforderungen zu sexuellen Handlungen.

Bei sexueller Belästigung können drei Kategorien unterschieden werden: verbale, non-verbale und physische Belästigung –nachfolgend eine Übersicht, wie dies u.a. geschehen kann.

#### **Verbal**

- sexuell anzügliche Bemerkungen und Witze
- aufdringliche und beleidigende Kommentare über die Kleidung, das Aussehen oder das Privatleben
- sexuell zweideutige Kommentare
- Fragen mit sexuellem Inhalt, z.B. zum Privatleben oder zur Intimsphäre
- Aufforderungen zu intimen oder sexuellen Handlungen, z.B. „Setz dich auf meinen Schoß!“
- sexualisierte oder unangemessene Einladungen zu einer Verabredung

#### **Non-verbal**

- aufdringliches oder einschüchterndes Starren oder anzügliche Blicke Hinterherpfeifen
- unerwünschte E-Mails, SMS, Fotos oder Videos mit sexuellem Bezug unangemessene und
- aufdringliche Annäherungsversuche in sozialen Netzwerken Aufhängen oder Verbreiten pornografischen Materials
- unsittliches Entblößen

### **Physisch**

- jede unerwünschte Berührung (Tätscheln, Streicheln, Kneifen, Umarmen, Küssen), auch wenn die Berührung scheinbar zufällig geschieht
- wiederholte körperliche Annäherung, wiederholtes Herandrängeln, wiederholt die übliche körperliche Distanz (ca. eine Armlänge) nicht wahren
- körperliche Gewalt sowie jede Form sexualisierter Übergriffe bis hin zu Vergewaltigung Was am Arbeitsplatz gilt, muss überall anders gelten – natürlich auch innerhalb der SPD.

### **Beschluss K009: Förderung von Diversity-Fachstellen durch das Land Hessen**

Wir fordern die Landespartei auf, im Wahlprogramm für die Landtagswahl 2023 die Förderung von Diversity-Fachstellen in den Kreisverwaltungen und in den Kreisfreien Städten des Landes Hessen aufzunehmen.

## S – Satzungsändernde Anträge

### **Beschluss S001: Ergänzung von § 2, Absatz 5 Bezirkssatzung**

§ 2, Absatz 5 der Satzung des SPD-Bezirks Hessen-Süd erhält folgende Ergänzung:

*(5) (5a) In Abweichung von Absatz 2 und 4 können die zuständigen Unterbezirksvorstände für kreisangehörige Gemeinden mit mehreren Ortsteilen und über 300 Mitgliedern festlegen, dass anstelle der Ortsbezirke Ortsvereine und anstelle des Ortsvereins ein Gemeinde- oder Stadtverband gebildet werden. Der Ortsverein stellt die Kandidierendenliste für den Ortsbeirat auf. Der Gemeinde- bzw. Stadtverband wählt einen Vorstand und hat das Antragsrecht an Unterbezirk und Bezirk. (5b) Kreisfreie Städte können zusätzlich zu Ortsvereinen einen Stadtbezirk gründen, in dem mehrere Ortsvereine korrespondierend zu den Ortsbezirken der Ortsbeiräte zusammengefasst werden. Die Ortsvereine stellen die Kandidierendenliste für den Ortsbeirat auf und haben ein Antragsrecht an den Unterbezirk. Der Stadtbezirk wählt einen Vorstand und hat das Antragsrecht an Unterbezirk und Bezirk.*

### **Beschluss S002: Ergänzung von § 8, Absatz 2 Bezirkssatzung**

§ 8, Absatz 2 der Satzung des SPD-Bezirks Hessen-Süd erhält folgende Ergänzung:

2. Die Einberufung mit Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung hat mindestens zwei Monate vorher zu erfolgen. Anträge von Organisationsgliederungen sowie Vorständen der Gemeinde- und Stadtverbände, Ortsvereine, Ortsbezirke, Bezirksarbeitsgemeinschaften, *Arbeitskreisen und Foren* müssen mindestens vier Wochen vor Tagungsbeginn beim Bezirksvorstand eingegangen sein, der sie unverzüglich den Organisationsgliederungen und den Delegierten bekannt zu geben hat.

## INI – Initiativanträge

### Beschluss INI001: Frieden gewinnen – Zukunft gestalten

*„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“ (Willy Brandt 1981).*

*„Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit. Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung. Auch Freiheit von Not und von Furcht“ Willy Brandt 1987).*

Sozialdemokratische Politik ist internationalistische Politik. Seit ihren Anfängen. Und Willy Brandts in die Zukunft gewandten Anforderungen zufolge hat sie „auf der Höhe der Zeit“ zu sein, „wenn Gutes bewirkt werden soll“.

Nichts weniger ist die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie in der von Olaf Scholz geführten Bundesregierung. Nichts weniger ist die Aufgabe unserer europäischen Partei SPE. Und das ist auch die Botschaft an unsere globalen Partner und der Grund, warum wir progressive Bewegungen und Parteien weltweit unterstützen und uns dafür einsetzen, Kräfte für Frieden und sozial-ökologischen Wandel zusammenzuführen.

Putins Überfall auf die Ukraine markiert einen tiefen Bruch des Völkerrechts und der internationalen Sicherheitsarchitektur. Er produziert unendliches Leid und verschärft die massiven Krisen, mit denen wir uns gegenwärtig konfrontiert sehen. Aber er verlangt auch nach einer entschiedenen Antwort: nach einer neuen Friedensordnung für die Zeit danach, nach einer Neugestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West wie Nord und Süd, nach globalen Anstrengungen, die in der Lage sind, die großen transformativen Herausforderungen unserer Welt gemeinsam anzugehen. Und nach neuen Partnerschaften, in denen Menschen in freier Selbstbestimmung und unter den Bedingungen gerechter Teilhabe an einer nachhaltigen und lebenswerten Zukunft für alle bauen.

#### Putins Krieg stoppen

Putins verbrecherischer Angriffskrieg gegen die Ukraine hat bisher zehntausenden Menschen das Leben gekostet, unsägliches Leid auch gerade unter der Zivilbevölkerung verursacht und über sechs Millionen in die Flucht getrieben und heimatlos gemacht. Die völkerrechtswidrige Aggression geht einher mit systematischem Terror und vielfach belegten Kriegsverbrechen.

Frieden zu schaffen und Freiheit zu sichern, erfordert Einsatz gegen Unrecht und Gewalt. Der Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer ist ein Kampf für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. Dieser Kampf ist auch unser Kampf und wir werden dabei nicht abseitsstehen.

Die Flüchtlinge aus der Ukraine brauchen unsere Solidarität. Wir begrüßen die Aktivierung der „Richtlinie über die Gewährung vorübergehenden Schutzes“ durch die EU, die unmittelbar Sicherheit und Perspektive bietet. Unser Dank gilt der sozialdemokratischen Innenministerin Nancy Faeser, den Verantwortlichen in den Kommunen und den zahllosen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die das gewährleisten.

Darüber hinaus unterstützt die SPD Hessen-Süd das Vorhaben der Bundesinnenministerin politisch verfolgten Menschen aus Russland besseren und schnelleren Schutz in der Bundesrepublik zu bieten.

Wir setzen uns dafür ein, Fluchtkorridore zu öffnen, müssen den Menschen in der Ukraine jede erdenkliche humanitäre Hilfe leisten und dafür Sorge tragen, dass Kriegsverbrechen dokumentiert und mit aller Konsequenz verfolgt werden.

Wir unterstützen die Ukraine finanziell und militärisch durch die Lieferung von Waffen und Zubehör, in Abstimmung mit unseren Verbündeten und den ukrainischen Behörden. Ziel muss es sein, Menschenleben zu schützen und die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine vollständig wiederherzustellen. Wir fordern die Einstellung der Kriegshandlungen durch die russische Regierung und den vollen Abzug der Invasionstruppen aus den besetzten Gebieten. Das Bestreben der SPD-geführten Bundesregierung, weiterhin alle politischen Mittel auszuschöpfen, um den Krieg auch auf diplomatischem Wege zu beenden, ist verantwortungsvoll und richtig.

Der Wiederaufbau der Ukraine erfordert den Beistand der EU und ihrer Partner. Sanktionen gegenüber Mitverantwortlichen für den russischen Überfall müssen zügig umgesetzt werden. Konfiszierte und eingefrorene Vermögenswerte sollten einem Fonds zugunsten des Wiederaufbaus der Ukraine zugutekommen.

#### Den Europäischen Weg gemeinsam gehen

Europa hat angesichts der Bedrohung Geschlossenheit gezeigt und ist sich einig. Wir müssen unsere Handlungssouveränität stärken, wenn wir angesichts der internationalen Herausforderungen als Wertegemeinschaft und politischer Akteur nach innen und außen bestehen wollen.

Deutschland profitiert wie kein anderes Land von der Eingebundenheit seiner Wirtschaft in den Welthandel. Aber wir müssen strategische Abhängigkeiten deutlich reduzieren, um unsere Geschicke im Rahmen einer souveränen Europäischen Union weiterhin selbst bestimmen zu können. Wir dürfen keinen Tag länger als nötig auf fossile Energieimporte aus Russland angewiesen sein. Die Antwort liegt in einem schnelleren und konsequenteren Ausbau der regenerativen Energiewirtschaft, nicht in einer zeitlich überdimensionierten Substitution russischer Energielieferungen.

China ist ein Systemkonkurrent, den wir für die Mitgestaltung einer friedlichen, nachhaltigen und multilateralen Welt gewinnen wollen. Aber ökonomische Verflechtungen dürfen zu keinem Zeitpunkt zu einer Einschränkung unserer politischen und ökonomischen Handlungsautonomie führen oder Anlass sein, über Menschenrechtsverletzungen hinwegzusehen. Deswegen fordern wir die EU wie die Bundesregierung auf, unsere China-Politik vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung zu überprüfen.

Die SPD hat sowohl in ihrem Zukunftsprogramm wie im Regierungsprogramm 2021-2025 Zeichen gesetzt: Wir wollen unsere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausbauen und durch eine Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips handlungsfähiger werden. Die NATO wird mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens gefestigt, die Bedeutung des europäischen Beitrags im transatlantischen Bündnis dadurch unterstrichen. Bei der Weiterentwicklung unserer verteidigungspolitischen Anstrengungen werden wir die Bundeswehr, wie von Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht angekündigt, ihren Aufgaben entsprechend ausstatten und auf eine bessere Verzahnung und Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern drängen. Wir wollen europäische Streitkräfte, die der europäischen parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

Wir wissen, nur eine Politik, die sich umfassend den Krisenursachen in dieser Welt stellt und sie bei den Wurzeln packt, hat eine Chance, dauerhaft Frieden zu stiften und das Wohlergehen der Menschen weltweit zu befördern. Deshalb ist eine an menschlicher Sicherheit orientierte Politik Maßstab unseres Handelns. Wir unterstreichen die zentrale Bedeutung von Krisenprävention und Krisenmanagement. Wir schließen uns dem Plädoyer für eine stärkere „feministische Außenpolitik“ an, weil wir dialogische Aushandlungsmechanismen in der internationalen Politik befördern und besonders vulnerable Gruppen besser berücksichtigt sehen wollen.

Wir wollen den Beitrittsprozess der Länder des Westbalkans zur EU entlang der erzielten Fortschritte beschleunigen. Die Ukraine braucht eine europäische Perspektive. Das gilt ebenso für Länder wie Moldawien und Georgien. Wichtig ist heute nicht, ein mögliches Beitrittsdatum zu prognostizieren. Wichtig ist heute, einen Weg verbindlicher und krisenfester Zusammenarbeit zu definieren, der für die Bevölkerung in diesen Ländern so bald als möglich einen Zugewinn an Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt spürbar werden lässt. Wie die globale Ordnung so wird auch die Europäische Union nach dem Ukraine-Krieg eine andere sein. Unsere östlichen Nachbarn nicht alleine zu lassen, sondern sie auf ihrem Weg nach Europa zu begleiten, wird dabei zu einer unserer wesentlichen Aufgaben gehören. Um der Ukraine bis zum Erreichen dieses Zieles die notwendige Sicherheit zu geben, spricht sich die SPD Hessen-Süd dafür aus, dass die Ukraine auf die Liste der EU-Beitrittskandidaten aufgenommen wird, statt weiterhin nur als potentieller Beitrittskandidat zu gelten.

#### Humanitäre Katastrophen abwenden – in eine neue globale Partnerschaft eintreten

Putins Krieg tötet nicht nur in der Ukraine. Hunger als Waffe einzusetzen, ist Teil seiner perfiden Aggressionspolitik. Russische Truppen bombardieren ukrainische Weizenfelder, behindern die Aussaat der neuen Ernte und blockieren ukrainische Häfen, aus denen die Welt mit dringend benötigten Getreidelieferungen versorgt wird. 20 Millionen Tonnen Getreide lagern gegenwärtig in ukrainischen Silos und drohen zu verderben.

Länder des mittleren Ostens, in der Sahelzone und am Horn von Afrika sind ganz überwiegend von ukrainischen und russischen Weizenimporten abhängig. Wo international zuvor schon fast 300 Millionen Menschen unter akuter Nahrungsmittelknappheit litten, sehen sich nun zusätzliche über 40 Millionen mit dem Hungertod konfrontiert.

Wir begrüßen alle Bestrebungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten, neue Transportwege für ukrainische Getreidelieferungen zu erschließen und unterstützen die G7-Initiative von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze, ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit auf den Weg zu bringen.

Die Preise für Nahrungsmittel bewegen sich weltweit auch kriegsbedingt auf einem Allzeithoch. Energieversorgung ist in immer mehr Ländern für einkommensschwächere Gruppen unerschwinglich. Die Covid-19-Pandemie hat große Teile der südlichen Hemisphäre in ihrer Entwicklung um zehn Jahre zurückgeworfen und ist angesichts niedriger Impfquoten und möglicher weiterer Mutationen keinesfalls überwunden. Die ansteigende Inflation trifft die ärmsten Bevölkerungsgruppen am härtesten und treibt ohnehin hochverschuldete „Least- developed-“ (LDCs) wie „Middle-income-Countries“ (MDCs) in eine nahezu ausweglose Lage. Über all dem schwebt das Damoklesschwert des Klimawandels. Umweltkatastrophen wüten am schlimmsten in den Ländern des Südens, die sich ausbreitende Dürre zerstört fruchtbares Ackerland. Ungesehene Verelendung und dadurch ausgelöste Wanderungsbewegungen werden die Folge sein, wenn es uns nicht gelingt, gemeinsam und ohne weiteren Zeitverzug, eine drastische Veränderung unseres globalen Entwicklungsmodells zu bewirken.

Dazu bedarf es klarer Korrekturen an unserem industriellen Wachstumsmodell, das wir durch eine globale Strategie der nachhaltigen Entwicklung und der umfassenden sozialen Teilhabe ersetzen müssen. Nötig ist ein globaler Pakt zwischen Nord und Süd für eine nachhaltige, von Hunger und Armut befreite Welt. Dem Kampf gegen Ungleichheiten kommt dabei weltweit eine Schlüsselrolle zu. Er muss zu einem bestimmenden Element unserer Außen- Entwicklungs- und Handelspolitik werden. Die von der internationalen Staatengemeinschaft getragene Nachhaltigkeitsstrategie der Vereinten Nationen muss in diesem Sinne über das Jahr 2030 hinaus weiterentwickelt werden.

#### Die Weichen für eine neue Zeit stellen

Die vor uns liegenden Jahrzehnte drohen von einer gefährlichen Mischung aus Umweltkrisen, wachsender sozialer Polarisierung und einer Zunahme von militärischen Konflikten geprägt zu werden. Sozialdemokratische Politik „auf der Höhe der Zeit“, die Spielräume für eine neue Friedensordnung schaffen will, muss deshalb auf zwei Pfeilern ruhen: dem entschiedenen und zügigen Umsteuern auf ein neues ökonomisches, umwelt- und sozialverträgliches Entwicklungsmodell, bei dem ein souveränes Europa angetrieben von der SPD-geführten Bundesregierung eine Vorreiterrolle übernimmt; sowie dem Kampf um die Aufrechterhaltung und Wiedergewinnung von Korridoren für multilaterale Politik, die internationales Recht anerkennt, friedfertige Aushandlungsmechanismen stützt und die Handlungsfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft wie zivilgesellschaftlicher Organisationen stärkt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Welt nach dem Ukraine-Krieg in die Dauerkonfrontation sich feindlich gegenüberstehender Großmächte zerfällt. Wer das Überleben der Menschheit auf unserem Planeten sichern will, muss dem Paradigmenwechsel für nachhaltige Entwicklung zum Durchbruch verhelfen. Das geht nur mit einer Konzentration der vorhandenen Ressourcen auf dieses Ziel, mit einem Mehr an verbindlicher internationaler Zusammenarbeit und mit starken multilateralen Organisationen.

Wir unterstützen UN-Generalsekretär Antonio Guterres in seinem Bestreben, die Vereinten Nationen grundlegend zu reformieren, um ihrem Auftrag der Friedenssicherung, der Förderung nachhaltiger Entwicklung und der Wahrung der Menschenrechte nachzukommen. Unser Ziel bleibt ein ständiger europäischer Sitz und eine angemessene Vertretung des Globalen Südens im UN-Sicherheitsrat. Wo dieser aufgrund seiner jetzigen, überholten Zusammensetzung die Entscheidungsfähigkeit der Vereinten Nationen blockiert, muss die UN-Generalversammlung zunehmend Verantwortung übernehmen.

Mit den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens muss Europa echte Partnerschaften auf Augenhöhe eingehen. Wir werden die Wirkungsmacht legitimierter internationaler Organisationen dann erhöhen, wenn wir gemeinsam sozial-ökologische Reformen vorantreiben, von denen alle profitieren. Dazu müssen strategische Allianzen der Willigen gebildet werden.

Wir wollen die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen stärken und der Universalität der Menschenrechte zur Durchsetzung verhelfen. Wo demokratische Spielräume eingeschränkt werde, müssen wir Unterstützung leisten und gegenhalten. Freiheit und Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen, wenn wir die Chancen der neuen Zeit ergreifen wollen.

## Beschluss INI003: Europäische Sicherheitspolitik

Mit dem Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine werden einmal mehr die schwachen Sicherheitsstrukturen der Europäischen Union deutlich. Auch wenn es formulierte Vorhaben gibt, zu nennen sind die sogenannten EU-Battlegroups, sind diese bisherigen Strukturen in der Theorie vorhanden, jedoch in der Praxis nicht weitreichend genug umgesetzt. Für eine selbstständige Europäische Union braucht es daher eine Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und somit auch einen Ausbau der entsprechenden europäischen Strukturen und Systeme. Dabei ist der Begriff „Sicherheit“ aus einer breiteren Perspektive zu betrachten.

Die SPD Hessen Süd unterstützt deshalb die Entscheidung der Europäischen Kommission mit der strategischer COMPASS einen entscheidenden Schritt im Bereich der Gefahren- und Risikoanalyse voranzuschreiten. Auch die vielseitigen Risiken eines sicherheits-, ökonomischen-, klima- und energiepolitischen Profils werden aus unserer Sicht vorbildlich in dieser Strategie abgebildet.

Zusätzlich begrüßt die SPD Hessen Süd die Einrichtung der neuen schnellen EU-Eingreiftruppe mit einer Kapazität von 5.000 Soldaten ab 2025 als ersten Schritt für einen europäischen Mechanismus zur Intervention in Katastrophenfällen. Langfristig können wir uns durch diese Eingreiftruppe auch eine Unterstützung im Falle eines Angriffes auf ein europäisches Mitgliedland vorstellen.

Darüber hinaus fordert die SPD Hessen Süd die sozialdemokratischen Vertreter\*innen im EU-Parlament, in der Bundesregierung und im Bundestag dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass:

1. eine Kompetenzteilung in der Verteidigungspolitik des Bundestages und Bundesregierung mit der Europäische Union durchgeführt wird. Laut BVerfG arbeitet die EU nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. In diesem System liegt es an den Mitgliedstaaten, den sog. „Herren der Verträge“, die Entscheidungskompetenz teilweise an die EU zu übertragen, ohne dabei die Identität der eigenen Verfassung zu verlieren. Daraus resultiert dann die politische Teilung der Kompetenz in Fragen der Verteidigungspolitik und Übertragung einer Entscheidungsbefugnis bzgl. einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik oder gemeinschaftlicher Aufgaben auf europäische Ebene.
2. Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), bei gleichzeitiger Ausweitung der Zuständigkeit des Europäischen Parlamentes auf die GSVP. Dabei soll nach dem Vorbild des deutschen Parlamentsvorbehaltes, ein Parlamentsvorbehalt auf europäischer Ebene eingeführt werden. Die Möglichkeit eines Opt- outs soll geprüft werden.
3. Die Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) muss als Teil eines Pfeilers im Rahmen der NATO handeln. Dies braucht es auch zur Einbindung der osteuropäischen Mitgliedsstaaten. Es muss in Zukunft Hauptaufgabe sein, diesen europäischen Pfeiler innerhalb der Strukturen der NATO zu stärken und eigenständig zu gestalten.
4. Verbesserung des Verhältnisses zwischen NATO und GSVP durch die Standardisierung von Ausbildung, Material und Befehlsstrukturen.

5. Die detaillierte Ausgestaltung des Falls der Gemeinsamen Verteidigungsklausel nach Artikel 42.7 TEU. Die europäischen Mitgliedsländer unterstützen sich im Falle eines militärischen Angriffes, ähnlich nach der NATO-Beistandsklausel. Die detaillierte Ausgestaltung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Unterstützung im Falle eines 42.7 TEU ist jedoch nicht geklärt und muss eindeutig definiert werden.
6. Die Stärkung des Europäischen Parlamentes als Legislative im Bereich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit der Einführung
  - eines Verteidigungsausschusses im Europaparlament
  - Erstellung und Schaffung von Europäischen Wehrrechtsstandards
  - Einrichtung einer eigenständigen und durchgehenden Haushaltposition im EU-Haushalt nach Vorbild der Europäischen Friedensfazilität (EPF) zur Finanzierung von sicherheitspolitischen Gütern für EU-Partnerländern
7. Aufstellung militärischer und industrieller Leitziele im Bereich der europäischen Rüstungsindustrie, auch mit der Schaffung eine zentrale Anlaufstelle durch einen Beauftragten der Europäischen Kommission und der jeweiligen nationalen Regierungen. Die EU sollte ihre Industriepolitik auch in diesem Bereich in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten forcieren, damit die sicherheitsrelevante Schlüsselkompetenzen zur Anschaffung und Ausstattung weiterhin in der EU vorliegen. Dabei ist die Interoperabilität mit der NATO durch Nutzung von NATO Standards sicherzustellen. Zudem soll die Koordinierung zwischen den Rüstungsunternehmen in allen drei wichtigen Teilkraften (Luft, See und Land) zu dem Aufgabenprofil gehören und auch die Durchsetzung der langfristigen europäischen Verteidigungsprojekte wie dem „Future Combat Air System“ (FCAS) und dem „Main Ground Combat System“ (MGCS).
8. Errichtung einer gemeinschaftlichen Beschaffungspolitik durch
  - die Einrichtung einer gemeinsamen Beschaffungsplattform für militärische Güter Möglichkeit zum Austausch vom alten Material, u.a.
  - durch die Einrichtung einer „Tauschplattform“
  - Der Einbindung aller Kompetenzstellen der EU-Ländern bei der Beschaffung

### **Beschluss INI004: Strukturelle Entlastungen schaffen und die Handlungsfähigkeit des Staates auch über die Krise hinaus erhalten!**

Die Auswirkungen der Coronapandemie, ebenso wie die des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, stellen Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen ebenso wie die Bezieher:innen von Transferleistungen vor erhebliche Herausforderungen. Die Teuerung betrifft nicht alle gleich. Der rapide Anstieg der Energiepreise und von Grundnahrungsmitteln vermindert die Kaufkraft von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen überproportional stark. Die kurzfristigen Entlastungen waren richtig und notwendig. Die Sozialdemokratie muss jedoch sicherstellen, dass ebenjene Menschen, die die Mehrbelastungen gerade besonders zu spüren bekommen, langfristig entlastet werden. Neben unserem Anspruch als Sozialdemokratie, dass Krisen niemals zu negativen Umverteilungseffekten von oben nach unten führen dürfen, sind strukturelle Entlastungen auch erforderlich, um die Zustimmung für die Sanktionspolitik des Westens gegenüber Russland zu erhalten.

Dafür braucht es einen handlungsfähigen Sozialstaat, der unter Beweis stellt, dass die innenpolitische und sozialpolitische Handlungsfähigkeit ebenso besteht wie die außenpolitische.

### **Sicherung des inneren und sozialen Friedens**

Die Verteidigungsfähigkeit und Resilienz eines Staates wird nicht allein durch seine militärische Verteidigungsfähigkeit gewährleistet, sondern auch durch eine funktionierende zivile Infrastruktur, durch ein funktionierendes Sozial- und Bildungswesen und eine aufgeklärte Gesellschaft, die gegenüber Verschwörungsmethoden unempfindlich ist und eine funktionierende demokratische Debattenkultur pflegt. Wir brauchen einen umfassend handlungsfähigen Staat, der in allen Bereichen investieren kann.

Die SPD Hessen-Süd unterstützt ausdrücklich den Kurs der Bundesregierung mit beispiellosen Entlastungspaketen die Bürger:innen, der Inflation und dadurch gestiegenen Lebenshaltungskosten, insbesondere der Energiekosten, zu entlasten. Die bisherigen Initiativen zur Abfederung der Kostenexplosion waren richtig, aber sie reichen nicht aus, um mittlere und geringe Einkommen, Studierende, Auszubildende, Rentner:innen und Personen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind ausreichend vor den Auswirkungen der Preis-Explosionen zu schützen. Deshalb setzen wir uns für weitere Entlastungen ein, die insbesondere die Gruppen der jungen Menschen und der Rentner:innen adressieren, denn diese sind besonders armutsgefährdet und von den gegenwärtigen Preissteigerungen besonders intensiv betroffen.

Dazu gehört für uns im Einzelnen:

- Die Einführung des Bürgergelds muss die Situation derjenigen in unserer Gesellschaft, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, substantiell verbessern. Wir wollen die Regelsätze der Sozialhilfe, Grundsicherung und der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz erhöhen, sodass die Mehrkosten durch die Inflation vollständig ausgeglichen werden. Die Ungleichbehandlung von Asylbewerber:innen und Menschen in der Grundsicherung lehnen wir ab, weswegen eine Angleichung des Leistungsniveaus erfolgen muss.
- Eine substantielle Erhöhung der BAföG-Sätze und eine Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten.
- Eine Ersetzung des Tankrabattes. Stattdessen werden die Bürger\*innen durch Tankgutscheine entlastet. Der Bund zahlt einen gesetzlich festgelegten Betrag an die Tankstellen, der sich an den realen Rohstoffpreisen orientiert. Somit kann es nicht zu Mitnahmeeffekten durch die Energiekonzerne kommen.
- Nach dem 9€ Ticket fordern die Einführung eines beitragsfinanzierten ÖPNV und Preissenkung im Schienenfernverkehr, zu Entlastung der Nutzer:innen und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Langfristig streben wir einen ticketlosen ÖPNV an. Die Kommunen müssen dafür entsprechende Refinanzierung durch Bund und Länder erhalten.

### **Das soziale Klimageld**

Eine zentrale Rolle zur langfristigen und strukturellen Entlastung der Bürger:innen von den höheren Energiekosten spielt für uns die Einführung des sozialen Klimagelds. Dabei schließen wir uns den Vorschlägen von Hubertus Heil ausdrücklich an. Das soziale Klimageld muss die langfristig zu erwartenden Kostensteigerungen durch den notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien ausgleichen, die durch den Krieg in der

Ukraine und die damit einhergehenden Verwerfungen auf den Energiemärkten zusätzlich verstärkt werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass einkommensschwächere Haushalte einerseits weniger CO<sub>2</sub> verursachen, andererseits verhältnismäßig stärker von den Mehrbelastungen durch höhere Energiepreise betroffen sind. Deswegen muss das Klimageld sozial gestaffelt werden.

Ziel bei der Ausgestaltung des Energiegelds sollte es sein, eine doppelte Umverteilungswirkung zu erreichen. Einerseits indem bereits die Belastungen reicherer Haushalte mit höherer CO<sub>2</sub>-Produktion höher ist als einkommensschwächerer Haushalte und andererseits indem einkommensschwache Haushalte durch höhere Auszahlungen stärker vom Klimageld profitieren. Das Klimageld soll dabei auch Transferempfänger:innen zu Gute kommen.

Das Klimageld muss sich in der Höhe mindestens an den durchschnittlich zu erwartenden Mehrbelastungen für Haushalte jeweiliger Größe orientieren und muss im Durchschnitt diese bei einer Überkompensation für ärmere Haushalte und einer Unterkompensation für reichere Haushalte die zusätzlichen Belastungen ausgleichen. Das Klimageld sollte spätestens bis zum ersten Quartal 2023 umgesetzt werden, andernfalls braucht es weitere kurzfristige Entlastungsmaßnahmen zur Überbrückung.

Wir wollen politisch das klare Zeichen setzen, dass die notwendige Energiewende nicht auf Kosten von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen geht, sondern sogar mit Realeinkommenszugewinnen verbunden sein kann. Klimapolitik und Sozialpolitik gehen für uns Hand in Hand.

#### Die Finanzierungsseite in den Blick nehmen

Ein handlungsfähiger Staat braucht eine ausreichende Finanzierung. Nachdem in den letzten Jahrzehnten die Reichsten 10% massive Vermögenszuwächse erfahren haben und Kapitaleinkommen in unserem Steuersystem derzeit massiv gegenüber Arbeitseinkommen bevorzugt wird, ist es notwendig, wieder die Verteilungsfrage zu stellen und insbesondere die stark gewachsenen Vermögen der letzten Jahre in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus bedarf es dringend einer Abschaffung der Schuldenbremse, um auch außerhalb von Krisenzeiten die kurzfristige Handlungsfähigkeit des Staates sicherzustellen und die Spielräume zu schaffen, einem weiteren Verfall der Infrastruktur dieses Landes entgegenzuwirken.

#### Vermögensumverteilung

Nicht zuletzt durch die notwendigen Tilgungen der im Rahmen der Sondervermögen aufgenommenen Mehrverschuldung, werden zukünftige Haushalte stark belastet. Diese Mehrbelastungen dürfen auch zukünftig nicht zu Lasten des Gesamthaushalts gehen. Es wird endlich Zeit, diejenigen, die in den letzten Jahren unter anderem auch an den politischen und gesellschaftlichen Krisen finanziell enorm profitiert haben, an den Kosten zu beteiligen. Dafür fordern wir die stärkere Heranziehung von Vermögen und Kapitaleinkünften durch im Einzelnen folgende Maßnahmen:

- Die Einführung einer Übergewinnsteuer nach internationalem Vorbild zum Abschöpfen von Gewinnen bei Unternehmen, die übermäßig starke Gewinne durch Kriseneffekte gemacht haben.
- Eine progressive Vermögensbesteuerung, die auf Vermögen / Erbschaften in Millionenhöhe abzielt
- Die Abschaffung der Ausnahmen für Unternehmenserb\*innen bei der Erbschaftssteuer

- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine Besteuerung von Kapitaleinkommen mit den gleichen progressiven Steuersätzen wie Erwerbseinkommen

Die SPD Hessen-Süd unterstützt die Bemühungen des Parteivorstandes, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Einführung einer Erhebung einer Übergewinnsteuer einzusetzen.

Mit der Einführung einer Übergewinnsteuer sollen Einnahmen generiert werden, um zur Deckung des erheblich gestiegenen Finanzierungsbedarfs durch die hohen Energiepreise beizutragen.

Besteuert werden soll ein sogenannter Übergewinn, den Unternehmen aufgrund der Entwicklungen auf dem Energiemarkt durch den Krieg in der Ukraine erzielen. Die Bestimmung des Übergewinns ist eine rein politische Entscheidung. Für die Berechnung dieser steuerlichen Bemessungsgrundlage muss der aktuelle Gewinn eines Unternehmens mit einem Referenzgewinn verglichen werden. Der Referenzgewinn wurde in der Historie dieser Steuer sowohl über Durchschnittswerte als auch über eine festgelegte Rendite auf das eingesetzte Kapital ermittelt. Italien zieht den Vorjahresgewinn inklusive eines Aufschlags als Referenzgewinn heran. Die Entscheidung darüber, welche der zur Verfügung stehenden Varianten zur Ermittlung des Übergewinns gewählt werden sollte, muss unter Abwägung ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile im Spiegel der Ergebnisse der Sektoruntersuchung des Bundeskartellamts getroffen werden.

Bei der Einführung einer Übergewinnsteuer ist zu beachten, dass diese zu Ungleichbehandlung von Unternehmen führen wird. Gleich hohe Nettoeinkommen werden steuerlich unterschiedlich stark belastet. Der sachliche Grund für diese Ungleichbehandlung ist hier entscheidend: Mit der Besteuerung der Übergewinne von Energieunternehmen soll konkret der Finanzierungsbedarf des Staates zum Ausgleich der Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen durch die hohen Energiepreise gedeckt werden. Die Einführung der Erhebung einer Übergewinnsteuer sollte eine effiziente Preisbildung nicht beeinträchtigen und keine Marktverzerrungen verursachen.

<b>Beschlussübersicht</b>			
A 001	Zeitenwende gestalten	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion	
A 002	Bewaffneten Ukraine-Krieg beenden – Friedensbemühungen priorisieren	Erledigt durch A 001	
A 003	This is Europe!	Erledigt durch A 001	
A 004	Wettrüsten stoppen – Spannungen abbauen	zurückgezogen	
A 005	Zeitenwende gestalten – eine jungsozialistische Perspektive auf die Herausforderungen dieser Zeit	Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion	
A 006	Ressortübergreifendes Präventionsgremium auf EU-Ebene	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und SPE-Frankfurt im Europäischen Parlament	
A 007	Feministische Außenpolitik	Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Ausarbeitung eines weiterführenden Antrags zum Bezirksparteitag 2023	
B 001	Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen durch ein vom Land finanziertes Straßensanierungsprogramm	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl	
B 002	Altersdiskriminierung im Bereich der Finanzinstrumente	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl	
B 003	Anti-Diskriminierungsbeauftragte in allen staatlichen Behörden	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl	
B 004	Barrierefreie Frauenhausplätze	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl	

B 005	Belange von Menschen mit Behinderung bei politischen Vorhaben berücksichtigen	Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Ausarbeitung eines Konzepts bis zum Bezirksparteitag 2023
B 006	Chaos verhindern, Katastrophenschutz reformieren	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion
B 007	Die Partnerbonusmonate für Alleinerziehende müssen angepasst werden	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
B 008	Eine diverse Gesellschaft braucht eine diverse Polizei	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion
B 009	Wir brauchen ein Photoshop-Gesetz	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
B 010	Urwahl von Wahlbewerbern	Ablehnung
B 011	TERF ist kein Feminismus!	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
B 012	Errichtung einer staatlichen Wirtschaftsauskunftei	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
B 013	Kampf gegen Femizide	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

B 015	Flüchtlinge vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Ausbeutung schützen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
B 016	Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegner*innen umgehend beenden	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
B 017	Geschlechtergerechtigkeit auch in und nach der Coronakrise	Annahme als Resolution Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
B 018	Gewalt gegen Frauen stoppen – Istanbul-Konvention umsetzen	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Landtagsfraktion
B 019	Internationaler Weltfrauentag soll gesetzlicher Feiertag werden	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl
B 020	Novelle Landesverfassungsschutzgesetz jetzt!	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion
B 021	Opfer über Haftentlassungen informieren	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

B 023	Paragraph 21e Gerichtsverfassungsgesetz	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Landesregierungen mit SPD-Regierungsbeteiligung
B 024	Paritätsgesetze im Bundestag und im Hessischen Landtag auf den Weg bringen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und an die SPD-Landtagsfraktion
B 025	Queerfeindlich motivierte Straftaten in Kriminalitätsstatistik der Polizei aufnehmen	Annahme Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion
B 026	Schutz geflüchteter Frauen sicherstellen	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
B 027	Fahren ohne Ticket aus dem Strafgesetzbuch!	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
B 028	Seniorenbeiräte in der hessischen Gemeindeordnung verankern	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl
B 029	Situation in Erstaufnahmeeinrichtungen und zentralen Unterbringungseinrichtungen verbessern – JETZT!	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
B 030	Staatsgerichtshofgesetz den Anforderungen der Zeit anpassen!	Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
B 031	Stärkung des Ehrenamts – Vereinfachter Zugang zur Ehrenamtskarte für Menschen unter 30 Jahren	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl

B 032	Straßenausbaubeiträge abschaffen	Erledigt durch B 001
B 033	Verbindliche geschlechtergerechte Wirkungsanalyse von Gesetzen und allen Maßnahmen	Zurückgezogen
B 034	Verzicht auf Dividendenauszahlung bei der Deutschen Bahn AG: Verwendung der überschüssigen Gewinne	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
C 001	Aktive Industriepolitik für gute Arbeitsplätze und Zukunftsfähigkeit – als Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
C 002	Repowering in Hessen ermöglichen	Wird in C 001 aufgenommen
C 003	Energiesouveränität sicherstellen –Keine Abhängigkeit von Autokraten	Erledigt durch C 001
C 004	„Kriegsgewinne“ sind zu sozialisieren!	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
C 005	Bekämpfung von Inflation und Wachstumsschwäche	Erledigt durch C 001
C 006	Hessische Industriestrategie: Schlüsselindustrien identifizieren und Tiefenanalysen durchführen	Erledigt durch C 001
C 007	Zentrales Risikomanagement für den Altbergbau in Hessen	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl
D 001	Gesetzlicher Mindestlohn muss steuerfrei gestellt werden	Erledigt durch Beschluss Steuerkonzept
D 002	Halber Mehrwertsteuersatz für Medikamente (Verschreibungs- oder Apothekenpflichtig)	Überweisung an den SPD-Bezirksvorstand zur Ausarbeitung eines weiterführenden Antrags zum Bezirksparteitag 2023
D 003	Kinder und Jugend finanziell stärken	Erledigt durch Beschlusslage und Handeln
D 004	Kostenlose Bereitstellung von Hygieneprodukten in Hessen	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl

D 005	Mehrwertsteuer reformieren, Millionen entlasten	Überweisung an den SPD-Bezirksvorstand zur Ausarbeitung eines weiterführenden Antrags zum Bezirksparteitag 2023
D 006	Gleichbehandlung von Flüchtlingen	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
D 007	Soziale Arbeit und Gute Arbeit Hand in Hand	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl
D 008	Überführung der Minijobs in die Systeme der sozialen Sicherung	Erledigt durch Beschlusslage
D 009	Ungerechtigkeiten bei der Mütterrente beseitigen – Adoptivkinder besser berücksichtigen	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
E 001	Hunger bekämpfen – Frieden sichern!	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
E 002	Die deutsche Landwirtschaft ist systemrelevant	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
F 001	Klima schützen und verpflichtende Inanspruchnahme von Fördermitteln für energetische Modernisierungen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
G 001	Zugang zu Verhütungsmitteln für junge Frauen zwischen 15 und 25 Jahren erleichtern – Frankreich als Vorbild nehmen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
G 002	Arbeitnehmerüberlassung in Krankenhäusern abschaffen	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl

G 003	Brustkrebsvorsorge verbessern – Früherkennung kann Leben retten	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
G 004	Covid-19 weltweit wirksam bekämpfen	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
G 005	Endometriose: zwei Millionen Betroffene und keine Unterstützung	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
G 006	Erforschung und Behandlung von Endometriose	Erledigt durch G 005
G 007	Erleichterte Anerkennung von Corona-Folgen als Berufskrankheit	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
G 008	Finanzierung des Gesundheitswesens	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
G 009	Forschungsförderung für Gendermedizin erhöhen – Sonderförderung für die Entwicklung von künstlichen Organen für Frauen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
G 010	Gesundheit ist keine Ware – Solidarität mit den Beschäftigten und Patient:innen des Uniklinikums Gießen und Marburg	Annahme als Resolution
G 011	Gesundheit kennt keinen Spartarif	Erledigt durch Beschlusslage
G 012	Gesundheitsversorgung für Geflüchtete	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl

G 013	Künstliche Befruchtungen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
G 014	Landesweit „Clearingstelle Gesundheit“ einrichten	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion
G 015	Medikamentöser Schwangerschaftsabbruch durch Telemedizin ermöglichen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Landtagsfraktion
G 016	Umstellung der Trägerschaft, Finanzierung und Bedarfsplanung im Bereich der Krankenhausversorgung	Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Ausarbeitung eines weiterführenden Antrags zum Bezirksparteitag 2023
G 017	Medizinische Versorgung von Nicht-Versicherten	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
G 018	Nationaler Aktionsplan FLINTA*gesundheit- den Gender Health Gap schließen!	Annahme Weiterleitung an das sozialdemokratisch geleitete Bundesgesundheitsministerium
G 019	Novellierung des Psychotherapeutengesetzes – PsychThG	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
G 020	Schwangerschaftsabbrüche müssen Kassenleistung werden	Erledigt durch Vereinbarungen im Koalitionsvertrag
H 001	Frühes historisches Lernen durch die Einführung des Faches Geschichte an Grundschulen ermöglichen	Ablehnung

H 002	Kita-Öffnungszeiten ausweiten und Randzeiten auffangen	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl
H 003	Umsetzung inklusiver Bildung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl, an die SPD-Landtagsfraktion sowie die SPD-Fraktionen der Kreise und kreisfreien Städte
H 004	Anerkennung und Fortbildung von Pädagog:innen aus Nicht-EU-Ländern	Überweisung an die AfB Hessen-Süd sowie den Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Ausarbeitung eines weiterführenden Antrags zum Bezirksparteitag 2023
H 005	Anerkennung von ausländischen Studien- und Berufsabschlüssen	Überweisung an die AfB Hessen-Süd sowie den Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Ausarbeitung eines weiterführenden Antrags zum Bezirksparteitag 2023
I 001	Gemeinwohlorientierte Entschädigung bei der Enteignung von Grundstücken sowie bei der Ausübung eines Vorkaufsrechts	Erledigt durch Beschlusslage
I 002	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Verlängerung des Betrachtungszeitraums beim Mietspiegel	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 003	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Verbot von Wohnraumzweckentfremdung verschärfen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

I 004	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Schlupfloch für möblierte Wohnungen schließen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 005	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Preislimitiertes Vorkaufsrecht ausweiten	Erledigt durch Regierungshandeln und Neuüberarbeitung der Baunutzungsverordnung
I 006	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Planungswertausgleich einführen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 007	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Modernisierungsumlage weiter absenken	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 008	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Öffentliche Grundstücksverkäufe in Bodenwertermittlung einfließen lassen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 009	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Informationskampagne für die Mietpreisbremse	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

I 010	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Heilungswirkung der verspäteten Mietzahlung auf ordentliche Kündigung erweitern	Annahme in geänderter Fassung  Weiterleitung an die SPD- Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 011	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Gewinne aus leistungslosen Bodenwertsteigerungen gerecht besteuern	Überweisung an die SPD- Bundestagsfraktion
I 012	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Gesetz zum Hausmodernisieren als Ordnungswidrigkeit verschärfen	Annahme in geänderter Fassung  Weiterleitung an die SPD- Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 013	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Gesetz zum Hausmodernisieren als Ordnungswidrigkeit verschärfen	Erledigt durch I 012
I 014	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Die Möglichkeit der Eigenbedarfskündigung deutlich einschränken	Annahme in geänderter Fassung  Weiterleitung an die SPD- Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 015	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Online-Vermietungsplattformen der Sharing Economy regulieren und gerecht besteuern	Zurückgezogen
I 016	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Mietwucher unterbinden	Annahme in geänderter Fassung  Weiterleitung an die SPD- Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

I 017	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Kündigungssperrfrist verlängern	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 018	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – im Wohnungsbestand den Milieuschutz verbessern	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 019	Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis – Bedingungen weiter verbessern – Kappungsgrenze reduzieren	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
I 020	Stärkere Verfolgung von Mietwucherverfahren	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl und SPD-Landtagsfraktion
I 021	Bundesmietendeckel	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
J 001	Die Weichen für die Mobilitätswende 2030+ stellen – Klimaschutzstrategie gesellschaftlich entwickeln und finanziell gestalten – Nachhaltig, vernetzt und umfassend	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion Hessen
J 002	Umfassende Barrierefreiheit auf Bahnhöfen	Erledigt durch J 001
J 003	Schaffung einer hessischen Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft	Erledigt durch J 001
J 004	Kostenloses ÖPNV Ticket für Auszubildende und Personen, die ein FSJ oder BFD absolvieren	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl

J 005	Kommunale Verkehrsbetriebe bei steigenden Energiekosten unterstützen	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion Hessen
J 006	Flugverkehr	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
J 007	Neue Automodelle nur nach Crashtests mit weiblichen Dummies zulassen!	Annahme Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
J 008	Verkehrswende umsetzen – Kein 10-spuriger Ausbau der BAB 5 zwischen Friedberg und Nordwestkreuz	Überweisung an die Programmkommission zur Landtagswahl und SPD-Landtagsfraktion
K 001	Zeitliche Begrenzung der Dauer der Mandate auf vier Legislaturperioden	Ablehnung
K 002	Bestellung von Vertrauenspersonen gegen sexualisierte Gewalt	Erledigt durch Beschlusslage Landesvorstandsbeschluss vom 06. Mai 2022
K 003	Bestellung von Vertrauenspersonen gegen sexualisierte Gewalt	Erledigt durch K 002
K 004	Die SPD muss weiblicher werden – das gilt auch für Podien!	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd
K 005	Erhöhung des Ortsvereins-Anteils am Mitgliedsbeitrag auf 35 %	Ablehnung
K 006	Grenzverletzung, Diskriminierung und Gewalt in Form von sexistischen, rassistischen, ableistischen, homo- oder transphoben Handlungen und Äußerungen vorbeugen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand
K 007	SPD muss weiblicher werden – auch bei Wahlkampfmaterialien	Erledigt durch praktisches Handeln

K 008	Umstellung auf nachhaltige Give Aways	Erledigt durch praktisches Handeln
K 009	Förderung von Diversity-Fachstellen durch das Land Hessen	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die Programmkommission zur Landtagswahl
K 010	Gerechte Quoten setzen – echte Diversität und Teilhabe erreichen	Weiterleitung an die Organisationspolitische Kommission des Bezirks
S 001	Ergänzung von § 2, Absatz 5 Bezirkssatzung	Annahme
S 002	Ergänzung von § 8, Absatz 2 Bezirkssatzung	Annahme
INI 001	Frieden gewinnen – Zukunft gestalten	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
INI 002	Einführung einer Übergewinnsteuer auf Energiemärkte	Erledigt durch INI 004
INI 003	Europäische Sicherheitspolitik	Annahme Weiterleitung an die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
INI 004	Strukturelle Entlastungen schaffen und die Handlungsfähigkeit des Staates über die Krise hinaus erhalten	Annahme in geänderter Fassung Weiterleitung an den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion

**SPD**

**Soziale  
Politik für  
Dich.**

[WWW.SPDHESSENSUED.DE](http://WWW.SPDHESSENSUED.DE)